



Was wir begehren von der Zukunft ist, dass die Arbeit uns gestärkt sieht, dass unsere Kinder in der Schule lernen und unsere Greise nicht mehr betteln gehen. O. Herrweg.

Telephon Nr. 2325, 10.528 u. 10.542.

Der

Wien 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bräuhausgasse 84.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sub jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2-88
Ganzjährlich 5-76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er scheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 17

Wien, den 10. Juni 1914.

22. Jahrg.

Parlamentsvertretung und Budget.

Der Staatsvoranschlag im Parlament, das nicht tagt, eingebracht.

Wahrhaftig, das muß man der wunderbaren Regierung unseres unvergleichlichen Grafen Stürgkh lassen: sie sorgt in dieser durchaus ernst und laufigen Zeit noch für köstlichen Humor... Es liest sich nämlich wie ein Faschingsult, wenn man vernimmt, daß die Regierung des Grafen Stürgkh vor ein paar Tagen den Staatsvoranschlag für 1914 bis 1915 im Abgeordnetenhaus eingebracht hat. Seit vielen Wochen herrscht in dem Hause am Franzensring Kirchhofstraße, die Abgeordneten sind nach Hause geschickt, die Tore sind zugesperrt und was die Regierung an Staatsnotwendigkeiten braucht, erledigt sie einfach auf verfassungswidrigem Wege mit dem § 14, und es vergeht fast keine Woche, wo man nicht von ein paar neuen Verordnungen liest, mit denen im kurzen Wege irgend etwas in Kraft gesetzt wird. Jedermann, der also an die Sitten und Gebräuche der österreichischen Staatsmänner nicht gewöhnt ist, wird sich also wohl fragen: Wie kann die Regierung einen Staatsvoranschlag im Parlament einbringen, das einfach nicht da ist, weil es eben nicht tagt? Die Antwort darauf ist ganz einfach und echt österreichisch: Der Herr Graf Stürgkh läßt eben das grüne Finanzheft, das den Staatsvoranschlag für 1914 bis 1915 enthält, durch einen Amtsdienner in der Präsidialkanzlei des Abgeordnetenhauses überreichen und gibt einen sogenannten offiziellen Waschzettel des Ministeriums hinaus, in welchem es heißt: „Die Regierung hat im Abgeordnetenhaus den Staatsvoranschlag und den Entwurf des Finanzgesetzes für das Budgetjahr 1914/15 eingebracht. Dieser Schritt erfolgte in der Erwägung, daß eine gedeihliche Entwicklung der über Initiative des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Splwester eingeleiteten Aktion zur Wiederherstellung des normalen Zustandes in der Landesverwaltung des Königreiches Böhmen und der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses den Wiederzusammentritt des Reichsrates in absehbarer Zeit ermöglichen würde.“ Daß diese Art, wie die Regierung des Grafen Stürgkh ihre Staatsgeschäfte erledigt und sich dabei über das Parlament hinwegsetzt, schon nachgerade anfängt in den allerzähmsten Staatsbürgern Erbitterung auszulösen, geht übrigens aus einer recht bissigen Bemerkung eines so durchaus leistungsfähigen Blattes, wie es die „Neue Freie Presse“ ist, hervor, wenn es zu der Art, wie der Graf Stürgkh seinen Staatsvoranschlag einbringt, sagt:

„Es klopfte an die Tür der Präsidialkanzlei des Abgeordnetenhauses. Ein schlichter Mann, dem sofort die Gefinnungstüchtigkeit, wie der verforderte Finanzminister Raiz sie liebt, anzumerken ist, tritt herein und sagt: Ich bin der Amtsdienner des Ministeriums und habe die Ehre, hiermit den Staatsvoranschlag im hohen Hause einzubringen. Er spricht nicht ohne Würde und füht, daß er berufen sei, durch seinen Votengang einer der ernstesten verfassungsmäßigen Pflichten zu erfüllen, und hat vielleicht auch eine Ahnung, daß in dem kleinen Hefte, das er gemäß dem erhaltenen Befehle überreicht, Milliarden von den Völkern an Steuern, Abgaben, Gebühren und sonstigen Leistungen verlangt werden. Die Regierung hätte, wenn ihre Achtung vor dem Parlament nicht so groß wäre, diese wichtige Staats-handlung minder feierlich vollziehen lassen können, etwa durch einen Stadträger von der Gde.“

Man wird freilich den Hohn der bürgerlichen Presse etwas deplaciert finden, wenn man weiß, wie die Herren bürgerlichen Volksvertreter erst vor ein paar Tagen in Budapest derselben Regierung, die sich auf solche Art über das Parlament hinwegsetzt, ein milliardisches Riesenbudget bewilligten und ihr auf diese Weise das unbedingte Vertrauen votierten. Dort, wo es die guten Leute einfach in der Hand hatten, der Regierung durch ihre Abstimmung unangenehm zu werden und ihr zeigen konnten, daß sie für eine Delegationspielerei und für eine einfache Bewilligungsmaschinerie wenigstens so lange nicht zu haben sind,

bis man wieder im Parlament verfassungsmäßige Zustände einrichten hilft, haben sie eben kläglich und jämmerlich versagt.

Nebenbei bemerkt, sieht dieses Budget, das man in der parlamentslosen Zeit vorzulegen wagte, auch ganz danach aus und zeigt deutlich genug, wie die Regierung mit den Volksnotwendigkeiten und den kulturellen Bedürfnissen sich umzugehen erlaubt, da sie keine parlamentarische Kritik zu befürchten hat. Das Budget weist nämlich einen starken Ausfall bei jenen Ausgaben gegen früher auf, die für volkswirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeiten gemacht werden. Für Bauten der Staatsbahnen und Anschaffungen von Waggons und Lokomotiven sind diesmal 120 Millionen Kronen, das ist um 10 Millionen Kronen weniger als im Vorjahr, angelegt. Die so notwendige Ausgestaltung der Einrichtungen an den Universitäten wird im nächsten Jahr keine Fortschritte machen können, da hierfür nicht mehr, sondern im Gegenteil um 300.000 Kr. weniger als im Vorjahr präliminiert werden. Selbst an dem Bau neuer Schulgebäude werden 700.000 Kr. abgestrichen. An der bei uns ohnedies so karg bedachten Industrieförderung sollen abermals 150.000 Kr. gespart werden. Die Postautomobile haben sich bewährt, werden namentlich in den Gebirgsgegenden sehr stark benutzt, und doch werden für die Anschaffung solcher neuer Betriebsmittel um 500.000 Kr. weniger in das Budget aufgenommen. So kann man die verschiedensten Posten des Staatsvoranschlages durchmustern und wird überall das Bestreben vorfinden, wo es nur irgend ging, die wirtschaftlichen Ausgaben des Staates noch mehr herabzudrücken.

Gegenüber dem Budget für das Jahr 1913 wird das außerordentliche Erfordernis für bauliche Herstellungen und die Anschaffung von Jahrbetriebsmitteln auf dem Netz der Staatsbahnen um 10 Millionen gekürzt, da nur 120 Millionen gegen 130 Millionen per 1913 beansprucht werden. Zwei Drittel der letzteren Summe entfallen auf Bauten, ein Drittel auf Jahrbetriebsmittel. Bei diesen beiden Kategorien von Aufwendungen sollen je 5 Millionen Kronen erspart werden. Für Lokomotiven und Tender sind 21,8 Millionen, das ist um rund 1,6 Millionen Kronen mehr, dagegen für Waggons nur 18,2 Millionen, das ist um 6,2 Millionen Kronen weniger präliminiert; das Erfordernis zur Ausrüstung mit der automatischen Vakuumbremse, das per 1913 350.000 Kronen betrug, soll ganz eingestellt werden. Bekanntlich werden teils alte Jahrbetriebsmittel kassiert, teils, davon abgesehen, der Fahrpark vermehrt. Neu bestellt werden (von Kassierungen abgesehen) per 1914/15 insgesamt 139 Lokomotiven (gegen 140 im Jahre 1913), 209 Personenwagen (1913: 400), 71 Dienstwagen (1913: 130) und 1371 Güterwagen (1913: 1600). Bei den Lokomotiven zeigt es sich, daß die Preise höhere sind, die Zahl der Lokomotiven jedoch ziemlich gleich geblieben, beziehungsweise etwas geringer geworden ist.

Die Drofflung von 5 Millionen bei den baulichen Herstellungen entfällt zum überwiegenden Teil auf die Herstellung zweier, dritter und vierter Geleise, bei welcher 16,9, das ist um 3,5 Millionen weniger eingestellt sind. Bei den Ergänzungen am Unterbau (6,2 Millionen Kronen) werden um 3,8, bei den Oberbauten (19 Millionen Kronen) um 1 Million, bei den Anlagen zur Sicherung des Zugverkehrs um 0,9 Millionen Kronen weniger präliminiert. Nur die Erweiterung von Stationen und Zugförderungsanlagen wird um fast 5 Millionen Kronen erhöht. Die Reserve für unvorhergesehene Ereignisse wird per 1914/15 nur mit 1,2 Millionen Kronen gegen 3,2 Millionen Kronen per 1913 veranschlagt.

Man sieht also deutlich, daß bei dem einge-schlagenen Weg die militärischen Ausgaben ins Unge-

messene steigen und für andere Zwecke nichts mehr übrig bleibt, und daß das Budget nach allen Richtungen gedroffelt werden muß. Die Aera, wo die Verfassung stiftet ist, fängt also für die Völker Oesterreichs mit wirklich sehr tröstlichen Aussichten an, und wir dürfen uns auf Zeiten schwerer volkswirtschaftlicher Einbußen und schwerer Belastungen gefaßt machen. Aber der bürgerliche Nationalismus, der mit-schuldig ist, daß auf solche Art das Reich verwüstet und seiner letzten Kräfte beraubt wird, denkt nicht daran, sich darüber irgendwelche Skrupeln zu machen. Für ihn ist die Frage, ob auf einer Lokalbahn eine deutsche oder tschechische Aufschrift stehen wird, vorderhand noch immer wichtiger, als die Frage, ob man eine Regierung zwingen sollte, daß sie alle ihre Mühe aufwende, wieder ein verfassungsmäßiges Leben in Oesterreich herzustellen!

Unsere Delegiertenversammlung.

(Schluß.)

Genosse Scheibin (Zinsbrud) bespricht die Verhältnisse, die bei den Lokalbahnen in Oesterreich vorherrschend sind. Für unsere Organisation kann es nicht gleichgültig sein, in welcher Organisation die betreffenden Bediensteten stehen. Wir wünschen, daß für die Lokalbahnbediensteten in Oesterreich eine eigene Sektion innerhalb unserer Organisation errichtet wird. Die betreffenden Anträge sollen der Zentrale zur Berücksichtigung zugewiesen werden.

Wir wünschen, daß die Delegiertenversammlung keine Ortsgruppe aus dem Rahm einer anderen Ortsgruppe Mitglieder aufnehmen kann. Wir müssen den Kategorien-separatismus energisch bekämpfen. Wir müssen aber auch den Separatismus bekämpfen, der heute schon da ist. Und das ist die völlige Absonderung einer Kategorie in der eigenen Ortsgruppe. Wir wünschen auch, daß das Vertrauens-männer-system ausgebaut und die Zentrale dazu kräftigt die Initiative ergreift.

Genosse Tomshil bespricht im Schlußwort alle Beschwerden und Anträge in ausführlicher Weise und erklärt neuerlich, daß die Zentrale den Ausbau des Vertrauens-männer-systems ernstlich in Angriff nehmen wird.

Der Antrag der Zentrale fand einstimmige Annahme, eine Reihe anderer Anträge wurde der Zentrale zugewiesen.

Zum dritten Punkt: „Hinterbliebenenunterstützung“, erstattete Abgeordneter Genosse Rudolf Müller das Referat. Schon im Jahre 1904 beschäftigte sich die Delegiertenversammlung mit der Einführung von Unterstützungs-einrichtungen in unserer Organisation. Bei der letzten Delegiertenversammlung wurde die fakultative Hinterbliebenenunterstützung eingeführt. Wir erwarteten einen starken Zug von Mitgliedern. Wir haben deshalb auch eine besonders günstige Karenzfrist für diejenigen eingeführt, die bereits Mitglieder unserer Organisation sind. Nun zeigte es sich, daß diese Einrichtung im Anfang ziemlich ausgenützt wurde. Seither hat sich die Sache gebessert. Wir haben derzeit 93 Prozent der Mitglieder im Hinterbliebenenfonds vereinigt.

An Austritten haben wir 5,52 Prozent zu verzeichnen, und zwar von Mitgliedern, die dem Fonds angehört, während bei jenen Mitgliedern, die nicht im Fonds sind, 14 bis 15 Prozent Austritte zu verzeichnen sind. Es zeigt sich also, daß dieser Fonds die Fluktuation tatsächlich eingedämmt hat. Und das ist ein naturnotwendiges Bestreben aller Gewerkschaften.

Seit 13 Jahren haben unsere Vertrauensmänner viele Mitglieder angeworben; welche Unsumme von Arbeit darin liegt, das weiß nur der, der mitgearbeitet hat. Aber viele Mitglieder sind in derselben Zeit wieder ausgetreten. Da scheint uns der Unterstützungs-zweig ein geeignetes Mittel, diese Tatsache zu ändern. Um so mehr, als die Beiträge von 50 G. in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen des Fonds stehen. Wenn der Unterstützungs-fonds ein allgemeiner ist, dann würden wir ältere und viele fähigere Genossen bekommen. Andere Vereinigungen, die lange nicht die sozialen Aufgaben erfüllen wie wir, haben diese Fluktuation nicht, wie wir; das ist zum Beispiel beim Leichenverein der Fall und es ist nur ein Beweis dafür, wie mit solchen Einrichtungen die Stabilität herzustellen ist. Auffallend war auch der Kampf, den der Reichsbund ursprünglich gegen diese Einrichtung geführt hat und schon nach einem Jahr hat er eine analoge Einrichtung eingeführt. Wir müssen diese Neuerung in der Anwerbung von Mitgliedern ausnützen. Die Zentrale hält diese Einrichtung nicht für ein Universalmittel, aber immerhin als ein geeignetes Mittel zur Stärkung unserer Organisation. Die Finanzen des Fonds haben sich in den zwei Jahren sehr günstig gestaltet. Der Saldo beträgt Ende 1913 148.193 Kr. Bemerkenswert ist der Umstand, daß die meisten Sterbefälle verhältnismäßig auf die Frauen entfallen und daß die meisten Sterbefälle in den Altersgrenzen zwischen 30 und 40 Jahren vorkommen.

Ich persönlich bin für die obligatorische Einführung der Hinterbliebenenunterstützung. Das bisherige Argument, daß die Mitglieder den Betrag nicht leisten können, ist nicht stichhaltig, weil die Statistik beweist, daß gerade die minder entlohnten Bediensteten die meisten Mitglieder im Fonds stellen.

Die Zentrale unterbreitet Ihnen folgenden Antrag, um dessen Annahme ich bitte:

Nachdem sich der im Jahre 1912 in unserer Organisation errichtete Unterstützungsweig, genannt „Hinterbliebenenunterstützungsfonds“, dem 31 Prozent der Gesamtmitgliedschaft bereits angehörend, gut eingeführt hat, außerdem in der gedachten Hinterbliebenenabfertigung ein Stück sozialer Gerechtigkeit, die mit den geringen Einzahlungen gekoppelt wird, vor allem die Einführung dieses Unterstützungsweiges ein Mittel ist, die starke Fluktuation der Mitgliedschaft einzudämmen, die Agitation besser betreiben und somit der Organisation ein fester innerer und äußerer Halt geboten werden kann, so beauftragt nach eingehender Beratung der Zentralausschuss:

„Alle ab 1. Juli d. J. dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein neu eintretenden Mitglieder sind gleich in den Hinterbliebenenunterstützungsfonds aufzunehmen.“

Die Annahme dieses Antrages ist zweifellos geeignet, diesen Unterstützungsweig zu heben, die Risikoausschläge herabzusetzen und das mit der Zeit notwendige Obligatorium dieses Fonds vorzubereiten.

Die Annahme dieses Antrages hat weiter zur Folge, daß unsere Finanzen gefestigter, die Leistungen an die Mitglieder größer werden und die Zentralleitung den kommenden Kämpfen und sonstigen Anforderungen gewachsen ist.

In der Debatte brachten die Genossen, die gegen die obligatorische Einführung sind, die schon im Jahre 1911 vorgebrachten Argumente neuerlich ins Treffen. Insbesondere das Argument, daß die Genossen viel lieber höhere Beiträge an die Organisation leisten oder für einen Kampffonds bedeutendere Mittel bereitstellen würden, als die Hinterbliebenenunterstützung auszubauen. Sie könnten sich trotz der Vorteile dieser Einrichtung noch immer nicht mit derselben befriedigen.

Abgeordneter Rudolf Müller im Schlußwort:

Wenn man die Argumente der Gegenseite hört, kann man nicht sagen, daß die Pioniere des Fortschrittes gesprochen haben. Man hat mir die Sache leicht gemacht. Gerade die vorgebrachten Argumente haben mich von der Wichtigkeit unseres Standpunktes überzeugt. Die Zentrale hat die Aufgabe, Pflichten für die Besserung der Verhältnisse zu sein. Das haben sie ja selbst ausgesprochen. Wir wollen die Neubeitretenden in dem Fonds haben, weil wir überzeugt sind, daß jeder Einzelne gern beiträgt. Zudem ist es schon in einer Reihe von Ortsgruppen eingeführt. Dies beweist allein schon, daß die Sache möglich ist und wir bitten Sie deshalb den Antrag der Zentrale anzunehmen. Der Antrag wird mit 98 gegen 86 Stimmen angenommen.

Es wird die Ausdehnung der Sitzung zur Erzielung des Punktes IV geschritten.

Genosse Schiller als Obmann des Wahlkomitees berichtet über die erstellten Vorschläge.

Fünfter Verhandlungstag.

Als Zentralobmann wurde Genosse Josef Schwab einstimmig wiedergewählt. Ferner wurden gewählt:

In den Zentralausschuss: Konstantin Aneidinger, Karl Winter, Josef Babitsch, Josef Sommerfeld, Eduard Lindner, Salomon Reif, Ferdinand Sulka, Eberhard Heider, Franz Sauer, Josef Schuller, Alois Wed, Karl Schmidl, Josef Böhl, Rudolf Weigl, Franz Tschögl, Wilhelm Prodeckh.

In die Kontrolle: Adolf Kotrba, Franz Wadowsky, Matthias Deisenhammer, Franz Sowa, Johann Kollermann.

In die Gerichtskontrolle: Franz Siegl, Franz Hanslil, Michael Czisl.

In die Provinzkontrolle: Josef Petritsch, Wilhelm Scheibin, Eduard Paul, Josef Moriz.

Es gelangt Punkt V zur Verhandlung. Referent Abgeordneter Genosse Lomschik schildert den Verlauf der ganzen Aktion seit der letzten Delegiertenversammlung. Das Zustandekommen des 38 Millionenantrages, die darauf erfolgte wiederholte Ablehnung des 17 Millionenantrages durch die Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten, schließlich die 15 Millionen-erklärung des Eisenbahnministers, welcher Betrag in drei Raten in den Jahren 1913, 1914 und 1915 zur Verteilung gelangen sollte. Nun kommen aber die zahlreichen Verschlechterungen und stellt sich auch heraus, warum sich die Regierung so beharrlich weigert, dem Parlament Rechnung zu tragen. Weil sie sich scheut, die Ersparnisse, die sie durch die Verschlechterungen erzielt hat, einzubekennen. Diese Tatsache hat zu dem Mißbilligungsantrag im Staatsangelegenheitsausschuss geführt. Die Verschlechterungen bestehen darin, daß die Dienstturnüsse verschärft wurden und besonders die Normierung der Posten arg reduziert wurde. Das, was wir 1908 und 1911 an besserem Vorwärtsskommen erreicht haben, wurde dadurch wieder weggenommen. Andererseits hat man die vom Parlament beschlossenen Verbesserungen, speziell für das Wächter- und Verschubpersonal in anderer Form, und zwar in einer schlechteren Form durchgeführt. So hat man es beim Wächterpersonal mit der nicht entsprechenden Gewährung der Nachdienstzulage und der Titelländerung gemacht. Beim Verschubpersonal sollte eine Zulage gewährt werden. An Stelle derselben wurde ein Prämienystem eingeführt, ein Schwindelsystem, das nicht mit Unrecht als Bauernfängerei bezeichnet wird. Wir haben wiederholt im Eisenbahnministerium die Sache kargelegt und verlangt, daß wenigstens ein teilweises Entgegenkommen gezeigt wird. Nun redet sich der Minister auf seine Referenten aus und er sagt selber, daß er mit diesem System nicht einverstanden ist.

Wir haben auch bei den Arbeitern eine Reihe von Verschlechterungen. Da sind die Bahnerhaltungsarbeiter, denen man die Lohnvorrückungen um 20 S. vorenthält. Es ist die Nichtgewährung von Lohnerhöhungen für Hilfsbedienstete. Mit einem ganzen Mattenschwanz von solchen Verschlechterungen haben wir es zu tun. Die Zentrale hat stets gegen alle diese Erscheinungen energisch Stellung genommen. Wir wollen unseren Kampf noch steigern. Wir werden nicht locker lassen, bis wir vor allem die Verschlechterungen beseitigt haben. Die große Aufregung unter dem Personal bietet uns Anlaß genug dazu. Allerdings ist dazu die Mitarbeit der großen Mehrzahl erforderlich. Vieles erreichen die Genossen auch ohne die Zentrale, und zwar überall dort, wo sie sich tatkräftig und zielbewußt selber wehren. Das Hauptaugenmerk soll auch stets darauf gerichtet werden, daß die Zentrale mit allzuviel Kleinigkeiten nicht überlastet wird. Die Genossen können auch im Dienstweg manches erreichen und wenn dies nichts nützt, dann werden wir selbstverständlich eingreifen. Wir brauchen auch stets genaues Material, denn wir wollen nur ernste Aktionen unternehmen. Wir wollen uns nicht des Vorwurfs aussetzen, daß wir unernst und demagogisch handeln. Wir schlagen Ihnen die Annahme folgender Resolution vor:

Die am 20. bis 24. Mai d. J. in Wien im Eisenbahnerheim versammelten Delegierten des organisierten Personals aller Bahnen Oesterreichs konstatieren mit tiefer Enttäuschung, daß das Eisenbahnministerium trotz wiederholter Vorstellungen seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament, der Vertreter der koalitierten Vereine, zahlreicher Deputationen des Personals und der Personalkommissionen- und Arbeiterausschussmitglieder bisher keine ernste Absicht gezeigt hat, die folgenden zahlreichen Verschlechterungen, die seit 1911 eingetreten sind, aufzuheben oder mindestens zu mildern. Einzelne Organe der Staatsbahnerverwaltung, insbesondere der Herr Eisenbahnminister und in seinem Namen der Herr Vorsitzende des Zentralausschusses der Personalkommission und des Arbeiterausschusses haben im Gegen-

teil das Bestehen irgendwelcher Verschlechterungen wiederholt in Abrede gestellt. Demgegenüber erklären die versammelten Delegierten im Bewußtsein der Tragweite dieser Feststellung, daß das Eisenbahnministerium folgende Verschlechterungen entweder bereits durchgeführt hat oder solche geplant sind:

Für die Arbeiter:

1. Wegnahme der freien und bezahlten Tage im Monat. (Magazins- und Stationsarbeiter.)
2. Arbeitszeitverlängerung im Winter bei den Bahnerhaltungsarbeitern.
3. Verschlechterungen in den Lohnvorrückungen, teils der Zeit nach, die verlängert, teils im finanziellen Ausmaß, das reduziert wurde, insbesondere auch bei den Heizhausarbeitern und Professionisten mehrerer Direktionsbezirke.
4. Verschlechterung der Bezahlung der Sonntage, der Ueberstunden und der Nacharbeit.
5. Entziehung und Verschlechterung von Lohnzuschlägen.
6. Lohnverkürzung durch Zulagen.
7. Verschlechterung der Bezahlung der Bahnerhaltungsarbeiter bei auswärtigen Arbeiten und substitutionsweiser Verwendungen als Wächter.
8. Verschlechterung der Stabilisierung durch:
 - a) längeres Zuwarten auf Stabilisierung;
 - b) Nichternennung, beziehungsweise Stabilisierung von Oberwerkführern und dadurch, daß Hilfsarbeiter jetzt überhaupt nicht mehr stabilisiert und einzelne Kategorien nicht als Werkführer, sondern als Werkgehilfen stabilisiert werden.
9. Verschlechterung durch Reduzierung von Arbeitern, wodurch ständige Arbeiter zu nichtständigen Arbeitern rückversetzt werden.
10. Degradierung der Bremser zu Arbeitern im Fahrtdienst, wodurch die Normierung verschlechtert und eine Ernennung zu definitiven Bediensteten hintangehalten wird.
11. Teilweise Verschlechterungen im Afford.
12. Einführung des Affords bei der Nordbahn.
13. Einführung des Prämienystems in den Magazinen.
14. Wegnahme des freien Samstagnachmittags in den Heizhaus-Betriebswerkstätten.
15. Nichtbezahlung der Stromzulage an die Turnusarbeiter.
16. Verschlechterung der Arbeitsordnung im Heizhausdienst.
17. Nichtgewährung der Abschlagszahlung an die Neueintretenden in den Nordbahnwerkstätten.

Für das definitive Personal:

1. Die Reduzierung einer großen Anzahl normierter Posten in allen Direktionsbezirken.
2. Die infolge der Normierungsverschlechterung erfolgte Nichternennung von Zugführern, die allen vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen, zu Oberkondukteuren, insbesondere auf den neu verstaatlichten Bahnen.
3. Die Nichterhaltung der Einreichungsgrundsätze bei der Nordbahn und der Nordwestbahn betreffend den Usus wegen Ernennung von Dienern zu Unterbeamten und wegen Einreichung der im Sinne des Punktes 1, Absatz 3, der Einreichungsgrundsätze bereits zu Beamten ernannten, beziehungsweise noch zu ernennenden Stationsleiter, Telegraphen- und Unterwerkführer der ehemaligen Kaiser Ferdinands-Nordbahn in den Status II b der Beamten.

Feuilleton.

Kaufhaus Erde.

Die Erde ist ein Warenhaus.
Gabe nur Geld, und du kannst alles haben.
Was du auch suchst, irgendwo und irgendwie ist es zu kaufen, wenn du dich gehörig umtust und nicht knauserst. Die beste Landleberwurst und ein Professorentitel sind dein. Du kannst jeden Tag Gänsebraten essen und dir zum Nachtisch die schönste Selbste kaufen. Oder auch eine legitime Frau. Wird sie dir später lästig, dann kaufst du dir einen Detektiv, der alles ermittelt, was du brauchst, um sie wieder loszuwerden.
Du kannst im Puppenbazar die herrlichste Puppe für deine kleine Nichte erstehen; du kannst im Bazar Erde aber auch ein Kind einhandeln oder zehn Kinder oder hundert — mit blonden Locken und strahlenden Kinderaugen. Willst du aber eins los werden, weil es dir im Weg ist, so geht es auch. Du kannst ihm eine Pflegerin kaufen, die es zum Engel macht.
Du kannst, wenn du es richtig anfängst, die vernünftigste alte Erbtante in eine Nervenheilanstalt bringen und unter Kuratel stellen lassen, damit du desto sicherer und eher in den Genuß ihres Vermögens gelangst. Und wenn es dir einfallen sollte, den Mond für ein Känguruh zu halten, so wirst du Leute finden, die deine Ansicht wissenschaftlich beweisen.
Aber zahlen mußt du, lieber Freund, gut zahlen!
Denn umsonst ist der Tod — sagt eine Phrase, die du bezweifeln ist. Ebenso wie diese: Gesundheit ist nicht käuflich. Und wo ist das Leben zu haben, wenn Freund Hein die knöchernen Arme ausstreckt?
Verzweifle nicht; beides ist zu haben.
Denke nur rechtzeitig daran, und lange, schmerzlose Jahre sind noch dein, wenn der Prolet längst Erde im Mund hat. So du Müngen hast, kannst du Tätigkeit, Ruhe und Genuß zu jeder Stunde darauffin ansehen, ob sie deiner Gesundheit, deinem Leben förderlich oder abträglich sind. Du kannst dir deine Zeit kaufen. Und selbst wenn du leichsinnig warst und Freund Hein eines Tages greins an deinem Bett steht, kannst du dir noch die tiefsten Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft einhandeln; die berühmtesten Forscher des Erdballs werden an dein Lager eilen — und vielleicht gelingt es ihnen, den drohenden Feind abzuschießen, indessen der Dürftige resigniert und bestegt in die Unterwelt abdampft.
Anderer sagen jauchzend: Aber die Sonne, Gott sei Dank, scheint über alle! Die Sonne wenigstens ist noch kein Handelsartikel!
Sie ist es längst.
Es wohnen so viele in Dunkel, Kälte und Schatten. Warum? Aus Reizung? Ach, sie möchten alle gern auf die Sonnenseite ziehen. Aber dort ist das Wohnen und Leben teuer. Du aber, wenn du Geld hast, kannst sie zu jeder Zeit haben.

Wenn sie nicht zu dir kommt, gehst du zu ihr. Fährt im Februar über die Alpen, und wirst sie auch im Dezember zu finden wissen, wenn die Plebs unter grauem Schneehimmel leucht.
So ist's mit allem Naturgenuß.
Du kannst ihn unter Umständen für zwanzig Heller einhandeln, und darauf ist die Ansicht zurückzuführen, die Welt wäre doch schön. Wenigstens stellenweise und am Sonntagnachmittag. Diese Optimisten sitzen bei der Nachhausefahrt womöglich im Gepäck der Stadtbahn und halten das für einen Naturgenuß. Denn sie lobeln, und sagen: dies wäre mal eine billige Gebirgstour.
Anderer sind anspruchsvoller.
Sie sparen es sich den Winter über vom Frühstück ab: daß sie im Sommer auf acht oder vierzehn Tage in ein wirkliches Gebirge kommen.
Sie wandern in den Garg, ins Riesengebirge, womöglich in die Schweiz und nach Tirol.
Wer sich so eine Gebirgstour einhandeln kann und will, soll sich beeilen.
Denn die Gebirge gelangen allmählich auch zum Verkauf im Warenhaus Erde. Und es vorläufig nicht wahrscheinlich, daß ihr sie in einer billigen Woche für 50 S. erstehen können.
In Tirol hat man begonnen.
Einen der höchsten Berge der Ostalpen, einen der großartigsten Punkte im Gebirgszug der hohen Tauern — den Großglockner — haben sie kürzlich um 60.000 Kr. verramscht. Jawohl. Mit allem, was drum und dran hängt. Mit dem größten Gletscher der Ostalpen, der Rastler, mit Sonnenauf- und untergängen, mit aller wunderbaren Naturherrlichkeit.
Für den lumpigen Preis von rund 60.000 Kr. Man weiß noch nicht recht, zu welchem Zweck.
Die einen sagen: da will einer jagen, und der will sich die Steinböcke nicht durch das poplige Publikum verschrecken lassen.
Die anderen: der Berg soll ein Aktienunternehmen werden. Für Nobelbahnen, noblen Wintersport. „Fashionable“ Hotels sollen entstehen. Kurz: ein Geschäft. Ein nobles Geschäft.
Ich bin für eine Aktiengesellschaft. Es wäre der echte Geist der Zeit. Das Heucheln soll endlich aufhören. Die Erde ist ein Geschäft. Von den ragendsten Bergspitzen bis zu den seichtesten Meeresküfern.
Die Gebirgsfreunde protestieren. Sie sind Idealisten. Wenn sie Nägelschuhe anhaben wenigstens. Man kann es begreifen, daß sie zornig werden.
Aber mit welchem Recht entrüsten sich sonst so lammfromme Zeitungspapiere und offiziöse Regierungsorgane? Warum spötteln sie über den „Ewigen Schnee auf Aktien“?
Sie spotten ihrer selbst.

Sind selbst zum Teil Meinungsfabriken auf Aktien und handeln hinten und vorn mit allem, was sich denken läßt. Haben ihre Hand in allen möglichen Geschäften und wissen besser als sonst jemand, daß es nichts gibt, was im Kaufhaus Erde nicht zu erfeilschen ist.
In ihren Inseraten findest du alles angeboten, was dies Leben angenehm oder schmutzig macht. Käse und Menschenleiber, Schuhschmiede und Liebe, Postreich und Wuchergeld.
Sie kaufen sich Meinung, Ehre und Ueberzeugung. Und halten ihre schützende Hand über dem dunklen Leben, wo Professoren, Hoflieferanten- und Adelstitel versteigert werden. Aber wenn einmal Arbeiterkäufe auf den Adeltitel klopfen, weil sie um Brot, Ruhe, Gesundheit, Leben betrogen wurden, dann fallen sie über euch her.
Und sie hegen alle ihre Hunde hinter euch wie hinter einem Bettler, der sich ein Brot vom Tische nahm und nicht bezahlte.
Ihr sollt produzieren, aber nicht kaufen.
Denn die Welt gehört den Aktien und ihr Zweck ist die Erzeugung von Dividenden. Dies ist der Welt Sinn. Und die Entrüstung wird sofort verebben, wenn die Großglockner-A.G. fette Inserate aufgibt.
Oder meint ihr, sie wüßten es nicht, daß die Erde ein Kramladen ist?
Ihr Augurenlächerln glockt aus allen Spalten...
Kaufhaus Erde ist noch in der Entwicklung. Es wird noch viel schöner werden. Immer schöner.
Lebt es bei Marx nach. Der hat es schon vor einem halben Jahrhundert gesagt, daß nicht nur alle Dinge, nicht nur Grund und Boden, nicht nur Menschen leiber, sondern daß auch Gehirne und Seelen in diesem Laden von Kapitals Gnaden gehandelt werden.
Und wenn lebendige Menschen mit Haut und Haaren, mit Herz, Eingeweiden und Zerebralsystem im Preisstaurant stehen, warum, zum Donnerwetter, soll denn nicht auch ein toter Berg zu haben sein?
Nein!
Platz für das Gold!
Platz für Steinböcke und Schießgewehre!
Platz für Aktien und Dividendenleischer!
Wenn ich Geld habe, will ich kaufen können. Alles, ohne Ausnahme.
Und wenn ich keins habe — — —?
Wenn ich keins habe, will ich trotzdem aus aufrichtigem Herzen rufen: Bravo! Weiter so!
Baut den Kramladen aus!
Rehmt neue Artikel herein!
Treibt das Geschäft auf den Gipfel!
Schmiert, ramst, schleudert!
Macht's wie Berggroß. — — —
Damit ihr desto schneller liquidiert.

Sorget dafür, daß der „Eisenbahner“ auch vom reisenden Publikum gelesen werde!

4. Die Nichternennung von Arbeitern, die jahrelang auf Dienerpösten Dienst versehen, zu Aushilfsbediensteten und die Nichternennung von Aushilfsbediensteten zu definitiven Bediensteten.

Seit Dezember 1913 ist für alle Arbeiter und Bediensteten, die auf eine Anstellung reflektieren, festgelegt, daß sie sich mindestens 6 Jahre im Provisionsfonds befunden haben müssen, ehe ihre Anstellung erfolgen kann.

5. Die Verletzung der im § 40 der Dienstordnung der k. k. Staatsbahnen dem Gesamtpersonal in puncto dauernder Verwendung und Unverkürzbarkeit der ständigen Bezüge gewährleisteten Rechte.

6. Die Verfügung, wonach bei der k. k. Nordbahndirektion die infolge der Normierungsverminderung überzählig gewordenen Bediensteten in den zeitlichen Ruhestand zu versetzen sind.

7. Die erfolgte und geplante Verschlechterung der Dienstturnusse für das Verschub-, Wächter-, Wagenaufsichts-, Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal.

Die Bahnwärter erhielten, trotz gesteigerten Zugverkehrs, vielfach anstatt des 16/18stündigen Dienstes den 18/9stündigen. Das wird mit der Einführung der Streckenbegehre begründet. Weil die Bahnwärter nicht mehr die Strecke begehen müssen, so wird erklärt, der Dienst sei leichter und sie können den 18/9stündigen Turnus ertragen. Den Bahnwärtern werden jedoch an Stelle der Streckenbegehre andere Arbeiten zugewiesen, so daß die Sache also so sieht, daß die Bahnwärter nicht weniger Arbeit, aber einen längeren Dienst haben. Auf Strecken, wie Gaisbach-Wartberg, Linz-Budweis und Pilsen wurde es, da die Bahnwärter dienstlich überbürdet waren, stillschweigend gebildet, daß die Bahnwärter die Strecke einfach nicht begingen. Die Bahnwärter der Bahnerhaltungsektionen Gänserndorf, Mährisch-Neudorf, Ungarisch-Gradiß der k. k. Nordbahn und die Bahnwärter der k. k. Linien der St. E. G. Wien-Brünn erhalten schon seit Jahren nicht den ihnen gebührenden freien Tag. Sie haben nach den Bestimmungen Anspruch auf 24 Stunden frei; fällt die Ruhezeit mit der freien Zeit zusammen, sollen sie beim 18/12stündigen Dienst 36 Stunden dienstfrei sein. Sie sind es aber nur 24 Stunden. 12 Stunden werden ihnen einfach genommen. Alle Bemühungen diesen Bediensteten die ihnen gebührende freie Zeit zu sichern, waren bisher bei der Direktion der k. k. St. E. G., bei der k. k. Nordbahn und auch beim k. k. Eisenbahnministerium ergebnislos, obwohl in anderen Direktionen (Willach) Erlässe existieren, daß den Bahnwärtern bei einem 18/12stündigen Dienst samt Ruhezeit einmal im Monat ununterbrochen 36 Stunden, und solchen im 18/9stündigen Dienst ununterbrochen 33 Stunden dienstfrei zu geben sind.

Das k. k. Eisenbahnministerium hat jüngst mit einem gewalttätigen Erlaß den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Der „Eisenbahner“, der diese Gewalttat kennzeichnen sollte, wurde konfisziert.

8. Die Reduzierung der Partienstärke beim Verschubpersonal.

9. Die Reduzierung der ohnehin fargen Bezüge der Verschublokomotivführer durch Einführung der Verschubprämien und beim Verschub- und Magazinspersonal durch Einführung des Prämienystems.

10. Die Nichternennung von Dienern, die auf höheren Dienstpösten, insbesondere auf Unterbeamtenpösten Dienst versehen, in die höhere Dienstesategorie, beziehungsweise zu Unterbeamten.

11. Nichteinhaltung der Ernennung zu Lokomotivführern auf Grund des Erlasses.

12. Die Nichteinhaltung des Zugeständnisses, wonach die Erholungsurlaube ohne Rücksicht auf Substitutionskosten und ohne Turnusverschlechterung gewährt werden.

13. Die bei sämtlichen im Staatsbahnbetrieb befindlichen Lokalbahnen geplanten Verschlechterungen, wonach beim Fahrtdienst die Verwendung von Unterbeamten ausgeschlossen wird, die Verwendung von definitiven Bediensteten tunlichst einzuschränken ist, die Turnusse verschlechtert und die dienstfreien Tage weggenommen werden und das gesamte Personal bedeutend reduziert werden soll.

Die versammelten Delegierten verlangen neuerlich energisch die sofortige und vollständige Aufhebung der Verschlechterungen. Sie beauftragen die Zentralleitung, neuerlich alle ihr geeigneten Schritte zu unternehmen, um dieses Ziel durchzuführen. Sie erziehen insbesondere die sozialdemokratische Fraktion im Parlament, auch fernerhin im energischen, unermüdbaren Kampf gegen die struppelose Staatsbahnverwaltung die Rechte der Eisenbahner zu verteidigen. Besonderen Wert legen die versammelten Delegierten auf die fernere tatkräftigste Mitwirkung der sozialdemokratischen Arbeiterpresse, weil neben der Fachpresse nur diese allein den Kampf um die Erhaltung der erworbenen Rechte für die Eisenbahner ernst und konsequent führt und führen kann.

Demgegenüber verpflichten sich die versammelten Delegierten, mit allen Kräften für den Ausbau der sozialdemokratischen Organisation und insbesondere neben der Fachpresse für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Arbeiterpresse in den Kreisen der Eisenbahner zu wirken. Diesbezüglich bringt die Delegiertenversammlung die Veranstaltung einer lediglich für die Eisenbahner bestimmten Werbewoche in Vorschlag, deren Zweck in Wien die Gewinnung von Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung“ und auswärts die Gewinnung von Abonnenten für die allerorts in Betracht kommenden sozialdemokratischen Arbeiterblätter und die Gewinnung von Mitgliedern für die gewerkschaftliche und politische Organisation sein soll.

Die versammelten Delegierten stellen fest, daß die große Masse der Eisenbahner, die nicht organisiert sind oder in den gegnerischen, bürgerlichen und gelben Vereinen unsere Feinde unterstützen, einen großen Teil der Schuld an diesen Verschlechterungen haben. Sie sind es, die der Regierung und dem Unternehmertum die Möglichkeit bieten, von der Zersplitterung und der Uneinigkeit der Eisenbahner zu zehren und darauf ihre Pläne zu erstellen und sie zu verwirklichen. In Erkenntnis dieser Tatsache fordern die versammelten Delegierten alle bewußten Eisenbahner auf, den Kampf gegen alle Feinde der Vervollständigung der Eisenbahner unentwegt weiterzuführen, so lange, bis auch dieser Anschlag staatlicher Willkür und Entrechtung mit vollem Erfolg abgewehrt sein wird.

Wir sollen auch dazu kommen, einmal unsere Forderungen so zu handhaben, daß wie einige der wichtigsten herausgreifen und sie dann so lange vertreten, bis sie erreicht sind.

Wir müssen auch mit der Taktik der verschiedenen Gegner rechnen. Sie fallen uns bei jeder Gelegenheit in den Rücken und da ist es notwendig, daß Sie den politischen Vorgängen die entsprechende Aufmerksamkeit zuwenden und die sozialdemokratische Arbeiterpresse und die Partei tatkräftig unterstützen. Denn nur durch vereintes Wirken aller in Betracht kommenden Faktoren wird es möglich sein, weitere Erfolge zu sichern.

Die Resolution der Zentrale wurde einstimmig angenommen.

Es gelangten noch mehrere Anträge zur Annahme, beziehungsweise wurden sie der Zentrale zugewiesen.

Bei Punkt VI gelangten noch eine Reihe weiterer Anträge zur Behandlung, die interne Angelegenheiten der Organisation betreffen.

Mit einem Hoch auf die Internationale und unter Abfindung des „Lied der Arbeit“ fand die wichtige Tagung ihren Abschluß.

Konferenzen der Kategorienvertrauensmänner.

Vor und während der Tagung, in den Zwischenpausen, fanden Besprechungen der Delegierten statt, die zugleich als Vertrauensmänner der diversen Bedienstetenkategorien fungierten.

Aus dem Korruptionssumpf der Kategorienvereine. Enthüllungen im Preßprozeß Seidl und Konjorten gegen den „Eisenbahner“. — Was die Zeugen ausagen. — Die Verhandlung vertagt.

Gründlicher sind wohl noch nie in einem Prozeß die Rollen vertauscht worden, als wie das am Donnerstag der vorigen Woche vor dem Preßgericht Wien-Josefstadt geschah. Als Ankläger waren die Herren Seidl, Berhouz und Konjorten als gewesene Führer des Vereines der Kanzleiexpedienten der Südbahn gekommen, um sich Sühne zu verschaffen und den Schild ihrer Ehre wieder reinzuwaschen, die unter den in unserem Blatt gegen sie und ihre Tätigkeit gerichteten Angriffen und Anschuldigungen schwer gelitten hat. Vorderhand ist das Beweisverfahren, das am vorigen Donnerstag in offener Gerichtsverhandlung eine Reihe von Tatsachen ausgerollt hat, die sich alle Südbahner werden gut ins Gedächtnis schreiben müssen, noch keineswegs abgeschlossen, und es liegt uns schon deshalb fern, dem richterlichen Urteilspruch durch unsere Erörterungen irgendwie vorgreifen zu wollen. Aber der Eindruck, den die Ergebnisse dieses einen Verhandlungstages hervorgerufen haben, wird wohl kaum geeignet sein, die Ankläger als untadelige Ehrenmänner erscheinen zu lassen, und ihre Tätigkeit als Vereinsfunktionäre und Führer einer sogenannten Eisenbahnerorganisation in ein einwandfreies, moralisches Licht zu rücken. Wir haben aus dem Mund von Zeugen gehört, und zwar von Zeugen, die nicht unserer Organisation angehören, sondern die selbst früher Mitglieder des Vereines der Kanzleiexpedienten der Südbahn, ja zum Teil sogar selbst Vereinsfunktionäre gewesen sind, daß nicht nur Gelder, die dem Verein gehörten, unterschlagen worden sind, sondern daß auch Gelder, die der Südbahngesellschaft gehörten, von einem gemeinen Funktionär des genannten Vereines defraudiert wurden.

Wir haben weiters aus den Aussagen der Zeugen vernommen, daß der Präsident des Vereines einem Kontrollmitglied, das, als es den Abgang von Vereinsgeldern entdeckt hatte, so wie es seine Pflicht gewesen ist, den wahrheitsgemäßen Bericht darüber in der Generalversammlung erstatten wollte, mit dem Hinweis gedroht habe, wenn es Skandal mache. Und man hat weiters durch die Darlegungen der Zeugen einen Einblick in die ganz eigenartige und wohl schon mehr als sonderbare Auffassung bekommen, die unter einzelnen Vereinsfunktionären über die einfachsten Sitten- und Moralbegriffe geherrscht hat, wenn diese ihren polygamischen Anwandlungen unter den weiblichen Angehörigen ihrer eigenen Kollegen freien Lauf ließen. Ob die Vorgangsweise des Herrn Seidl und seiner Freunde, die bei der Südbahnverwaltung mit fotografierten Kontis und Buchauszügen der Uniformierungsfirma Beck „interbenierten“, in der Form, wie sie von den Zeugen geschildert wurde, eine Erpressung darstellt, darüber wird das ordentliche Gericht noch zu entscheiden haben, und die publizistische Deffinitivität wird sich gerade mit diesem Faktum wohl noch ausführlich beschäftigen müssen. Vorläufig werden immerhin die Leute, die Herrn Seidl und Konjorten das volle Vertrauen entgegenbringen zu müssen glaubten und die ihm bei der letzten Generalversammlung des Vereines noch ihr Vertrauen aussprachen und ihm ein Ehrengeschenk durch eine goldene Uhr überreichten, über die Frage nachzudenken haben, wie dieses ihr Verhalten mit jenen Schilderungen, die wir aus dem Mund einer Reihe von Zeugen vernommen haben, in Einklang gebracht werden kann. Aber auch sonst bietet die Darstellung, die bei dieser Verhandlung unter Zeugneneid gegeben wurde, lehrreichen Stoff zum Nachdenken und greift weit über den Kreis der lokalen Bedeutung hinaus. Sie offenbart nämlich in greller Deutlichkeit, wie in den sogenannten Kategorienvereinen, die heute unsere Gegner und wohl auch das schwerste Hemmnis in der Entwicklung der Eisen-

Die Zugbegleiter der Südbahn

hatten am 20. Mai d. J. eine ganztägige Besprechung über die Lage bezüglich der durchgeführten Verschlechterungen. Mit Befriedigung wurde der Bericht des Genossen Weigl von der Zentralleitung zur Kenntnis genommen, wonach die Südbahn bereit ist, ab 1. Juni alle die durchgeführten Verschlechterungen für die Zugbegleiter aufzuheben.

Die Zugbegleiter aller Bahnen

hielten am 22. und 23. v. M. Besprechungen ab, deren Beratungen dem Ausbau des Vertrauensmännerbüros gewidmet waren.

Die Wächter hielten am 22. v. M. früh ihre Besprechung ab, in der Genosse Sommerfeld den Bericht über die letzte Tagung der Zentralpersonalkommission brachte und einige taktische Fragen für künftiges Vorgehen behandelt wurden.

Auch das Verschubpersonal aller Bahnen hielt eine Beratung ab, in der die wichtigsten Forderungen beraten und entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden.

Auch die anderen Gruppen hatten wiederholt gesonderte Beratungen und wurde von den Delegierten allseits tüchtige Beratungsarbeit geleistet.

bahnerbewegung zu einer großen einheitlichen Organisation sind, gewirtschaftet wird, von welchem Geiste sie durchsetzt und wie die sittlichen Qualitäten ihrer Führerschaft beschaffen sind. Am Donnerstag ist vor dem Josefstädter Strafgericht ein Sumpf aufgedeckt worden, und der Gestank, der aufgestiegen ist, zieht weit hinaus in alle Lande. Aber es war doch nur der Anfang, und man wird wohl noch Gelegenheit haben, tiefer in den Abgrund zu blicken, der sich schauerhaft aufgetan hat...

Die Verhandlung.

Dem Prozeß lag folgende Sachlage zugrunde: Wie noch erinnerlich, erschien in der Nummer vom 20. Februar 1913 des „Eisenbahner“ unter dem Titel „Aus dem Korruptionssumpf der Kategorienvereine“ ein Artikel, in welchem gegen die damaligen Führer des Vereines der Südbahnbeamten und deren Anwärter eine Reihe von schweren Anwürfen und ehrenrührigen Beschuldigungen erhoben wurde. So wurde unter anderem den sogenannten Führern des genannten Vereines der Vorwurf gemacht, daß sie heimlich entwendete Buchauszüge photographierte, Kontis und Privatkorrespondenzen, durch deren Inhalt einzelne hochstehende Funktionäre der Südbahnverwaltung schwer kompromittiert erscheinen, dazu benützten, um verschiedene Vorteile zu erpressen. Weiters wurde der Vorwurf einer leichtsinnigen und fraudulösen Geschäftsgebarung in dem Verein erhoben, bei der auch bestimmte Personen namentlich angeführt wurden, die sich strafrechtlich zu ahnende Handlungen zuschulden kommen ließen. In der Schlussfolgerung des Artikels wurde unter Anführung dieser und noch einer Reihe von Tatsachen von einem Korruptionssumpf gesprochen, und die Führer des Vereines mit naturgemäß nicht schmeichelhaften Bezeichnungen belegt, die den Anlaß zu einer Ehrenbeleidigungsklage gegen unser Blatt, beziehungsweise gegen dessen verantwortlichen Redakteur Genossen Franz Vill bildeten, durch die natürlich die angegriffenen Vereinsfunktionäre in der Deffinitivität rehabilitiert werden sollten. Die erste vor dem k. k. Bezirksgericht Wien-Josefstadt stattgefundene Verhandlung wurde zum Zwecke der Durchführung des Wahrheitsbeweises vertagt. In der am 4. Juni 1914 fortgesetzten Verhandlung wurden nun eine Reihe von Zeugen über die einzelnen Anlagefakten vernommen. Als Verhandlungsleiter fungierte dabei der Preßrichter Landesgerichtsrat Dr. Stolz, während die Anklage von Dr. Pallescher vertreten wurde. Als Vertreter des angeklagten Redakteurs Vill fungierte Dr. Harpner. Da es uns fernliegt, heute schon weitgehende Schlussfolgerungen aus dem Beweisverfahren zu ziehen, geben wir im nachstehenden lediglich die Aussagen der einzelnen vernommenen Zeugen wieder.

Provisionsgeschäfte mit der Firma Beck.

Als erster Zeuge erschien der Assistent der Südbahn Franz Mayer. Derselbe führte aus: Ich habe vom damaligen Präsidenten Seidl gehört, daß er im Besitze von Dokumenten der Firma Wilhelm Beck u. Söhne sei, welche beweisen, daß einige Funktionäre der Südbahnverwaltung für die von dieser Firma bezogenen Kleider zum Teil nichts bezahlt haben, zum Teil Nachlässe gewährt erhielten. In der Vereinszeitung ist diesbezüglich eine Wortnotiz erschienen, jedoch die weiter in Aussicht genommene Artikelserie eingestellt worden. Das Motiv hierfür sei darin zu suchen, daß Seidl mit Herrn Inspektor Merlitschek verhandelte und sodann gegen Gewährung gewisser Konditionen die weitere Publikation der projektierten Artikel unterlassen wurde. Hohe Verwaltungsfunktionäre der Südbahn haben bei der Firma Beck offene Konti gehabt und bezogene Waren überhaupt nicht bezahlt, beziehungsweise im Wege von Abschreibungen ihre Zahlungspflicht reduziert. Es sei so eine Art von Provisionsgeschäft gewesen. Ein entlassener Südbahnbeamter namens Neugebauer ist nämlich in die Dienste der Firma Beck getreten, hat sich in den Besitz diverser Konti und anderer Privatkorrespondenzen gesetzt, und diese Dokumente waren in der Verwahrung des Herrn Seidl. Eine Anspielung auf diese Affäre wurde in der bereits erwähnten

Notig gemacht, und zwar in der Nummer der Vereinszeitung vom 2. September 1912. Der Zeuge selbst hat einen solchen Kontoauszug gesehen, und zwar in den Händen des Revidenten Karl Stefan Lay, der im späteren Verlauf zum Vizepräsidenten des Vereines gewählt wurde. Es wurde über diese Angelegenheit im Kreise der Ausschuss- und Vereinsmitglieder wiederholt und eingehend gesprochen. So erklärte Herr Seydl unter anderem öfters, er besitze diese kompromittierenden Materiale und werde dies benutzen, um der Verwaltung sehr unangenehm zu werden.

Dr. Palleser: Ist das eine Erpressung?

Dr. Garpner: Aber der Anfang dazu!

Als nächster Zeuge erscheint Herr Revident Lay: Ich habe in der „Wekaffäre“ in der Zeit vom Juni bis August 1910 auf Grund des Neugebauer'schen Materials wiederholt mit Herrn Seydl, der damals Redakteur der Vereinszeitung war, gesprochen. Wir sind dann zur Firma Wed. beziehungsweise zu deren Anwalt Dr. Medak gegangen und haben mit demselben konferiert. Mit Rücksicht darauf, daß die anderen Fachzeitschriften diese Angelegenheiten nicht zur Sprache brachten, war Seydl Feuer und Flamme dafür, diese Affäre im Vereinsorgan entsprechend zu behandeln. Auf die in diesem Belang erschienene Vornotiz ließ der Vorstand des publizistischen Büros der Südbahn, Herr Inspektor Merlitschek, Herrn Seydl zu sich bescheiden. Diesem Auftritte Seydl folgte und zog mich den bezüglichlichen Besprechungen bei. Gelegentlich dieser Konferenz bemerkte der Herr Inspektor, es wäre doch nicht gut, wenn derlei Artikel erscheinen würden, denn

solche Sachen sollten doch nicht vorkommen.

Ich präziserte damals gleich meinen Standpunkt: Wiegen oder brechen, der Kampf muß geführt werden. Nach dieser Auidenz schrieb ich einen den Gegenstand behandelnden eingehenden Artikel, der ehestens in unserer Zeitung erscheinen sollte. Plötzlich wiegelte Seydl ab, er sagte mir nämlich, Herr Inspektor Merlitschek habe ihm die Erfüllung einer Reihe von Forderungen für die Rangleipzigkategorie zugesagt, wenn diese Artikelserie nicht zur Publikation gelangt. Dieser Artikel, für dessen Veröffentlichung Herr Seydl so begeistert war, ist auch nicht erschienen.

Dr. Palleser: Haben vielleicht damals einzelne Vereinsfunktionäre hierfür Geld bekommen?

Zeuge: So etwas macht man doch wohl unter vier Augen aus.

Zeuge Mattausch weiß nichts Wesentliches anzugeben und erklärt, daß er wohl persönlich von der Vorgeschichte nichts wisse, jedoch sehr viel davon reden gehört habe.

Zeuge Inspektor Merlitschek deponiert, daß Herr Seydl bei ihm im Büro war und ihm erzählt habe, er wäre im Besitz von kompromittierenden Konto- und Buchauszügen der Firma Wed. Es war dies zu einer Zeit, als in einer anderen Zeitschrift, „Witz“, bereits ein Artikel veröffentlicht war, der dasselbe Thema behandelte. Ich habe mit Seydl über diese Sache gesprochen und kann auch heute nur erklären, daß einer der angegriffenen Funktionäre der Südbahnverwaltung von der Sache nichts wußte, weil er alle seine Rechnungen durch seinen Präsidialsekretär auszahlen lasse. Auf diese Bemerkung erklärte Herr Seydl, ich wäre schlecht informiert, denn die Sache verhalte sich tatsächlich so, wie er sie publizistisch darstellen wollte. Gleichzeitig wies er mir einen Zettel vor, welcher mit der Unterschrift des inzwischen pensionierten Oberinspektors und Direktorstellvertreters der Verkehrsdirektion, Albert, versehen war.

Richter: Was war der Zweck Ihrer Unterredung mit Herrn Seydl?

Zeuge Merlitschek: Ich war damals Vorstandstellvertreter des publizistischen Büros und ich habe Herrn Seydl, der damals Redakteur der Vereinszeitung war, gefragt, warum er gerade diesen hochstehenden Funktionär angreife, wodurch er ja nicht nur diesen, sondern auch den ganzen Beamtenstand diskreditiere. Meine diesbezügliche Intervention war durchaus nicht von der Verwaltung beeinflusst; erst nachträglich habe ich über diese Angelegenheit mit diesem Funktionär gesprochen. Für den Fall, als der Artikel nicht erscheinen sollte, habe ich keinerlei Versprechungen geleistet. Ich bemerkte noch, daß mir Herr Seydl gelegentlich unserer Unterredung gesagt hat, daß der in dieser Affäre mitspielende entlassene Südbahnbeamte Neugebauer von diesem hohen Funktionär eine größere Geldsumme bekommen hat.

Der Richter gibt hierauf bekannt, daß der als Zeuge geladene administrative Direktor Dr. Gustav Fall aus dienstlichen Rücksichten heute am Erscheinen verhindert ist, jedoch gleichzeitig mitgeteilt hat, daß er nach seiner Rückkunft dem Gericht zur Verfügung stehe.

Zeuge Eduard Stampfl bestätigt im wesentlichen die Aussagen der früheren Zeugen Mayer und Lay und konstatiert hierbei, daß Herr Seydl des öfteren mit ihm das ganze Thema behandelt habe.

Zeuge Richard Beer erklärt, daß er wiederholt mit Seydl über die „Wekaffäre“ sowohl innerhalb des Zentralausschusses als auch außerhalb desselben debattiert habe.

Zeuge Oberrevident Hans Hochegger erklärt, daß Seydl ihm mitgeteilt hat, daß er im Besitz von Material sei, welches einzelne Verwaltungsfunktionäre arg kompromittiert. Gleichzeitig habe er ihm den Vorschlag gemacht, hiebei im Organ des Südbahnverbandes, dem „Südbahner“, Gebrauch zu machen. Der Zeuge erklärte Herrn Seydl, daß er dies nicht tun werde, weil ihm die Sache

viel zu schmutzig

sei. Seydl habe ganz deutlich durchblicken lassen, daß man diese Angelegenheit journalistisch ausnützen sollte.

Zeuge Oberrevident Gachhofer sagt aus, daß ihm von dieser Angelegenheit nichts Wesentliches bekannt sei.

„Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib...“

Hierauf wird die in dem inkriminierten Artikel erhobene Beschuldigung, daß einzelne Führer auf Kosten des Vereines eine Art Lotterleben geführt und Ehebruch getrieben haben, unter Beweis gestellt.

Zeuge Revident Lay deponiert, daß der Vereinssekretär Rangleipzigbedient Adolf Scherer aus der Vereinskasse 1060 Kronen unterschlagen habe. Der Genannte hat, wie der Zeuge aus eigener Wahrnehmung bestätigen kann, und was auch diverse Kasseauszugsbelege bestätigen müssen, ganze Nächte im Kassehaus verbracht, und um hohe Beträge das berühmte „Dukli“ gespielt, trotzdem seine finanziellen Verhältnisse sehr trübe waren. Mit Rücksicht auf die schwerkranke Frau des Scherer hat sich der Zeuge bei dem Personalreferenten der Baudirektion, Herrn Oberinspektor Ritter v. Berger persönlich verwendet, daß Scherer zur Deckung des Vereinsmankos einen Vorschuß erhalte. Aber nicht nur Herr Scherer, sondern auch eine Reihe anderer Vereinsfunktionäre haben des öftern in der Woche über die Schnur gehauen und sind in verschiedenen Nachtlokalen zu erblicken gewesen. Auch den Beweis für verschiedene Ehebrüche kann der Zeuge erbringen. So sei seiner Ansicht nach erwiesen, daß Kollege Seydl mit einer Frau in ehebrecherischen Beziehungen gestanden sei, daß er aber auch die Schwägerin eines Zentralausschussmitgliedes verführte, wofür auch dieser seinerseits sich in ähnlicher Weise revanchiert habe. Als charakteristisch führt der Zeuge eine Szene an, welche sich in Gegenwart mehrerer Personen damals abspielte, als Herr Seydl seine Beziehungen zur schon erwähnten Frau plöblich lösen wollte. Die Frau äußerte sich gelegentlich dieser Episode: „Frisch, so leicht kommst du von mir nicht, das Kind, das ich unter dem Herzen trage, ist von dir.“ Der Zeuge bemerkt noch, daß das damalige Ausschussmitglied Alois Zimmerl ebenfalls circa 1200 Kr., und zwar aus der Gehaltskasse der k. k. priv. Südbahngesellschaft widerrechtlich entnommen habe. Weiters gibt der Zeuge an, daß Herr Scherer, dessen frauduloses Gebaren dem Vereinsvorstand bekannt war, wohl der Sekretärstelle enthoben wurde, jedoch den Vereinsberatungen und Sitzungen beigezogen habe.

Zeuge Assistent Mayer bemerkt, daß die meisten Vereinsfunktionäre seitens der Südbahn höhere Vorschüsse erhalten haben, so Verhouk, Seydl, Scherer, Erenberger und Marik. Diese Vorschüsse welche sich in einzelnen Fällen bis zur Höhe von — 6000 Kr. stellten, standen in gar keinem Verhältnis zu dem Einkommen der Vorschußnehmer. Der Zentralausschuss des Vereines hat sich jeweils riesig ins Zeug gelegt, um diese Vorschüsse durchzupressen, und gerade diese Leute bildeten eben das letzte Rückgrat des Vereines, als es zum Krach kam. Der Zeuge bestätigt weiters, die Ehebrüche seien konform der Aussage des Revidenten Lay und fügt eine charakteristische Bemerkung einer der Herren hinzu, der ihm mittelste: „Ich weiß mehr wie alle anderen, der Seydl ist ein gemeiner Kerl, er hat mir meine Schwägerin verführt, noch dazu in einem Raum, wo meine Frau gelegen ist.“ Bezüglich der Vereinskassengebarung bemerkt der Zeuge, daß bei den wiederholt vorgenommenen Kontrollierungen Herr Zimmerl das Geld hergegeben hat, um die Kontrollierungen stimmend zu machen.

Der Richter droht mit dem Staatsanwalt.

Auf eine Zwischenbemerkung des Klageanwaltes Doktor Palleser, daß das Ganze den Eindruck eines Traßstückes mache, erklärte der Richter, daß man eventuell das Protokoll der Staatsanwaltschaft übergeben werde.

Zeuge Adjunkt Anton Franzon: Ich wurde seinerzeit von der Strede nach Wien berufen, und nach kurzer Zeit zum Ausschussmitglied gewählt. Im Februar 1913 erschien im „Eisenbahner“ ein Artikel über die „Scherer-Affäre“. Da wir außer der Strede von diesen Machinationen keine Ahnung hatten, so habe ich selbstverständlich intensiv gefragt: „was ist's mit dieser Sache?“ Es war dies bereits zu jener Zeit, als Herr Zimmerl wegen Veruntreuung gesellschaftlicher Gelder gemahregelt worden war. Seydl erwiderte mir hierauf, daß Scherer das Geld aus der Vereinskasse genommen habe, um den Abgang Zimmerls zu decken. Ich habe diese Aeußerung Seydls für wahr genommen, bin jedoch nach acht Tagen daraufgekommen, daß Seydl gelogen hatte. Zimmerl behauptete das Gegenteil und erwiderte mir: Das ist das Schlimmste, was sich diese Leute leisten. Ich habe aus den gesellschaftlichen Geldern zu wiederholtenmalen den Abgang unserer Vereinskasse gedeckt. Diese Aeußerung machte er in Gegenwart seiner Frau. Infolge dieser Schweinereien habe ich als Vorstandsmittglied abgedankt, und wurde, als ich über dies verlangte, daß die Herren Seydl und Verhouk ihre Mandate als gewählte Personalkommissionsmitglieder niederlegen, auch als Mitglied aus dem Verein ausgeschlossen. Das war das Prinzip, welches diese Leute anwendeten, um ehrliche Vorstandsmittglieder auszuscheiden. Der Zeuge bemerkt schließlich noch, daß er die im „Eisenbahner“ veröffentlichten Angriffe für vollständig gerechtfertigt halte, das nach jeder Richtung hin von einer moralischen Verumpfung gesprochen werden könne. Auf eine weitere Frage des Verteidigers sagt der Zeuge aus, daß nach der Einbringung der Klage bei Herrn Dr. Palleser ein Inzibiz im Gasthaus entgegengenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit wollte der damals anwesende Rangleipzigbedient Gaidler seine eigene Begehrte, worauf ihm seitens des Herrn Seydl oder des Herrn Verhouk bemerkt wurde: „Lass geh'n, das zählt ohnehin der Verein.“ Gaidler zahlte aber trotzdem seine Begehrte selbst und verließ das Lokal.

Zeuge Revident Viktor Zürke I bestätigt die bereits von anderen Zeugen gemachten Aussagen, daß Scherer wiederholt im Kassehaus „Dukli“ spielend gesehen wurde.

Wer die Diebereien aufbebt, wird hinausgeschmissen.

Die Zeugen Mayer und Lay sagen aus, daß gelegentlich der Transferierung des Herrn Burgstaller nach Wien diesem von Herrn Seydl gesagt wurde, er könne die einlaufenden Beiträge der Ortsgruppenmitglieder so lange für sich verwenden, als dies notwendig ist, er sei ja der Präsident und das Kontrollorgan. Zeuge Burgstaller bestreitet den Wortlaut dieser Bemerkung und behauptet, es wäre nur von den Sitzungsprotokollen die Rede gewesen, auf die allerdings hätte auch verzichtet werden müssen, wenn die Ortsgruppenkasse leer ist.

Verteidiger Dr. Garpner hält dem Zeugen Burgstaller vor, daß er die von ihm bestrittene Aeußerung auch vor drei anderen Zeugen gemacht habe, deren gerichtliche Einvernahme er sich noch vorbehalte.

Zeuge Inspektor Dr. Otto Fackler wird über die Gewährung von Vorschüssen befragt und gibt die entsprechenden Aufklärungen.

Zeuge Beer: In meiner Eigenschaft als Kassenrevisor kann ich nur die Unterschlagungsgeschichte Scherer-Zimmerl bestätigen und füge noch hinzu, daß ich den Herrn Seydl von dem Fehlen von 800 Kr. in der Vereinskasse aufmerksam machte. Auf meine Vorstellungen, ich werde über diese eigentümliche „Geschäftsgebarung“ in der Generalversammlung berichten, drohte mir Seydl, er werde, wenn ich Skandal mache, hinausgeschmissen lassen.

Wie Vereinsmittglieder dienstlich geschädigt wurden.

Zeuge Böschl deponierte, er habe anlässlich der Protokollaufnahme, welche gelegentlich des Fahrkartenschwindels mit Herrn Seydl und Verhouk stattfand, dieser über dienstlichen Auftrag beigezogen und in gleichzeitiger Anwesenheit des Herrn Inspektors Merlitschek ausdrücklich gehört, daß gelegentlich der Fragestellung seitens des Herrn Inspektors Merlitschek die Aeußerung des Herrn Verhouk gefallen ist, daß man der Verwaltung schon lange Ruhe gegeben habe, man muß jetzt etwas anderes anfangen.

Zeuge Inspektor Merlitschek bestätigt diese Angabe.

Zeuge Böschl: Als der Akt wegen der Verfehlung des Herrn Kolbenschlag zu uns herunterkam, waren wir ganz passiv. Wir haben nachgefragt und erfahren, daß Kolbenschlag über Verfügung der Generaldirektion einem anderen Herrn Platz machen müsse. In einer ein paar Tage später stattgefundenen Versammlung hat Seydl ausbrüchlich erklärt, daß Kolbenschlag wegen dienstlicher Anstände verfeht worden wäre. Am Tage nach dieser Versammlung ging ich zu unserem Vorstand, Herrn Oberinspektor Kraus, und fragte ihn, ob diese Behauptung Seydls richtig wäre. Herr Oberinspektor Kraus erklärte mir, Herr Kolbenschlag sei ein tüchtiger und berwenbarer Beamter, um den es ihm sehr leid tue. Diese Aeußerung wiederholte Herr Oberinspektor Kraus in Gegenwart des Herrn Assistenten Mayer.

Zeuge Kolbenschlag bemerkt auf die Frage, warum er verfeht worden sei, folgendes: Ich war vom Jahre 1908 bis 1913 beim Betriebsinspektorat Wien und bin seit dieser Zeit in der Werkstätte Wien. Als ich meinen Vorstand Herrn Oberinspektor Kraus um den Grund meiner Verfehlung fragte, erklärte er, er wisse es nicht, denn er habe in dieser Verfehlung nichts verfügt. Als die Personalkommission in dieser Angelegenheit intervenierte, erklärte der Herr Oberinspektor Kraus, daß gegen mich nichts vorliege. Während also mein Chef mir das beste Zeugnis ausstellte, hat Kollege Seydl nachteiliges über mich gesprochen, obwohl ich damals noch Mitglied des Vereines war.

Dr. Garpner: Die Herren Seydl und Verhouk hatten jedenfalls die Pflicht, Ihr Interesse, der Sie doch Vereinsmitglied waren, genau so zu wahren, wie ihr eigenes. Solche Gerüchte darf man nicht austreuen und ein Mitglied schädigen.

Der verschwundene Akt.

Auf Befragen Dr. Garpners bezüglich der Fahrkartengeschichte bemerkt Zeuge Revident Lay, daß er über Ersuchen des Herrn Seydl nach Innsbruck gefahren sei.

Dr. Garpner: Was hatten Sie dort zu tun?

Zeuge Lay: Ich hatte den Herrn Erenberger zu ersuchen, jenen Akt, welcher den Fahrkartenschwindel betrifft, zu unterschlagen. Tatsächlich ist dieser Akt nicht weggegangen.

Dr. Garpner: Woher ist das Geld für diese Reise genommen worden?

Zeuge Lay: Ich fuhr im Auftrag des Herrn Seydl nach Innsbruck, und da ich die Kosten per 48 Kr. doch nicht aus Eigenem bestreiten konnte, wurde mir der Betrag aus Vereinsmitteln erstet.

Nachdem sowohl von Seite des Klageanwaltes als auch von Seite des Verteidigers neue Beweisangebote angeboten wurden, vertagte der Richter zur Einvernahme weiterer Zeugen die Verhandlung.

Der Alkohol und die Eisenbahner.

I.

Während der Pfingstfeiertage tagte in Brünn der IV. Alkoholgegnertag, der sich hauptsächlich mit zwei Fragen beschäftigte: „Der Alkohol und die Eisenbahner“ (Verkehrs- und Transportgewerbe) und „Alkohol und Landwirtschaft“. An den Beratungen nahmen die bekannten Vorkämpfer der Abstinenzbewegung, Herr Dr. Wokos und Genosse Dr. Hollischer aus Birkenhammer, Dr. Benes aus Prag und Dr. Jan Kuberka aus Söhentadt teil.

Ingefaßts der Wichtigkeit des Beratungsstoffes entsendete unsere Gewerkschaft den Abgeordneten Genossen Rudolf Müller als Delegierten und der Arbeiter-Abstinenzbund den Genossen Josef Schöber zu der Tagung. Daß die Regierung mit einem Duzend Delegierten paradierte, versteht sich, weil man ohne diesen Aufbruch sich eine bürgerliche Veranstaltung nicht vorstellen kann. Der Kongreß selbst bot ein Bild der Unbeholfenheit und des Zammers dar, und es schien, als ob sich der Hauptzweck der Tagung nur in der gegenseitigen und in der Anstrudlung der Regierungvertreter erschöpfte. Die Mehrzahl der Teilnehmer waren Guttempler, Herkule Kreuzbündler und Leute von der Straße, die just nichts Besseres zu tun hatten. Jedermann konnte teilnehmen und, wenn er von der Sache auch nichts verstand, mitreden. Die Referate der bekannten Herren waren, einige Nebensächlichkeiten abgerechnet, wissenschaftlich einwandfrei. Die einzige ernsthafte und einmütige „Abstinenz“-Arbeit auf dieser Tagung richtete sich gegen jedwede Diskussionsgegenstände hatten sie sowie für den Alkohol eine fürchterliche Abscheu und Angst.

Fünf Minuten wurden hierfür gewährt; diese wurden jedoch wieder durch Schluß der Debatte ganz aufgehoben. Die Verhandlung selbst bot das Bild eines Kaufmanns dar. Zuerst Beaeiferung, dann gänliche Er-

Schlaffung. Mancher der Herren hielt dort sein „Siesta-Schlafchen“, das durch „Nichts“ unterbrochen wurde. Die Teilnehmer des Kongresses waren fast durchwegs schwächliche Menschen, welche mit Degenerationsmerkmalen behaftet waren. Ein Zeichen, daß leider, von Ausnahmefällen abgesehen, nur kränkliche Menschen sich bisher dieser nach jeder Richtung hin edlen Bewegung anschließen. Bei den Schwachen tritt zweifellos die Reaktion dieses Giftes viel härter auf als bei den Starren und gesunden Naturen. Nicht aus Selbstbeherrschung und starkem Willen, sondern der eisernen „Mau“ ihrer angegriffenen Gesundheit zwingt sie zur Abstinenz. Daß derartige Leute keine guten Agitatoren und kein gutes Beispiel für die Trinker abgeben, liegt auf der Hand. Diese Erscheinung dürfte mit ein Grund sein, warum diese segensreiche Bewegung im Volke so argwöhnisch betrachtet wird und allzu langsam Eingang findet. Auch die Sekten und Logenbildung der Guttempler, die die Abstinenz als Asteie betrachten, und in ihren Logen meist nur 10 bis 20 Mann vereinigt haben, sind nicht in der Lage, diese Bewegung volkstümlich zu machen. Unter ihnen gibt es Leute, die nicht immer aus innerem Idealismus heraus der Sache dienen, sondern um ihrer Person einen Nimbus zu verschaffen. Es gibt bekanntlich Menschen, die ihre Untüchtigkeit nicht ertragen können und damit sie doch irgend etwas zu sagen oder zu schaffen haben, gehen sie zur Loge. Dort reicht ihr Können aus. Leider gibt es auch Arbeiter, die zu solchen Dingen hineigen. Denen kommt in dieser Gesellschaft das Klassenbewußtsein bald abhanden und sie verlieren den Zusammenhang der treibenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens und können Ursachen und Wirkungen nicht mehr unterscheiden. Die am Kongreß weilenden klerikalen Kreuzbündler erklärten wiederum, der Alkoholismus sei nichts anderes als ein Genußverderber; man müsse diesen Satanas des Fleisches mit Gottes Hilfe aus dem Menschen austreiben und diese Leidenschaften werden von selbst aufhören. Zur Austreibung nehmen die Herren in Christo offenbar die Herenreinigung des Mittelalters zur Methode. Am Spielberg in Brünn legen ihre Amtsbrüder heute noch Zeugnis davon ab. Die bürgerlichen Vertreter der Abstinenzbewegung hingegen neigen wieder der Meinung zu, daß die Alkoholsucht aus den schlechten Trinksituationen entstanden sei und mit der Vernichtung dieser der Alkohol selbst verschwinden wird. Sicher sind unter ihnen auch Vertreter, die tiefer blicken, aber die Mehrheit der Delegierten sah nur den Schmutz auf der Oberfläche des vermeintlichen klaren Wasserpiegels schwimmen und glauben, wenn dieser Fleck herausgefischt wird, daß dann das ganze Wasser gereinigt sein wird. Daß der Alkoholismus genau so eine Begleiterscheinung unserer elenden sozialen Verhältnisse ist, wie die Prostitution, die Syphilis, die Tuberkulose, die Tuberkulose, scheint nur wenigen bürgerlichen Abstinenzern bekannt zu sein. Die bürgerlichen Sozialpolitiker verneinen ja auch, wenn sie dem angefaulten kapitalistischen Staat auf seine Schwären ein Pflaster legen, er gesund würde, obwohl sie wahrnehmen, daß täglich neue Geschwüre aufbrechen. Die Prostitution ist einfach zu verbieten, damit ist sie aus der Welt geschafft und einer der größten Feindes der Menschheit, die Syphilis, beseitigt. Die Tuberkulose, diese bethelemitische Menschenmörderin, ist dahin, wenn der von ihr Befallene an die Riviera oder auf den Semmering geht und das Sputum gewissenhaft in die aufgestellten Töpfe kommt. Nach demselben Rezept soll der Alkoholismus beseitigt werden. Daß der Alkoholismus mit seinen Auswüchsen ein Produkt des Kapitalismus ist, der mit ihm steht und mit ihm fällt, das dürften 99 Prozent der Herren am Brünn Alkoholgegnertag nicht wissen. Wer an der Bekämpfung des Alkoholismus teilnimmt, muß auch den Träger dieses sozialen Ausschufes, den Kapitalismus, mitbekämpfen, sonst ist es nur halbe Arbeit. Daß die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne, die Aufklärung der Massen und die Entwicklung der Liebe zur Natur und Kunst die wirksamsten Mittel gegen den Mißbrauch des Alkohols sind, steht für den Volkswirt, den Arzt, die Gesellschaft außer Frage. Sich um diese Tatsache herumzudrehen, wie dies die Herren in Brünn getan haben, ist Dilettantismus. Die Geschäftshuberei und Wichtigkeitserei, die sich in das Glittergewand der Phrase kleidet, heißt den Pelz wachen, ohne ihn nah zu machen. Eine einzige Gewerkschaft — die „Arbeiter-Zeitung“ gar nicht gerechnet — leistet in puncto Aufklärung gegen den Alkoholismus mehr, als all die Logen und Sekten mit Ausschluß der Öffentlichkeit zu wirken vermögen. Es ist auffallend, und mahnt zur Vorsicht, daß sich dieser Bewegung Leute bemächtigen, die im öffentlichen Leben als die größten Reaktionsäre verschrien sind. Sollen die Herren Industrieller, die Herren Kommerzial- und kaiserlichen Räte aus Liebe zu den Arbeitern die Sache betreiben? Nein! Der Kapitalismus versteht es, wo immer er teilnimmt, aus jeder volkstümlichen Sache Geld zu schlagen, auch aus der Antialkoholbewegung. Nachdem den Herren aus Vorträgen und Experimenten bekannt ist, und speziell in den bürgerlichen Vereinen mit Nachdruck hervorgehoben wird, daß Abstinenzleistungsfähiger, ausdauernder und genügsamer sind und aus ihnen mehr Wert herausfließt als aus den Alkoholtrinkern, so glauben sie, mit der Unterfütterung dieser Bewegung ihren Profit und ihre Aktien damit steigern zu können. Diese Elemente sind es, die den Alkoholismus nicht als eine soziale Krankheit gelten lassen wollen, sondern ihn als Unfitte unserer Zeit darstellen, um den Arbeiter von den treibenden Kräften der Massenverleumdung abzulenken. Als Abgeordneter Müller diesen Akt kapitalistischer Interessenvertretung am Alkoholgegnertag und die Zweischichtigkeit der Regierung nach Gebühr beaufschlagte, da schrien die Herren in falscher Scham, wie die Halbweidame auf, der in einer seriösen Gesellschaft, die Maske heruntergerissen wird, und die als das erkannt wurde, was sie ist. Wie oberflächlich und leicht die Herren in ihren Darlegungen waren, geht schon daraus hervor, daß der Direktorstellvertreter der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft

in der Diskussion darlegte, daß bei seinem Unternehmen eine Trinkgefahr nicht bestehe, weil die Beamten und Bediensteten in ihrem Dienst auch das Gelöbniß der Nüchternheit ablegen. Mit solchem Formelwerk will der Herr Direktor eine soziale Krankheit beseitigen. Da die wirklichen Vorbeugungsmittel zur Einschränkung des Alkoholgenusses Geld kosten, so bleibt es wenigstens vorläufig bei dem viel billigeren Mittel, beim Gelöbniß. Das Gelöbniß wurde mit reichem Applaus quittiert. Daß der Herr Professor Ude aus Graz die Darlegungen des Genossen Müller mit dem Hinweis zu widerlegen versucht, daß eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit nur eine Erhöhung des Alkoholgenusses im Gefolge haben würde, könnte noch als eine professionelle Unkenntnis hingenommen werden. Daß aber ein organisierter Arbeiter mit der Berufung, daß er unser Parteiglieder sei, wie es Herr Bentele aus Ottakring getan hat, die Behauptung ausspricht, die Arbeitszeit und Entlohnung sowie die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie hätten mit der Bekämpfung des Alkoholismus nichts zu tun, zeigt, wie der Denkapparat des Arbeiters in Unordnung kommt, wenn er sich mit bürgerlichen Elementen in irgendeiner Sache vermischt. Daß derartige Reden aus dem Munde eines angeblichen Sozialdemokraten die Abstinenz schädigen und die Interessen des Kapitalismus fördern, steht außer allem Zweifel. Solche Genossen sehen mit der Zeit in dem Alkoholismus nicht den Auswuchs eines Systems, sondern nehmen in den Logen bald die bürgerlichen Anschauungen an, ohne zu wissen, daß sie damit weder der Sache noch ihrer Klasse einen Dienst erweisen. Der Alkoholkampf wird bei ihnen Haupt- und Endzweck, der Alkoholgenuss als ein Generalübel, als ein Ausbund alles Niedrigen und Schlechten angesehen, und sie verneinen, daß bei Einschränkung oder Aufhören des Alkoholkonsums die sozialen Gebrechen im Staate von selbst aufhören werden. Auffallend war es, daß die Redner aus dem bürgerlichen Stand ihre bürgerlichen Ansichten ganz und frei aussprachen, während die Sozialdemokraten nur unklar, zaghaft und verschwommen ihre proletarische Weltanschauung darlegten und es schien, als ob sie vor der bürgerlichen Welt ein entschuldigendes Kompliment machen wollten. Es muß im Interesse der Sache den Arbeitern gesagt und den Genossen zur Pflicht gemacht werden, daß sie den Kampf gegen das soziale Gift des Weinens nur unter ihresgleichen, unter Arbeitern führen sollen, und das können sie nur in Arbeiter-Abstinenzvereinen. Nur dort wird ihnen der Zusammenhang des Alkoholismus als Begleiterscheinung des heutigen Wirtschaftslebens erklärt und sie werden von der kompromittierenden Einseitigkeit bewahrt bleiben. Arbeiterabstinenz, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sollen bürgerliche Veranstaltungen überhaupt nicht besuchen, sie werden dann von mancher Enttäuschung befreit bleiben. Solche nicht warm und nicht kalt, nicht Fisch und nicht Fleisch sein wollende Tagungen sind eines Kämpfers, der es ernst mit seiner Klasse und der Sache meint, unwürdig. Eine der schwierigsten und der nützlichsten Fragen, die der Organisation, die nicht genug erörtert werden kann, wurde mit keinem Wort erwähnt. Gerade das ungelöste Organisationsproblem ist es, das der Verbreitung der Idee hinderlich ist. Die Art, wie Propaganda und Agitation gemacht werden soll, blieb gleichfalls unerwähnt. Offenbar überlassen die bürgerlichen Vertreter diese schwierigen Dinge der guten und einsichtigen Regierung und dem lieben Gott, der oftmals um seinen Beistand angerufen wurde. Die Tagesordnung wurde ohne jeden Widerspruch monoton abgehandelt und es machte den Eindruck, als ob den Teilnehmern die ganze Sache lästig sei. Nicht einmal der Vorsitzende hielt es für notwendig, am Ende der Tagung ein Schlusswort zu halten, in welchem er die behandelten Fragen zusammenfassend dargestellt hätte, um einen guten Abschluss und Eindruck zu erzielen. Sang- und Klanglos endete die dreitägige Tagung. Auf der Gasse atmete man wieder auf, als man Leben sah. Daß über keinem der eingebrachten Anträge, die dort Postulate hießen und wie Patente in dem Weltliteraturregister vorgemerkt sind, abgestimmt wurde, versteht sich von selbst. Eine Gesellschaft, die in ihrer Mitte nicht einmal einen Mann hat, der bei solchen Veranstaltungen nach parlamentarischen Regeln den Vorsitz führen kann, dürfte auch sonst nicht vielversprechende Leistungen vollbringen. Das einzige, was der Vorsitzende Herr Hofrat Rentwisch tat, war, die Regierung vor den Angriffen des Abgeordneten Müller zu schützen. Er protestierte gegen den Vorwurf, daß die Regierung nichts für die Sache tue. Er müsse konstatieren, daß sie die Bewegung sehr fördere (?). Wo und wann die Unterstützung erfolgte, hat Herr Rentwisch verschwiegen. Noch ein paar solcher Hofräte und die bürgerliche Abstinenzbewegung verfällt von selbst dem Fluch der Nüchternheit. Die Öffentlichkeit hat so gut wie gar keine Notiz von den Verhandlungen genommen. Von den sechs in Brünn erscheinenden Tagesblättern haben bloß zwei davon Notizen gebracht. Die Wiener Presse hat — mit Ausnahme der „Arbeiter-Zeitung“ — bis zum heutigen Tag von den Taten ihrer Leute geschwiegen. Die Schicksalsfrage der Bürgerlichen kann nicht die unsere sein. Für uns steht die Frage so: Wer die Arbeiterschaft aus dem Joch des Kapitalismus befreien will, muß sie geistig und körperlich kampffähig machen. Der Alkohol hemmt den Geist, vergiftet den Körper. Er ist daher ein Hinderer unserer Emanzipationsbestrebungen. Ihm muß daher unser Kampf gelten. Gleich den politischen und Gewerkschaftsfragen muß zu jeder Zeit und an jedem Ort auf die schweren Gefahren, die der Alkoholismus an den Individuen, an seiner Klasse und seiner Partei anrichtet, gesprochen werden. Für die Sozialdemokratie ist die Bekämpfung des Alkohols ein notwendiges, unerläßliches, aber auch schwieriges Problem. Als Verkünderin der Lebensfreude und des Lebensgenusses hat die Partei vorerst zu sorgen, den breiten Massen Ersatz für einen vermeintlichen Genuß zu schaffen und das Genußleben in ein anderes umzubilden und zu entwickeln.

Als Kampforganisation hat sie, ohne jede Rücksicht, alles von ihren Klassengenossen fernzuhalten und zu unterdrücken, was dem kulturellen Aufstieg hinderlich ist. Ueber die Details der Tagung als auch über die Alkoholfrage für die Eisenbahner werden wir in der nächsten Nummer weiteres berichten. R. M.

Aus dem Gumpfe der national-sozialen Korruption.

Die Blase plagte, und penetrante Miasmen vergifteten die Atmosphäre des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Böhmen, ja sogar darüber hinaus. Nach Dr. Sviba, Striberný, Vojna, nach Vojna Burival, von Kofá, diesem nationalen Heiligen mit seinen famosen Geldgeschäften mit der Länderbank, ganz abgesehen. Ist die Reihe der aus den Tiefen des nationalen Phrasentums hervorgegangenen Größen bereits geschlossen oder kommt noch etwas nach?

Ueber Dr. Sviba, dessen Affäre über die Grenzen unserer Monarchie zur Genüge bekannt ist, wollen wir uns nicht ausbreiten; auch Herrn Kofá wollen wir beiseite lassen, obzwar sehr viel über ihn zu berichten wäre. Uns interessieren die drei letzteren Herren; der eine — Striberný — darum, weil er es war, der vor Jahren in Wien eine unrühmliche Tätigkeit entwickelte, welcher das bisher friedliche Zusammenleben der tschechischen und deutschen Arbeiter störte und die Arbeiterschaft national durcheinanderhexte. In der letzten Nummer unseres Blattes wurde auf die offene Anfrage des „Právo Lidu“ hingewiesen, in welcher Striberný beschuldigt wurde, dem Kasardspiel zu frönen. Offenbar kennen die Prager Blätter das Vorleben dieses Herrn nicht, sonst hätten sie auch des geheimnisvollen Treibens, welches in der Wohnung Ecke der Kolumbus- und Buchengasse im X. Wiener Bezirk getrieben, und der Affäre des in Wien gut bekannten Besitzers eines Pilsenerbierrestaurants Erwähnung getan. Tatsache ist, das Striberný von Wien gehen mußte, sollte es nicht zum Skandal kommen. Wie man nun sieht, setzte er das in Wien begonnene Leben in Prag mit Erfolg fort.

Ganz besonders aber sind die Persönlichkeiten der beiden Führer der tschechischen Eisenbahner, der Herren Burival und Vojna, für uns interessant, da sie diejenigen sind, welche durch ihre verwerfliche Demagogie und Phrasendrescherei einen Teil der tschechischen Eisenbahner auf Abwege einer chauvinistischen Politik gedrängt und dadurch die verheißungsvolle Arbeit der Organisation unter den Eisenbahnern gestört haben. Die beiden, die wir schon lange durchschaut haben, wurden geschworene Feinde unserer Organisation, weil diese ihre nur auf persönlichen Gewinn abzielende Tätigkeit störte und weil sie, die nach Macht und persönlichem Vorteil durch Eitelkeit und Größenwahn strebten, in unseren Reihen nicht die Befriedigung ihrer egoistischen Gelüste finden konnten. Nicht Ueberzeugung, nicht nationale Ideale haben sie auf diese Bahn geführt, sondern der zynische Egoismus, auf Kosten anderer etwas zu werden, aus ihrer Verfenkung emporzusteigen, um das Leben in vollen Zügen zu genießen. Und bei Gott, das haben sie auch genossen, und die armen irreführten Eisenbahner müssen jetzt die Kosten bezahlen. Wer diese beiden kennt, der weiß, wie sie als Diabolenpaar aus einem Chantant ins andere gewandert, unter fremden Namen mit Sängern Chantant, bis der Schuß der betrogenen Gattin vor dem Tor eines Weinberger Hotels, in das sich Herr Vojna mit seiner Dulcinea flüchtete, dem Luderleben wenigstens für eine Zeit ein energisches Halt bot. Und diese Leute haben in Versammlungen die Eisenbahner unter der Devise: „Weder Gewinn noch Ruhm!“ begeistert. Welch ein trauriges Ende heute!

Der Landesverband der tschechischen Eisenbahner (offizieller Titel: Zemská jednota železničnických zřizenců) wurde auf den Ruinen der alten, aufgelösten Fachorganisation mit dem der Ortsgruppe Zizkov veruntreuten Gelde gegründet. Da damals ein scharfer Wind wehte, wollte man ursprünglich auch dem neuzugründenden Landesverband die Statuten nicht bewilligen; erst nachdem die Proponenten des Verbandes den Weg nach Canossa gemacht und vor dem Ausnahmezustand-Statthalter Thun Kotau machten und über Einfluß einiger mächtiger jungtschechischer Politiker wurden die Statuten bewilligt, nachdem das feste Versprechen gegeben wurde, die neue Organisation werde sich ganz der Bekämpfung der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation widmen. Unter dem Deckmantel einer neutralen, unpolitischen, rein wirtschaftlichen Organisation traten sie in die Arena. In den ersten Jahren haben sie nicht viel Glück gehabt, als aber die tschechischen Eisenbahnbeamten sich für den neuen Verband ins Zeug setzten und sie durch alle möglichen Mittel unterstützten, dann ging es vorwärts, und als Burival die heißersehnte Maßregelung zuteil wurde, fand er den Weg für sich gebahnt, und von dieser Zeit an begann sich das Streben des Herrn Burival zur Geltung zu bringen. Wir wollen die Tätigkeit dieses Herrn ganz übergehen, bemerken jedoch, daß sie eines der traurigsten Kapitel in dem Kampf der Befreiung der Eisenbahner aus dem wirtschaftlichen Niedergang bildet. Lüge, Verleumdung, Unaufrichtigkeit, Demagogie und Phrasendrescherei ärgster Sorte sind es, die den Weg des Herrn Burival stets begleiteten. Und nun mußte es so kommen, wie es eben gekommen ist. Herr Burival, der sich als der Herr der Eisenbahner in Böhmen wähnte, der den Ton angeben wollte, der Mann, der überall war und alles machte, dem die tschechischen Eisenbahner alles das, was sie heute durch einen 23jährigen Kampf mühsam erkämpft haben, zu verdanken haben, dieser Mann ist heute von dem Piedestal seines erstrebten Nimbus in den Kot und Schlamm der ärgsten Korruption heruntergerissen worden. Die Eisenbahner sehen nun, wenn sie vertraut, wenn sie erhöht haben. Ein Gefühl der Genugtuung überfällt uns, wenn wir daran denken, wie dieser Mann unsere Genossen Tomšič, Brodecký, Dusek und andere mehr durch die Kloaken seiner niederriren Verleumdung geichleift und nun des Ver-

frauensbruches an jenen, die ihm blind vertrauten, überführt ist.

Und nun zu den Tatsachen: Burival wurde im Jahre 1901 zum Kassier des Prekfontiums des Fachblattes „Ceskoslovenské Železniční Listy“ gewählt und verwaltete dessen Gesamtvermögen. Kurz darauf fiktiven Gerichte durch, daß es nicht klappt, und am 11. Mai 1903 wurde die Hauptrevision vorgenommen, bei welcher nun tatsächlich ein Abgang von Kr. 1299'04 vorgefunden wurde. Burival mußte eine Erklärung unterschreiben, daß er diesen Betrag bezahlt. Er hat damit einbekannt, daß er dieses Manko herbeigeführt hat. Weiter: Im Mai 1902 hat der Landesverband 4144 Mitglieder gehabt, und für diese bezahlte der Verband an die Herausgeber des obgenannten Fachblattes 24 S. zuhanden Burivals, also einen Betrag von Kr. 994'56. Burival hat diesen Betrag in das Kassen- und Hauptbuch eingetragen, radierte die Eintragung später aus und trug bloß Kr. 963'36 ein, daher um Kr. 31'20 weniger, welchen Betrag er für sich verwendete; ebenfalls behielt Burival 80 Kr. für sich, welche der Verband dem Agitationsfonds der nationalsozialen Partei als Spende zugewendet hat. Der Redaktionsdiener Wenzel Svoboda wurde abwechselnd vom Prekfontium und von der Vereinsleitung bezahlt. Burival trug aber den Lohn für Svoboda durch vier Wochen auf Konto des Fachblattes ein, so daß Svoboda eigentlich einen Lohn für sechs Wochen hätte erhalten müssen; er erhielt aber nur einen Lohn für vier Wochen, und die übrigen zwei Wochen verschwanden in dem bodenlosen Sack Burivals. Das Fachblatt hat sehr viele Inzerate gehabt, die eine hübsche Einnahme dem Blatt sicherten, Burival führte jedoch die Bücher in einer solchen Weise, daß eine Revision derselben absolut unmöglich war und auf diese Weise die Konstatierung des Gewinnes unmöglich war. Die Tätigkeit Burivals als Abgeordneter ist zu bekannt, als daß wir sie reproduzieren sollten, bemerken wollen wir nur, daß ihm es zu verdanken ist, daß der Antrag Tomšič auf Durchführung der zweijährigen Vorrückungsfristen für Diener, welcher im Budgetausschuß bereits angenommen war, unter den Tisch gefallen ist, weil es Herrn Burival beliebte, mit den tschechischen Agrariern Obstruktion zu treiben.

Und nun zum Herrn Vojna, dem Obmann des Landesverbandes tschechischer Eisenbahner, Reichsratsabgeordneter, Obmann der Exekutive der nationalsozialen Partei und Offiziant der k. k. Staatsbahnen. Herr Vojna war ursprünglich Zeichner in der Bahnerhaltungssektion Prag; nach seiner Wahl zum Obmann des Landesverbandes wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, daß Vojna auf der Leiter der Eisenbahnkarriere höher steigt. Am 6. Juni 1906 teilt Abgeordneter Choc Herrn Vojna mit, daß er beim Minister Dr. Pacak (kurzlich gestorben. Die Red.) intervenierte und dieser erfreut und bereitwillig die Durchführung der Angelegenheit in die Hand zu nehmen verspricht. Und siehe da: Der Bahnbedienstete Vojna ist plötzlich mit Uebergehung einer ganzen Reihe von älteren Bediensteten zum Offizianten mit 1400 Kr. ernannt worden und gleich darauf auktorialisch auf 1600 Kr. avanciert. Das diesbezügliche Schreiben des Abgeordneten Choc befindet sich im Original in den Händen unserer Genossen in Prag. Von dem Austritt des Vojna vor dem Weinberger Hotel haben wir oben bereits erwähnt, und es kam zu einer Trennung der Frau vom Manne. Kurz vor seiner Kandidatur versöhnte sich Vojna mit seiner Frau, damit die Affäre in der Wahlkampagne nicht ausgenutzt wird. Man muß sagen, daß dies von einem seltenen Eblsinn zeugt. Vojna war auch Delegierter der Berufs-genossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt für den Distriktbezirk Prag und als solcher Vertrauensmann der Anstalt; er nahm im Auftrag derselben an den Erhebungen teil. Da verunglückte in Obernitz ein Ver-schieber, und Vojna wurde beauftragt, an der Unfall-erhebungskommission teilzunehmen. Er fuhr zwar nicht zu der Erhebung, ließ sich aber die Diäten auszahlen. Wie das „Právo Lidu“ in einer Notiz vom 28. März d. J. mitteilt, war Vojna Mitglied des Baukonfortiums des Gewerkschaftshauses „Hvězda“ („Der Stern“), welches das gemeinsame Eigentum der tschechischen nationalen Eisenbahnerorganisation und der Buchdruckerei Melantrich ist. Der Bau wurde vom Vojna und Direktor des Melantrich, Salda, geleitet und vom Baumeister Banha gebaut. Als nun dieser vor einigen Monaten starb, wurde über die Verlassenschaft des Baumeisters Konkurs verhängt, und da fand man im Tagebuch vom 28. Februar oder November 1911 die Notiz, daß Herrn Salda 5000 Kronen und Vojna zweimal je 800 Kr. ausbezahlt werden. Bis heute hat man nicht erfahren, wofür die beiden einen so ansehnlichen Betrag ausgezahlt bekommen haben. Herr Abgeordneter Vojna manipuliert auch mit den Sterbequoten, welche der Landesverband an Sinter-bliebene verstorbenen Mitglieder auszahlt. In einem Falle behob Vojna für die erblindete Schwester nach dem verstorbenen Mitglied, einem Beamten der k. k. Staatsbahn namens Budský, die Unterstützung per 80 Kr. und kaufte sich für diesen Betrag — Leider. Vojna hatte auch entscheidenden Einfluß in der Einkaufs- und Verbrauchsgenossenschaft für Bedienstete der k. k. Staatsbahnen im Königreiche Böhmen, welche im Jahre 1907 einige Waggons billigen Mehls bestellte. Als die Mehlpresse in die Höhe gingen, hat es Vojna durchgesetzt, daß das bestellte Mehl zu Originalpreisen einem Agenten überlassen wurde. Kurz darauf trat eine Erhöhung der Mehlpresse ein, und die Genossenschaft mußte von diesem Agenten das Mehl zu bedeutend teureren Preisen kaufen. Daß solche Geschäfte nicht umsonst gemacht werden, wird ein jedes Kind erkennen. Nun bringen in den letzten Tagen die „Národní Listy“ die Reproduktion eines Schreibens, welches folgenden Wortlaut hat:

„Eine vertrauliche Mitteilung. Geehrter Freund! Ich überende dir mit Postanweisung auf Grund deiner Bilanz 700 Kr., weniger Kr. 26-47 = Kr. 673-53. Ich erwarte mit Sicherheit, daß du das weitere veranlassen wirst, wie du in deinem letzten Schreiben mir mitgeteilt hast. Ich konnte das verlangte nicht früher senden, da ich erst Sonntags mit Vollkraft arbeiten und eine Reihe von Kämpfen mit un-geren Mataboren durchführen mußte, um die Sache zu Ende zu führen. Darum bitte ich dich, ohne mir vielleicht mein Ge-

wissen zu belasten, oder mich gegen die Kollegialität zu ver-sündigen, die Sache folgend zu regeln: Mir sende auf den Bahnhof 200 Kr., dem Krejca 100 Kr. und dem Antzel 50 Kr., zusammen 350 Kr., das heißt den verabredeten Betrag. In voller Hoffnung, daß du meinen Wunsch erfüllst, verbleibe ich mit freundschaftlichem Gruß und dem herzlichsten Wunsch fröh-licher Weihnachten
Johann B. Vojna.“

Dieses Schreiben, datiert vom 21. Dezember 1903, bezeugt, welche Korruption mit den Organisations-geldern getrieben wurde. Herr Vojna will natürlich sich jetzt auf den Wortlaut des vor elf Jahren ge-schriebenen Briefes nicht erinnern und behauptet, es handelt sich um einen Vertrag, welchen der Landesver-band mit einem — heute bereits höheren — Eisenbahn-beamten in puncto Herausgabe eines Taschentalers abgeschlossen hat und der angezogene Betrag eine Ent-schädigung für geleistete Arbeiten war. Nun wird aber in den tschechischen Blättern behauptet, daß dieser Betrag durch mehrere Jahre gezahlt und der Landesverband um mehrere Tausend Kronen geschädigt wurde. Auffallend ist, daß Herr Vojna in seiner Erwiderung auf die Veröffentlichung der „Národní Listy“ den Umstand nicht aufführt, ob der Betrag von 200 Kr., welcher Herr Vojna sich auf den Bahnhof senden ließ, auch für geleistete Ar-beiten bestimmt war.

Nun wird herüber- und hinübergeschoben, und Herr Vojna teilt mit, daß er — nicht die „Národní Listy“, welche doch die Enthüllung machten, sondern das „Právo Lidu“, welche doch nur die Reproduktion brachte, klagt. Uns läßt die Sache natürlich ganz kalt, wer geklagt wird, die Hauptsache ist, daß hier ein tiefer Sumpf von Korruption und Unehrlichkeit enthüllt worden ist und daß es die Eisenbahner sind, welche die Beche bezahlen müssen. In dieser Affäre liegt ein Stück ausgleichender Gerechtig-keit. Jene Leute, welche die nationalsoziale Partei nach den Kurienwahlen mit ihrem Geld aus der Erde ge-stampft haben, um die sozialdemokratische Arbeiterpartei auf ihrem Siegesflug zu hemmen und ihre Tätigkeit zu unterbinden, sind es, welche nunmehr, des falschen Spieles satt, ihr eigenes Schicksal umzubringen be-strebt sind.

Für die Arbeiterschaft und speziell für die Eisenbahner sollen aber diese Affären ein Beispiel sein, daß in den Armen der Kapitalisten alles zugrunde gehen muß, was auch nur scheinbar den Anstrich des Sozialis-mus trägt. Diese Affären sollen für unsere tschechischen Kollegen Ansporn sein, das korumpierende nationale Abtalentum von sich zu werfen und sich jener Partei zu-zuwenden, welche aus Arbeitern gebildet, für Arbeiter schafft und ringt und die den Arbeitern die einzig wahre Lehre von dem internationalen Massenstandpunkt der Arbeiterschaft lehrt.

Von den Wagenschreibern.

Die Wagenschreiber aller Wiener Bahnhöfe sind in den letzten Monaten ebenfalls daran gegangen, ihre wich-tigsten Forderungen zu einem Erfolg zu bringen. Sie haben sich in allen Wiener Bahnhöfen ihre Vertrauens-männer aufgestellt, und diese sind bereits in vollster Tätig-keit, den nötigen Zusammenhalt der Wagenschreiber durch ihre Mitarbeit und Zugehörigkeit zur Gesamtorganisation herzustellen. Das ist ihnen zum großen Teil schon ge-lungen, und wir registrieren gerne, daß die Wagenschreiber aller Wiener Bahnhöfe heute schon in der großen Mehr-heit in der Organisation stehen und recht fleißig mit-arbeiten.

In zwei sehr gut besuchten Versammlungen haben die Wagenschreiber aller Wiener Bahnhöfe nach vorher-gegangenen wiederholten Beratungen der Vertrauens-männer über die Schritte beraten, die zu unternehmen notwendig waren. Es wurde in der ersten Versammlung, die am 9. März 1914 im Eisenbahnerheim stattfand, ein-stimmig beschlossen, daß eine Deputation, bestehend aus den Genossen S o w a (Nordwestbahn), Johann H o f k o p f (Nordbahn) und O r t n e r (Westbahn), beim Eisenbahn-minister vorzusprechen haben und dort die drei wichtigsten Forderungen, die Ernennung zu Unterbeamten, die Aende-rung der Stabilisierungsnormen und die Unterstellung unter die Filialwagendirektion, zu vertreten haben. Ge-nosse S o w a als Hauptvertrauensmann meldete die Deputation sofort im vorgeschriebenen Dienstweg an. Lange Zeit erhielt die Deputation keine Antwort. Abgeordneter Genosse T o m š i č mußte zweimal energisch intervenieren. Endlich langte vom Eisenbahnministerium die Antwort herab, daß die Deputation nicht empfangen werden könne. Die Ernennung zu Unterbeamten wird den Wagenschreibern in einem sehr bescheidenen Ausmaß ermöglicht werden. In der Anstellungsfrage sind Aenderungen beabsichtigt. Die Unterstellung unter die Filialwagendirektion ist der-zeit nicht möglich. Das war die Antwort, mit der das Eisenbahnministerium die Wagenschreiber abzuspitzen ver-sucht. Die Wagenschreiber können mit dieser Erledigung nicht zufrieden sein. Das kam auch in der am 4. Juni stattgefundenen neuerlichen Versammlung einmütig zum Ausdrück. Es wurde einstimmig beschlossen, die Zentrale soll neuerlich alles in die Wege leiten, um den Empfang der Deputation durchzusetzen. Es handelt sich vor allem um die Möglichkeit, daß die Wagenschreiber dem Herrn Eisenbahnminister auseinandersetzen können, wie selbst die minimalen Begünstigungen, die das Eisenbahnministerium im Jahre 1911 den Wagenschreibern mit dem Erlaß be-züglich der Unterbeamtenernennung zugesprochen hat, von den Direktionen hintertrieben werden. In der Versamm-lung wurde auch eine Reihe lokaler Fälle zur Sprache gebracht, die dazum, wie insbesondere bei der Staats-eisenbahngesellschaft-Direktion in Wien und Stadlau in geradezu unerhörter Weise mit den Wagenschreibern umgesprungen wird. So wurde einigen Wagenschreibern in Stadlau der volle Erlaß für verkappte Wagen vorgeschrieben, obwohl eine diesbezügliche Einvernahme vor der barbarischen Be-strafung nicht erfolgte und daher die anderen, die an der Verzögerung vor allem schuld waren, vollständig strafflos ausgingen. So weit, sollte man meinen, könnte auch die St.-E.-B.-Direktion sein, daß sie dem, den sie aufhängt, die Möglichkeit zur Verteidigung bietet. Stattdem wird einfach sinnlos und ohne Unteruchung gestraft, obwohl eigene Erlasse des Eisenbahnministeriums dieses sinnlose Vorgehen verpöbten. Aber bei der St.-E.-B.-Direktion scheint man überhaupt für die Kenntnis der Vorschriften kein Interesse zu haben, dafür hat man allerdings Zeit dazu, die Bediensteten gegen die Vertrauensmänner und

gegen die Organisation aufzuheben. Es wird demnach Gelegenheit sein, auch diesem schädigenden System ein endgültiges Ende zu bereiten.

Die Forderungen der Heizer.

Die Heizer aller Wiener Bahnen arbeiten intensi-vo an der Verbesserung ihrer Lage. Sie haben sich, wie dies auch in anderen Kategorien geschehen ist, eine Vertrauens-männerorganisation geschaffen. In allen Wiener Heiz-häusern wurde eine Anzahl tüchtiger Vertrauensmänner aufgestellt, die seither wiederholt in Sitzungen darüber be-raten haben, wie es möglich sei, zumindest die dringend-sten Forderungen der Erfüllung näherzubringen.

Bereits am 25. Februar d. J. fand im Eisenbahner-heim seit Jahren wieder die erste Heizerverhandlung statt, die einen massenhaften Besuch der Heizer aller Wiener Heizhäuser aufwies. In voller Uebereinstimmung wurde von den Versammelten die traurige Lage der Heizer ge-schildert und konstatiert, daß dringende Hilfe notwendig ist, nicht nur im Interesse der Heizer, sondern auch im Inter-esse eines unge störten Betriebes. Die Genossen Martin F r ä h a u s, Personalkommissionsmitglied (Sütteldorf), Wilhelm W ü d e (Nordbahn) und Martin S t u h r (Steg) wurden beauftragt, beim Eisenbahnminister vorzusprechen und dort die traurige Lage der Heizer vorzutragen. Ins-besondere aber wegen der Gewährung der zweijährigen Vorrückungsfristen und wegen Aenderung der verschlech-terten Intimierungs- und Anstellungsnormen vorstellig zu werden. Diesen Auftrag führten die Vertrauensmänner ge-meinsam mit der Zentrale unserer Organisation sofort durch. Die Besprechung wurde für den 4. April verlangt.

Das Eisenbahnministerium aber war anderer Mei-nung. Vor allem ließ es sich sehr lange Zeit. Es verging der ganze April, ohne daß man es oben der Mühe wert fand, auf das Ansuchen zu antworten. Inzwischen fanden auch die Sitzungen des Zentralkomitees der Personal-kommission statt, in welchen die Kommissionsmitglieder einmütig gegen die schändliche Behandlung des Personals protestierten. Abgeordneter Genosse T o m š i č interve-nierte energisch, daß man die Deputation doch empfangen möge. Er verwies auf die Erklärungen des Ministers im Staatsangestelltenausschuß, wonach er jedermann Schutz und Hilfe angedeihen lasse und die Bediensteten jederzeit bei ihm vorsprechen könne. Auch der Herr Hofrat Doktor B o e h hat als Vorsitzender im Zentralkomitee der Per-sonalkommission erklärt, daß er keinen Fall wisse, wo eine Deputation nicht empfangen worden wäre. Das kommt überhaupt nicht vor.

Ende Mai fand es darauf das Eisenbahnministerium endlich der Mühe wert, den Deputationsmitgliedern mit-zuteilen, daß die Deputation nicht stattfinden könne, weil die zweijährigen Fristen nicht eingeführt werden können, da jetzt erst die 2 1/2-jährigen Fristen eingeführt wurden, und im Eisenbahnministerium wegen der Aenderung der Stabilisierung ohnehin studiert und gearbeitet werde.

So sehen die Worte und die Taten des Eisenbahnministeriums aus. Die Heizer aller Wiener Heizhäuser haben zu dieser schändlichen Behandlung nicht geschwiegen.

Am 5. d. M. fand im Eisenbahnerheim eine Massen-versammlung der Heizer statt, zu der alle dienstfreien Heizer sämtlicher Wiener Heizhäuser erschienen waren. Die Versammlung hielt mit ihrer berechtigten Erregung nicht zurück.

Allseits wurde in den Ausführungen festgestellt, daß die Heizer, die anstandslos den schweren Dienst erfüllen, die alle Tage ihres Lebens ihre Gesundheit, ihre geraden Glieder um geringen Lohn im Interesse der Allgemeinheit opfern, diese Behandlung nicht verdienen, die sich das Eisenbahnministerium da geleistet hat.

Die Zentrale unserer Organisation wurde durch einen einstimmigen Beschluß beauftragt, dem Eisenbahn-ministerium klarzumachen, daß sich die Heizer diese Be-handlung nicht gefallen lassen und daß sie unter allen Umständen auf dem Empfang der Deputation beharren. Der Herr Eisenbahnminister soll aus dem Munde der Heizer vernehmen, wie rechtlos und elend diese Bediensteten gehalten werden. Er soll nur anhören, wie unendlich groß die Liebe ist, die die Eisenbahner zu ihrem Chef haben, der vorgibt, jeden mit offenen Armen zu emp-fangen und dann die erste Gelegenheit benützt, um eine so wichtige Gruppe recht weit von sich zu stoßen.

In der Versammlung war auch der Vorstand des separatistischen Heizervereins mit seinem Sekretär, dem Christlichsozialen H e b e r, anwesend. Es ist nicht un-interessant, festzuhalten, daß Herr Weber erklärte, der Heizerverein als separatistischer Verein sei tatsächlich für das Eisenbahnministerium das Argument, daß die Einigkeit mangle. Wir würden nur wünschen, daß diese Erkenntnis den Herrn Weber und seinen Anhang dazu bringen würde, die auch von ihnen betonte Notwendigkeit der Einigung zu fördern. Im übrigen sei festgelegt, daß die große Mehrheit der Heizer am Wiener Boden bereits zu der Einsicht gekommen ist, daß ihre Mitarbeit mit der Gesamtheit eine unerläßliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken ist.

Dem Eisenbahnministerium wollen wir noch den ernstesten Rat geben, diese wichtige Gruppe so zu behandeln, wie sie es tatsächlich verdient: entgegenkommend und ernst. Wenn das nicht freiwillig geschieht, so werden die Herr-schaften durch die Tatsachen dazu gezwungen werden.

Die erste Bremserkonferenz der k. k. Staatsbahner und der Südbahner.

Die verschiedenen Verschlechterungsmaßnahmen, die das Regime Forster auch bei den im Taglohn stehenden Zugsbegleitern in rücksichtsloser Weise durchgeführt hat, hat unter den Bremsern den Wunsch gezeitigt, in einer von der Zentrale einzuberufenden Konferenz Stellung zu nehmen. Der bezügliche Beschluß wurde in einer am 14. April l. J. stattgefundenen Besprechung mit noch fünf anderen von der Konferenz zur Unterbreitung bestimmter Punkte gefaßt. Obwohl nun diverse Reichskonferenzen der Zugsbegleiter sich wiederholt und eingehend mit der Bremserfrage beschäftigt und diverse Beschlüsse niedergelegt haben, so hat die Zentrale dennoch dem Wunsch der Bremser nach einer eigenen Konferenz Rechnung getragen,

weil die eigentümliche Hungerpolitik des Eisenbahnministeriums gegenüber diesem Personal, das für den Verkehr von Wichtigkeit ist, mit besonderem Nachdruck betrieben wird.

Am 3. d. M. fand nun in Wien, Eisenbahnerheim, diese Konferenz statt. In dieselbe haben über Anordnung der Zentrale nur die wichtigsten Domizilstationen der k. k. Staatsbahnen und der Südbahn Delegierte entsendet; es erschienen demnach 50 Delegierte. Die Zentrale entsandte die Genossen Somitsch, Swoboda und Brodecky; von der Zentralpersonalkommission waren zwei und vom Arbeiterausschuß waren vier Mitglieder anwesend. Vom Vertrauensmännerausschuß der Zugsbegleiter erschienen die Genossen Straßer, Jorde und Jannerhuber. Die Konferenz wurde um halb 10 Uhr vormittags eröffnet. In's Präsidium wurden gewählt die Genossen Alfred Warga (Wien I) und Josef Gut (Wobensbach). Die Tagesordnung lautete:

1. Die Lage der Bremser und die provisorische Dienstzeit.
2. Stellungnahme zum ersten Punkt.
3. Eventuelles.

Zum ersten Punkt führte der Referent Genosse Somitsch aus: Die Notwendigkeit, daß wir uns heute hier zusammenfinden, liegt in der Ursache der Verschlechterungsmaßnahmen des Eisenbahnministeriums, Verschlechterungen, von welchen keine einzige Kategorie verschont geblieben ist, die aber sicherlich das im Taglohn stehende Personal am härtesten treffen. Und die Lage der Bremser ist unahaltbar geworden. Schon im Lohnverhältnis selbst erweist sich die Härte der Existenz, denn in keinem Domizil kommen sie auf den Grundlohn, die Differenzen zu demselben sind oft sehr große. Das Eisenbahnministerium und die Direktion behaupten, daß die Bremser durch ins Verdienen gebrachte Stundengelder schadlos gehalten werden. Wohl aus diesem Grunde haben sie auch keine Lohnvorrückungen. Das Bremserpersonal hat die Lage aber nur deshalb immer ertragen, weil die provisorische Dienstzeit unter Umständen nicht besonders lang gedauert hatte. An Einzelfällen mit langen Provisorien hat es zwar nicht gemangelt, aber das Gesamtpersonal hat ihnen nicht jene Beachtung geschenkt, die sie verdient hätten. Zwar haben bei der St. E. G., Nordbahn und Nordwestbahn, bevor sie verstaatlicht wurden, ziemlich lange Provisorien bestanden und gerade mit Rücksicht darauf konnte das Eisenbahnministerium bei der Einführung der sieben provisorischen Jahre behaupten, diese Festsetzung sei keine Verschlechterung, sondern eine wohlthuende Regelung. Aber vor der Verstaatlichung dieser Bahnen haben sich die Zugsbegleiter in Bezug auf die provisorische Dienstzeit bessere Bedingungen erkämpft, als das Eisenbahnministerium nunmehr festsetzte, deshalb ist seine Behauptung nicht wahr!

Was die Festsetzung der sieben provisorischen Jahre bei den Bremsern bedeutet, haben wir in unserem Nachorgan zusammenfassend dargelegt. Die Wirkung dieser Verschlechterung kommt auch bei der Südbahn dadurch zum Ausdruck, daß die Direktion bis zur Ablegung der Kondukteursprüfung wohl nur vier Jahre festsetzte, durch Bestimmungen anderer Art und in der Praxis werden es ebenso auch sieben oder auch mehr Jahre bis zur Ernennung werden. Diese Erscheinungen, sei es in den Lohnverhältnissen oder in der nicht zu überwindenden langen provisorischen Dienstzeit, erheischen eine dringende Regelung, denn wir wissen genau, daß es bei den sieben Jahren sein Bewenden hat, sondern daß, wenn überhaupt eine Ernennung erfolgen wird, auch zehn oder sogar mehr Jahre werden. So haben wir angesichts der Lage der Bremser Erhebungen gepflogen, welche ergaben, daß sich auf allen Bahnen eine Menge Bremser mit einer 7, 8, 9 oder gar 10jährigen Dienstzeit befinden. Im Protokoll der Personalkommission der Diener der Nordwestbahn (Sitzung vom 31. Oktober 1913) finden wir folgenden Passus:

„Mit dem Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 26. Dezember 1913, Z. 47.126/6 I wurde die k. k. Nordwestbahndirektion ermächtigt, bei der mit 1. Jänner 1914 vorzunehmenden Intimierung von Arbeitern zu Aushilfskondukteuren und Verschleibern diejenigen Arbeiter zu berücksichtigen, die am genannten Tag eine ununterbrochene Gesamtdienstzeit von sieben oder mehr Jahren vollendet haben und den sonstigen Intimierungsvoraussetzungen entsprechen. Da Fahrarbeiter mit einer solchen Dienstzeit laut den Berichten der in Frage kommenden Dienststellen nicht vorhanden waren, unterließ die Intimierung von Fahrarbeitern.“

Nach unseren Erhebungen beruht die Antwort der Dienststellen nun nicht auf Wahrheit und deshalb müssen wir hervorheben, daß es die Verwaltung mit den sieben Jahren nicht ernst nimmt. Nimmt sie es aber ernst, dann würde sie die Bremser der Direktion unterstellen und diese verantwortlich machen!

Eine andere, aber von großer Bedeutung befindliche Wirtschaft, die auch den Verkehr selbst und die Dienstleistung sehr beeinträchtigen kann, ist die leichtfertige Weise beliebige Arbeiter in die Partien als Bremser einzuteilen. Da erhält irgendein Arbeiter einen Zettel, auf welchem folgendes steht:

„Notbremser: N. N. hat am 21. Mai 1914 mit den Zügen 45 R-90 in Einschulung und am 22. Mai mit Zug 63-92 im Dienst zu fahren und bleibt bis auf weiteres im Turnus.“

NB. Zu Verschleibungen darf der oben Genannte nicht herangezogen werden.

Der Kommandierungsbeamte

N. N.

Diese Leichtfertigkeit ist unerhört, denn der Bremserdienst wird hier nur abhängig gemacht von der Befehung der Bremse, damit im Stundenpaß die Bremsprogenie gedeckt erscheinen. Nicht die Tüchtigkeit, nicht die Praxis, nicht die Kenntnisse kommen hier in Betracht, sondern der Schwindel, wie man sich am besten gegenüber den Berichten ausweisen kann!

Genosse Somitsch erörterte die Verhältnisse der Magazinarbeiter, aus denen die Bremser hervorgehen, die Einführung von Aushilfsarbeitern in dieser Kategorie, ihre Entlohnung und die dabei verübten neuesten Schädigungen; das Aufnehmen von Personen direkt von der Straße zu Bremserdiensten, was einer Vergeudung von Geldern gleichkommt. Die Bahnverwaltung müge die gegenwärtige wirtschaftliche Depression, die Volksnot, die

Arbeitslosigkeit in furchtbarer Weise aus, um die Eisenbahner niederzuringen. Während die Regierung alle bürgerlichen Elemente auf ihrer Seite hat, die Staatsnotwendigkeiten durchzusetzen und Milliarden dem Wolsch geopfert werden, werden den Eisenbahnern Verschlechterungen auf Verschlechterungen oktroyiert. Hier könne nur fester Zusammenschluß retten, daß wenigstens die Lebensgefahr der Bediensteten und Reisenden abgemindert werde, die Leichtfertigkeit und Ausbeutungssucht des Eisenbahnministeriums ganz außer Auge läßt. Das Verkehrspersonal müße daher vollständig tüchtig ausgebildet und allen Alltags- und Familien Sorgen enthoben sein. Die Lage der Bremser ist aber eine so schlechte, daß sie nicht weiter ertragen werden könne. Es müße daher mit aller Energie eine Regelung angestrebt und durchgeführt werden. Es wurde sodann in die Debatte eingegangen, in der das Wort ergriffen die Genossen Kovar, Arbeiterausschußmitglied der Südbahn, und als solcher einen die Bremser betreffenden Bericht brachte; Täuber, Personalkommissionsmitglied der Südbahn, der über die Auffassung der Fahrordnungen und den Reservendienst berichtete; Seidbauer, Wien I, der über die Vorrückungen sprach. Ferner die Genossen: Balisek, Arbeiterzentralausschußmitglied; Mosauer, Marburg, der berichtete, daß die Südbahn bereits zwei Zertifikatisten als Kondukteuraspiranten aufgenommen habe; Kuraj, Brzemska; Kajor, Brunn; Auer, Leoben; Galaj, Stanislaw; Warwig, Innsbruck, der berichtete, daß Bremser einen Taglohn von 3 Kr., Aushilfskondukteure einen solchen von Kr. 2-70 haben; ferner Groß, Wien-Nordbahn, der hervorhob, daß auf der Nordbahn ein Bremser mit sechs Monaten Dienstzeit Aushilfskondukteur geworden ist, weil derselbe eine Protektion hatte; Kolarzki, Pardubitz und Mühlberger, Zentralpersonalkommissionsmitglied.

Genosse Straßer, Wien I, Obmann der Zugsbegleitervertrauensmänner, begrüßte die Konferenz und hob hervor, daß sich dieselbe durch einen großen Ernst auszeichnen, weil man ja in der Zukunft immer auf die Beschlüsse derselben zurückgreifen werde, worauf Genosse Somitsch beantragte, daß eine Antragprüfungskommission gewählt werde, was einstimmig angenommen wurde. Es wurden folgende Genossen in diese Kommission entsendet: Seidbauer, Nedoma (Bakom), Mosauer, Auer, Gut (Wobensbach), Tschernitz (Lienz), Groß, Jorde (Wien I) und Swoboda (Zentrale). Nach Unterbrechung von einer Stunde Mittagspause unterbreitete die Antragprüfungskommission folgende Resolution:

Resolution.

Die am 3. Juni 1914 im Eisenbahnerheim in Wien versammelten Delegierten der Bremser der k. k. österreichischen Staatsbahnen und der k. k. privilegierten Südbahn-Gesellschaft beschließen:

Durch die letzten Verfügungen der k. k. Staatsbahn- und der Südbahnverwaltung sind die Verhältnisse des provisorischen Zugsbegleiterspersonals noch mehr als früher in Frage gestellt. Die Festsetzung einer sechs, beziehungsweise siebenjährigen Dienstzeit bei den k. k. Staatsbahnen und einer vierjährigen Dienstzeit bei der Südbahn bis zur Ernennung zum Aushilfskondukteur hat keine Regelung der Verhältnisse, sondern nur eine weitere Hinauschiebung des Definitivums gebracht. Die Ausschaltung der Bremser aus dem Grundlohn und teilweise auch aus der Lohnvorrückung läßt die provisorischen Zugsbegleiter in einer wirtschaftlich verwerflichen Lage, da der Hinweis auf den Nebenverdienst durch die Jahrgelöhne jeder Stichtätigkeit entbehrt. Es ist daher höchst ungerechtfertigt, die provisorischen Zugsbegleiter, das heißt Bremser unter dem Grundlohn und außerhalb der Vorrückung zu lassen. Bei dem geringen Lohn werden die Bremser die lange provisorische Dienstzeit kaum, und wenn, so nur vollständig unterernährt und abgeradert aushalten und die zur Anstellung nötigen körperlichen Voraussetzungen nicht mehr besitzen. Ferner werden die von den genannten Maßnahmen betroffenen Bremser, die doch noch die Anstellung erlangen, dieselbe so spät erreichen, daß sie den Endgehalt als Kondukteur kaum, als Oberkondukteur auf keinen Fall erlangen und deshalb der Wohltat aus der Endgehaltserhöhung niemals teilhaftig werden. Kommen noch der durch den technischen Fortschritt in den Fahrbetriebsmitteln erschwerte Dienst und die gesteigerte Verantwortung und die Verschlechterungen, die dem Zugsbegleiterspersonal aus den Turnusreisen z. erflanden sind, hinzu, so geht aus allem hervor, daß die Lage der Bremser eine nicht mehr erträgliche ist und fast keine Aussicht oder Sicherung für eine bessere Zukunft bietet.

Die Konferenz der Bremser erhebt entschieden Einsprüche dagegen, daß Leute ohne gehörige Ausbildung, respektive Einschulung und Ausrüstung mit den nötigen Befehlen, wie Fahrordnungen z., zum Fahrdienst eingeteilt werden. Ebenso erhebt die Konferenz Einsprüche gegen die unhaltbaren Turnusse, die nur geeignet sind, die Sicherheit des Verkehrs auf das Ärgste zu gefährden.

Um dem allem zu begegnen und ein erträgliches Verhältnis zu schaffen, soll eine Regelung in folgender Weise eintreten:

Die absolut erforderlichen Posten von Zugsbegleitern sind mit definitivem Personal zu besetzen. Die Ergänzung des Standes der definitiven Zugsbegleiter hat nach der auf Grund des Eintrittes zum Fahrdienst und des Dienstalters erstellten Rangliste, respektive Rangstour aus dem Stande der Bremser, und zwar in der Weise zu erfolgen, daß jeder nach einjähriger Verwendung im Fahrdienst — wobei Unterbrechungen im Fahrdienst unter einem Jahre eingerechnet werden — zum Aushilfskondukteur, nach einem weiteren Jahre und nach Ablegung der Güterzugkondukteursprüfung zum Kondukteur ernannt wird.

Zur Verwendung als Arbeiter im Fahrdienste, beziehungsweise als Bremser sind nur die bereits im Magazin- oder Stationsdienst beschäftigten Arbeiter bei Zutreffen der sonstigen Voraussetzungen nach dem Dienstalter heranzuziehen, beziehungsweise einzuteilen und sind dieselben vorher gehörig einzuschulen und mit den nötigen Befehlen, wie Fahrordnungen z. zu betheilen.

Solange Zertifikatisten zum Fahrdienst herangezogen werden, haben sie dieselben Voraussetzungen wie alle anderen zu erfüllen.

Als Arbeiter im Fahrdienst haben nur jene zu gelten, welche vorübergehend, in kurzen Perioden — wie bei Nebenkampagne z. — im Fahrdienste verwendet werden; Bremser sind zu anderen Dienstleistungen nicht heranzuziehen.

Die Bremser sind im Lohnverhältnis mit den übrigen Arbeitern gleichzusetzen und der Direktion zu unterstellen; sie nehmen an der Anstellung und Wahl der Turnusvertrauensmänner teil.

Bei der Einreihung zum Fahrdienst sind die Bremser mit Uniformstücken analog wie das definitive Personal zu betheilen.

Die Delegiertenkonferenz der Bremser beauftragt die Kollegen Alfred Warga, Wien I, Karl Vogel, Stadlau St.-E.-G., Franz Groß, k. k. N.-W. Wien, und die Kollegen Wilhelm Mosauer, Marburg, und Franz Tschernitz, Lienz von der Südbahn, die Resolution im k. k. Eisenbahnministerium und bei der Generaldirektion der Südbahn zu überreichen und mündlich zu begründen, um auf diesem Wege eine gerechte und entsprechende Regelung der Verhältnisse zu erreichen suchen.

Bei der Ausschau nach den Ursachen, welche dazu beitragen, die überaus schlechte Lage der Bremser herbeizuführen, erblicken die Delegierten hauptsächlich die Gleichgültigkeit und den Indifferentismus der Kollegen Bremser und Arbeiter und fordern deshalb dieselben alle auf, ja machen es jedem zur Pflicht, dem „Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich“ beizutreten und für den Beitritt anderer zu wirken, um so selbst mitzuschaffen an der Verbesserung ihrer Lage und um jene Organisation auszubauen, die bisher immer ihre Pflicht tat und auch weiter tun wird, weil sie, fußend auf dem Standpunkt des Klassenkampfes, die Aufgabe hat, die Eisenbahner geistig und physisch immer auf eine höhere Stufe zu bringen und deshalb die richtige Organisation für alle Eisenbahner ist.

Vor Abstimmung der Resolution wurden folgende Genossen in die Deputationen gewählt: Warga, Vogel, Groß, Mosauer und Tschernitz, worauf die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene Beschwerden zur Sprache gebracht und der Zentrale zugewiesen. Um 6 Uhr abends wurde die Konferenz, in welcher ein so reichliches Material zutage trat, geschlossen.

Von der Personalkommission der Südbahn.

Sektion Diener.

Bericht über die am 27., 28., 29. und 30. April 1914 stattgefundenen Beratungen der Personalkommission der Südbahn, Sektion Diener (Stationspersonal und Bahnerhaltung).

Anwesend sind die gewählten Mitglieder Berger, Wagner, Münster, vom Stationspersonal; Pfeffer, Ludner, Herzog, von der Bahnerhaltung, ferner die Experten Wachsenfer, Portier, Fassalter, Magazinidiener, Polkermann, Spenglerlampist und Egger, Bahnrichter.

Genosse Pfeffer ersucht um ausführlichere Behandlung der Begründungen im Protokoll, da sonst der Herr Generaldirektor nie hievon Kenntnis erhält.

Als Verifikatoren werden Herzog und Wagner gewählt.

1. Punkt der Tagesordnung: Zweijährige Vorrückungsfristen bis zum Endgehalt und Festsetzung des Endgehaltes 2000 Kr.; betreffen die Vertreter der Verwaltung auf die erst eingeführten zwei- und anderthalbjährigen Vorrückungsfristen. Die Verwaltung könne erst dann weitergehen, wenn die Staatsbahnen damit vorausgehen.

2. Punkt: Nachdienstzulage von 1 Kr., für die Weichensteller, Bahnwärter und Wächter, erklärt die Verwaltung, daß mit Zirk. 268 A 1913 den Weichenstellern bereits eine solche Zulage gewährt wurde, und sie über den Rahmen der Staatsbahnen nicht hinausgehen könne.

Personalkommissionsmitglied Berger fragt an, wieso die Kanzeleidiener am Graz-Röfacher-Bahnhof, welche auch Nachdienst versehen, keine Nachdienstzulage erhalten.

Inspektor Bracic sagt die Untersuchung des Falles zu. 3. Punkt: Die Streckenbegehrzulage soll auf 360 Kr. jährlich erhöht und in ein Pauschale umgewandelt werden. Zuerkennung desselben auch an die Bahnrichter.

Die Verwaltung verhält sich zum Beitritt ablehnend.

4. Punkt: Gewährung einer Verschubzulage im Betrag von 24 Kr. monatlich an das gesamte Verschubpersonal. Die Entscheidung der Verwaltung lautet: Kann nicht gewährt werden, weil es bei den Staatsbahnen auch nicht besteht.

Personalkommissionsmitglied Wagner erklärt, daß das Gerücht verbreitet sei, daß das Prämiensystem analog den Staatsbahnen eingeführt werden soll.

Inspektor Bracic erwiderte, daß der Südbahnverwaltung von einer Prämien Einführung nichts bekannt sei.

5. Punkt: Gewährung einer Verschubzulage an jene Weichensteller, welche beim Verschub mittätig sind.

Personalkommissionsmitglied Berger erklärt, neuerdings dieses Beitritt aufrechtzuerhalten zu müssen. Weiters verlangt er für die Weichensteller in Unter-Drainung diese Zulage.

Personalkommissionsmitglied Münster verlangt diese Zulage für das beim Verschub in Verwendung stehende Personal in Trento.

6. Punkt: Gewährung eines Schulpauschales an alle Weichensteller, Bahnwärter, Bahnrichter und an das Verschubpersonal im Betrag von 50 Kr. jährlich.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend.

Personalkommissionsmitglied Wagner erörtert den Vorgang bei der Verteilung der Umbauremumeration vom Jahre 1911 in Magleinsdorf und bemängelt die Ausschließung der Verschubarbeiter.

Inspektor Bracic erwidert, daß die Umbaurechnung schon abgeschlossen und die Remuneration schon verteilt ist.

7. Punkt: Gewährung einer Zulage im Betrag von 5 Kr. monatlich, an jene Wochensignaldiener, welche ab 1. Jänner 1909 für den Entgang des Affordes die Nachdienstzulage erhielten.

8. Punkt: Regelung der Personalzulagenfrage in der Weise, daß für sämtliche in Betracht kommenden Bediensteten alle wie immer gearteten Schädigungen und Zurücksetzungen beseitigt erscheinen. Ferner sollen jene Diener, welche im Genuß einer Personalzulage aus dem Titel der Aufhebung des Affordes stehen, und nach einer Station versetzt werden, wo sich Bedienstete befinden, welche im Genuß einer Personalzulage aus dem gleichen Titel stehen, ihre Personalzulage erhalten.

9. Punkt: Gewährung einer Postenzulage an alle Weichensteller, Bahnwärter und Wächter.

Die Vertreter der Verwaltung erklären, daß bereits auf einzelnen stark frequentierten Posten solche Zulagen bestehen und über dieses Maß nicht hinausgegangen werden könne.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt unter anderem, es verheißt es nicht, wie es heute heißen kann, daß in Zukunft keine solchen Zulagen mehr gewährt werden, wo ihm doch erst vor sieben Wochen gesagt worden ist, und zwar auf Grund der Protokolle über die betreffenden Direktionsitzungen, daß sich der Herr Generaldirektor vorbehalten habe, auch in Zukunft bei besonders strengen Posten Zulagen zu gewähren.

10. Punkt: Entlohnung der Heberstunden à 1 Kr. für die Heberstunden der Kartisten oder Schluß der Dienststunden um 6 Uhr abends.

11. Punkt: Abschaffung des Frauendienstes. Solange dieser nicht aufgehoben ist, sollen für die Frauen mindestens 45 Kr. monatlich bezahlt werden.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend.

12. Punkt: Jenen Dienern, welche am Gärtenausgleich nicht partizipierten und noch mit dem Gehalt von 600 oder 680 Kr. angestellt wurden, soll die nächste Vorrückung um ein halbes Jahr geführt werden.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend.

13. Punkt: Abkürzung der Vorrückungsfristen für jene Diener, welche länger als 15 Jahre angestellt sind oder erst im vorgeschrittenen Alter zur Anstellung gelangten in der Weise, daß denselben die Erreichung des Endgehaltes ermöglicht wird.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend.

14. Punkt: Sämtliche Bahnwärter und Weichensteller, die für den Rangdienst verwendet werden, sollen in die Rangdienstkategorie eingereiht werden.

Die Verwaltung verhält sich dagegen ablehnend.

15. Punkt: Zulassung der Bahnrichter bei Erreichung des Gehaltes von 1200 Kr. zur Bahnmeisterprüfung nach einjähriger Einschulung.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet: Mit Rücksicht darauf, daß für die Bahnmeisterprüfung höhere Schulkenntnisse verlangt werden, diesem Punkt auf keinen Fall entsprechen zu können.

Nach kurzer Debatte änderte Experte Egger seinen Antrag dahin ab, daß die Bahnrichter bei Erreichung des Gehaltes von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt werden sollen.

16. Punkt: Gewährung der Schnellzugprämie von 40 Kr. jährlich an die Bahnwärter analog den 1. 1. Staatsbahnen.

Die Verwaltung verhält sich dagegen ablehnend und beruft sich darauf, daß diese Prämie bei den Staatsbahnen schon vor Einführung der mit Zirkular 385/A/1907 zugesagten Verbesserungen bestand, daher sie keine Verpflichtung hierzu habe.

17. Punkt: Pfingstremunerationen sollen auch auf Nebenlinien gewährt werden.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend.

18. Punkt: Schaffung der Kategorie der Weichenkontrolloren.

Die Verwaltung gibt bekannt, daß wohl nicht Weichenkontrolloren, wohl aber die Kategorie der Kontrollwächter ab 1. Juli 1. Z. in einzelnen Stationen werden eingeführt werden.

19. Punkt: Jene Magazinbediener, welche einen Magazinmeister, beziehungsweise Aufsicht substituieren, soll die in Betracht kommende Versuchsprämie zuteil werden.

Herr Inspektor Bracic formuliert den Antrag in der Form, daß die Magazinbediener, welche einen Magazinmeister oder Meister substituieren, den gleichen Bedienanteile erhalten wie diese, ferner auch bei Nachdienst die Nachdienstzulage erhalten.

20. Punkt: Schaffung der Kategorie der Ladeaufseher, in welcher die Magazinbediener einzureihen und ihr heutiger Titel aufzulassen wäre, bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. soll es dem Ladeaufseher möglich sein, in die Unterbeamtenkategorie vorzurücken.

Der Sekretär der Personalkommission, Dr. Grabisch, erwähnt hierzu, daß sich die Südbahn auch hier nach der Staatsbahn richten müsse.

21. Punkt: Einreihung der Stationsaufseher, Oberverpflichteter, Blocksignaldieners und Spenglerlampisten mit dem Gehalt von 1200 Kr. zum Unterbeamten.

22. Punkt: Jene Portiere, welche der Kategorie der Zugbegleiter angehören und die Zugführerprüfung abgelegt haben, sollen analog der Kondukteurzugführer zu Unterbeamten ernannt werden.

Der Standpunkt der Verwaltung hierzu ist ein ablehnender.

23. Punkt: Jene Weichensteller, Verschieber und Bahnwärter, welche in anderen Kategorien dauernd verwendet werden, sind in dieselben einzureihen.

24. Punkt: Jene Weichensteller, welche in Stellwerken in Verwendung stehen, sind zu Blocksignaldienern zu ernennen.

25. Punkt: Zulassung des Uebertritts in andere Verwendungskategorien.

Die Vertreter der Verwaltung erklären, daß fallweise nach Bedarf und Umständen dem nichts im Wege stehe.

26. Punkt: Titelerhöhung der Weichensteller und Bahnwärter auf Weichen-, Block-, beziehungsweise Signal- und Streckenaufseher.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend, da diese Titel auch bei der Staatsbahn nicht sind und andererseits ohnehin erst eine Titelerhöhung (Weichensteller und Bahnwärter) Platz gegriffen hat.

27. Punkt: Verbesserung der Urlaubsnormen analog der bereits eingebrachten Anträge.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend.

Personalkommissionsmitglied Luderer erneuert seinen bereits im Vorjahr eingebrachten Evidenzantrag, wonach mit 15 Jahren schon zehn Tage Urlaub gewährt werden sollen.

Personalkommissionsmitglied Herzog protestiert gegen den Vorschlag, daß man das Personal zwingen will, den ganzen normierten Urlaub auf einmal oder höchstens in zwei Raten zu nehmen, und verlangt die Zurückziehung dieses Erlasses, welcher dem Vernehmen nach ja ohnehin nur von der Verkehrsdirektion herausgegeben worden sei, und auch das nur, weil angeblich die Beamenschaft die bestehenden Urlaubsnormen zu viel umgehe. Es gehe doch nicht an, daß man deshalb, weil die Herren Beamten das ausbeuten, man den Dienern, welche ohnedies wenig Urlaub haben, auch das noch verweigern will.

Oberinspektor Pölleriger begründet diesen Vorschlag mit der Ersparung von Substitutionskosten.

28. Punkt: Regelung der Dienst- und Ruhezeiten analog den bereits eingebrachten Anträgen.

Die Entscheidung der Verwaltung lautet ablehnend.

Experte Pöllerermann begründet diese Forderung für die Lampisten.

Personalkommissionsmitglied Wagner urgiert die Dienstregelung der Bordenberger Weichensteller.

Weiters verweisen die Personalkommissionsmitglieder Wagner und Herzog auf die Inzulassungsmöglichkeit in der Station Semmering, wonach im Stellwert bei Einschulung der Magazinbediener dieselben allein im Stellwert gelassen werden, der betreffende Weichensteller aber, der doch die Verantwortung zu tragen hat, für den Arbeiter einzuweisen dessen Arbeiten im Magazin zu verrichten hat. Sie verlangen sofortige Abhilfe.

Ferner verlangt Personalkommissionsmitglied Münster die Regelung der Dienstzeit in den Stationen Leoben und Leibnitz für die Verschieber.

Die Personalkommissionsmitglieder Herzog und Wagner verlangen die endliche Durchführung der Dienstzeitverkürzung für die Wiener Lokalfriede, insbesondere in der Strecke Wien-Neustadt, und des 12- bis 14stündigen Dienstes für die zwei Blockposten in der Strecke Wien-Mödling; Personalkommissionsmitglied Pfeffer für Blockposten in der Strecke Mürzzuschlag-Brud. a. d. M.

29. Punkt: Anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit in die Pension oder aber mindestens Erreichung der vollen Pension nach 30 Dienstjahren.

Die ablehnende Entscheidung der Verwaltung stützt sich auf das Vorbild der 1. 1. Staatsbahnen.

30. und 31. Punkt: Bessere Qualität der Uniformen und Verfürgung der Tragzeit derselben analog den bereits eingebrachten Anträgen. Ueberzogene Pelze an alle Wächter und Schrankenwärterinnen.

Die Verwaltung gibt bekannt, daß eine ganze Anzahl Uniformfragen dem Herrn Generaldirektor zur Entscheidung vorgelegt werden. Auch sei bereits in einer Anzahl Stationen für die Weichensteller statt der nackten Pelze der kurze, überzogene gewährt worden. Wo Weichensteller darum ansuchen, werden sie ebenfalls solche erhalten.

32. Punkt: Allen jenen Weichenstellern und Bahnwärtlern, welche einen 16/16- oder 18/18stündigen Turnus haben, soll monatlich eine freie Tour gewährt werden.

Die Verwaltung verhält sich dagegen ablehnend.

33. Punkt: Allen Frauen soll monatlich ein zweiter freier Tag gewährt werden.

34. Punkt: Verteilung aller Posten mit 60 Stück Schwellen und Zerklammerung auf allen Posten, oder aber Einführung der Kohlen wie bei den 1. 1. Staatsbahnen.

(Schluß folgt.)

Inland.

Siebenhundertdreißig Millionen.

Fest und unauslöschlich mit ehernem Griffel soll man diese Ziffer in das Gedächtnis der österreichischen Völker schreiben. Siebenhundertdreißig Millionen Kronen sind nämlich von den österreichischen Delegationen als Heeresbudget bewilligt worden, welches sich nach den Worten der Thronrede in „normalen Grenzen“ bewegt. Siebenhundertdreißig Millionen Kronen, eine Riesensumme, bei der jede Vorstellungskraft versagt und bei deren bloßer Nennung es in den Köpfen aller armen Teufel zu schwindeln beginnt, weil einfach eine solche Summe von der kühnsten Phantasie nicht ausgedacht werden kann — werden wir also für Heer und Flotte aufzubringen haben. Vier neue Großkampfschiffe mit dazugehörigen drei Kreuzern und sechs Torpedofahrzeugen sollen gebaut werden, die nach dem Vorschlag zusammen rund 427 Millionen Kronen kosten werden. Das alles geschieht in einer Zeit, wo die Krise und die aus ihr hervorgegangene Arbeitslosigkeit noch keineswegs überwunden ist und wo die Lebensmittelverknappung unausgesetzt anhält, ja sich gerade, wie aus den Marktberichten der letzten Tage hervorgeht, noch in einem schärferen Anziehen der Getreidepreise stärker als je bemerkbar macht. Dieser halb banferotte Staat, der über Kopf und Hals in Schulden steckt, so daß wir fast von einer ins Ungemessene anwachsenden Zinslast erdrückt werden, soll also aus den Steuergeldern der Bevölkerung diese gewaltige Summe aufbringen, damit wir Großmacht spielen dürfen und der militärische Größenwahn sich unbehindert ausleben kann. Aber das alles bildete für die Herren bürgerlichen Volksvertreter in den Delegationen keinen Grund des Bedenkens. Ohne sich irgendwelchen Sorgen hinzugeben, haben sie mit kühler Gelassenheit in einer kaum dreistündigen Beratung dieses Riesensumme bewilligt, ohne daß ihnen irgendwelche Skrupeln gekommen wären, wo das Geld, das auf diese Art verpulvert werden soll, herzunehmen ist. Die Völker Österreichs werden sich also unter solchen Umständen darauf gefaßt machen müssen, zu zahlen und zu schwigen, bis ihnen der Atem ausgeht und bis es ihnen blau und schwarz vor den Augen wird. Und eigentlich muß man sagen: Recht so. Es gibt kein anderes Mittel, die österreichische Gemütslichkeit und Dummheit aus den patriotisch unnebelten Gehirnen herauszutreiben, als daß durch den Militarismus der letzte Groschen aus den Taschen geholt wird. Vielleicht wird es auf diese Weise zuwege gebracht, daß auch den schäufsmäßigen Oesterreichern einmal der Geduldfaden reißt!

Ein sozialdemokratischer Protest gegen die Kriegshege. Auf eine herausfordernde Kriegshegerede des Grafen Clam-Martinić in der österreichischen Delegation hat Genosse Leuthner die folgende Erklärung abgegeben:

Die Fassung der Erklärung des Grafen Clam-Martinić konnte in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als wären weitere Kreise mit denen gemeint, die dem Grafen Verdriss in der albanischen Politik ihre Zustimmung und Unterstützung für den Fall von Komplikationen versprechen. Hinter dieser Erklärung steht aber außer dem Grafen Clam-Martinić so gut wie niemand. Ich möchte an den Grafen Clam-Martinić die Frage richten, wo das Interesse Oesterreichs bei den Handlungen des Fürsten zu Wied gegeben war. Wenn wir an das Vorgehen des Fürsten unsere Aktion knüpfen wollen, kann von Aktion zu Aktion für uns da nur eine Blamage erwachsen. Es gibt keinen Menschen, der wünschen würde, daß das Leben auch nur eines Menschen für den Fürsten zu Wied und dessen Schicksal sowie für Albanien und dessen Schicksal eingesetzt werde. Ich möchte den Grafen Clam-Martinić an die vielen Umzüge Hungernder und Arbeitsloser erinnern, die im Winter in den Straßen von Wien stattgefunden haben. Die Arbeitslosigkeit ist nicht allein, aber vorzüglich die Wirkung unserer Balkanpolitik! Einen zweiten solchen Winter wie den vergangenen werden die Arbeiter nicht aushalten und es ist unmöglich und undenkbar, Oesterreich noch einmal unter die Beunruhigung einer schwankenden und mit Aussendung von Schiffen und Soldaten arbeitenden Balkanpolitik zu setzen. Wenn Gefahr im Verzug ist, kann Fürst Wilhelm noch einmal auf das Meer überfiedeln und seine Zukunft einflößen auf dem Wasser finden. Wir wollen unter keinen Umständen dulden, daß Oesterreich bei seinen Handlungen in Albanien aus dem Konzert der Mächte heraustritt. Die Erklärung des Grafen Verdriss hat uns mit nichts anderem als mit höflichen, aber wenig sagenden Worten abgespeist. Ueber die entscheidende Frage aber, die wir in Bezug auf das Zukunftsprogramm seiner Balkanpolitik gestellt haben, ist er uns jede Aufhellung schuldig geblieben!

Dazu bemerkte noch Némec, in der Erklärung des Grafen Clam-Martinić sei eine förmliche Kriegserklärung an die albanische Revolution zu erblicken, eine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Staates. Die Arbeiter protestieren auf das entschiedenste gegen die Anzettelung jedes kriegerischen Abenteuer auf dem Balkan und gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates. Das arbeitende Volk will keinen Krieg, sondern die notwendige soziale und kulturelle Arbeit zur Hebung und Stärkung des Staates!

Kapitalistische Konzentration. Die Prager Maschinenbauaktiengesellschaft ist erst vor wenigen Jahren durch Verschmelzung dreier böhmischer Unternehmungen entstanden. In ihr wurden die Maschinenfabrik der Firma Ruston in Karolinenthal, die

Fabrik der Firma Schulz, Bronowsky u. Sohn in Königgrätz und Adamstal und der Betrieb der Firma Ringhofer in Smichow vereinigt. Diese Unternehmung ist jetzt in Schwierigkeiten geraten, weil bei ihrer Gründung weit mehr Aktien ausgegeben wurden als dem Wert ihrer Betriebe entspricht. Man hört nun, daß die Skoda-Werke in Pilsen die Mehrheit ihrer Aktien kaufen wollen. Dadurch würde der allergrößte Teil der böhmischen Maschinenindustrie in einer Hand vereinigt: von großen Unternehmungen blieb nur die Firma Breitfeld, Danek u. Komp. außerhalb des Skoda-Konzerns. Die Skoda-Werke haben sich im letzten Jahr auch die Herrschaft über die Daimler-Werke in Wiener-Neustadt und über die Maschinenfabrik Zielenevski in Krafau gesichert. Sie kontrollieren den Cantierfabrik in Triest und die ungarische Kanonenfabrik in Raab. Nun gehen sie daran, das größte Unternehmen in der böhmischen Maschinenindustrie ihrer Herrschaft zu unterwerfen. So schreitet die Konzentration des Kapitals mit Riesenschritten fort.

Die Sanierung der Südbahn. Die Durchführung der Sanierungsvorschläge der Südbahnverwaltung ist, wie das „Eisenbahnblatt“ schreibt, gesichert: Die Besitzer der 3-, 4- und 5prozentigen Prioritäten und die Aktionäre in ihrer am 30. v. M. abgehaltenen Generalversammlung haben ihnen zugestimmt. Damit ist nun freier Weg für die weitestgehende Entschuldigung der Südbahn und für ihre Regenerierung geschaffen. Die Durchführung der nötigen Investitionen ist durch die Ermöglichung der hundertfünfzig-Millionen-Anleihe in breitem Maße, unter völliger Vermeidung der Schwierigkeiten, denen die Verrückung der Investitionen bisher begegnete, angebahnt. Die Sanierungsvereinbarungen sind selbstverständlich ein Kompromiß zwischen den Wünschen der Aktionäre und jenen der Prioritären. Auf beiden Seiten hat man sich zum Besten des gemeinsamen Zieles zu Zugeständnissen bereit gefunden. Zugeständnisse, die aber an Umfang und Bedeutung weit hinter dem zurücktreten, was damit für die finanzielle Neuordnung der Unternehmung, an der Aktionäre und Prioritären gleich beteiligt sind, erreicht worden ist.

Wie verzinsen sich die Gewerkschaftsbeiträge? In der letzten Nummer stellt die „Einigkeit“, das Organ der Buchbinder, eine Rechnung an, die den großen Nutzen der Organisation für den Arbeiter zahlenmäßig nachweist. Im Jahre 1913 haben die Mitglieder der Wiener Buchbinderorganisation an diese den Betrag von 106.757 Kr. entrichtet. Was hat dafür die Organisation den Mitgliedern geleistet? Zunächst wurde mehr als die Hälfte der eingezahlten Summe, nämlich 53.558 Kr., an die Mitglieder in Form von Unterstützungen für Arbeitslose, Kranke, Invalide, Hinterbliebene Verstorbener, zurückgezahlt. Die Kosten der Arbeitsvermittlung, für Bildungszwecke, für das Fachblatt u. s. w., Einrichtungen, die letzten Endes auch jedem einzelnen Mitglied zugute kommen, sollen hier dennoch außer Betracht bleiben. Aber die Organisation hat vor allem auch den Zweck, die Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu bessern. Wie haben sich nun von diesem Gesichtspunkt aus den Mitgliedern die der Organisation gezahlten Beiträge verzinst? Die im Jahre 1910 vom Verein in Wien abgeschlossenen Tarifverträge haben Erfolge sowohl an Arbeitsvermittlung als auch an Lohnaufbesserung gebracht. Diese betrug für die männlichen Mitglieder 2 Kr., für die weiblichen 1 Kr. die Woche. Von den 8000 in den Wiener Buchbinderien beschäftigten Mitgliedern waren 2300 Männer, 3700 Frauen. Der durch die Organisation erzielte Lohngewinn betrug also seit 1910 jährlich:

2300 x 2 Kr. x 52 Wochen = 239.200 Kr.
3700 x 1 Kr. x 52 Wochen = 192.400 Kr.
Zusammen 431.600 Kr.

Den 106.757 Kr., die die Mitglieder im Jahre 1912 der Organisation gezahlt haben, steht also an Unterstützungen und Lohnaufbesserungen zusammen der Betrag von 435.158 Kr. gegenüber, wobei die erzielte Arbeitszeitverkürzung nicht berücksichtigt ist. Viel haben die Buchbinder ihrer Organisation gegeben, aber mehr als das Vierfache hat sie ihnen im selben Jahr zurückgegeben. Die „Einigkeit“ sagt mit Recht: „Die beste Sparkasse für den Arbeiter ist die Organisation!“

Ausland.

England.

Die Zentralisierung der Gewerkschaften. Ein großer, 400.000 Mitglieder umfassender Verband der Transportarbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiter ähnlicher Berufe ist in Großbritannien im Entstehen begriffen. Seit langem verhandeln die zahlreichen Gewerkschaften der Transportarbeiter und Labourers (Hilfsarbeiter, Fabrikarbeiter und sogenannte ungelernete Industriearbeiter im allgemeinen) über die Bildung eines allumfassenden Zentralverbandes. Als Vorstufe zu dieser Organisation wurde vor drei Jahren der Nationale Rat der Gewerkschaften der ungelerten Arbeiter ins Leben gerufen, und die Transportarbeiter schlossen sich ebenfalls enger zusammen. Jetzt ist der größere Plan zur Reife gelangt. Am 8. Juli werden die Vertreter der in Betracht kommenden Gewerkschaften in London zu einer Sitzung zusammentreten, in der ein von dem Transportarbeiterverband und dem Nationalen Rat der Gewerkschaften der ungelerten Arbeiter entworfener Organisationsentwurf beraten werden soll. In dem Entwurf wird vorgeschlagen, die heikle Finanzfrage in folgender Weise zu lösen: Es soll eine Zentralkasse gebildet werden, aus der Streikunterstützung, Rechtschutz, Gemäßregelunterstützung und Verwaltung bezahlt werden sollen. Die Höhe des Beitrages zur Bildung dieser Hauptkasse soll einheitlich sein und sich nach der Stärke der schwächeren Organisation richten. Es wird ein Beitrag von 2 Schilling für jedes Mitglied in Vorschlag gebracht, was dem neuen Verband ein Vermögen von 40.000 Pfund Sterling (800.000 Mk.) geben würde. Das den beitretenden Organisationen verbleibende Geld soll von den Vorständen der einzelnen Gewerkschaften zugunsten ihrer jetzigen Mitglieder verwendet werden. Die Beiträge und Unterstützungen sollen sich nach dem Leistungsvermögen und den Bedürfnissen der verschiedenen Berufe richten und auf einer besonderen Konferenz festgesetzt werden. Ein einziger Zentralvorstand wird die vollständige Kontrolle über die Zentralkasse haben. Bei einem Mindestbeitrag von 3 Pence die Woche würde die neue Zentral-

organisation eine Jahreseinnahme von 260.000 Pfund (5.200.000 Mark) haben. Nach dem letzten amtlichen Bericht bestanden in Großbritannien nicht weniger als 42 Gewerkschaften von Dockarbeitern und „allgemeinen Arbeitern“, die zusammen etwas weniger als 400.000 Mitglieder hatten. Die bevorstehende Verschmelzung, die ziemlich sicher zustande kommen wird, wird diese meist schwächlichen gewerkschaftlichen Gebilde zu einem starken und leistungsfähigen Verband machen und auch wohl den endlosen wilden und unbedachten Kämpfen ein Ziel setzen, die fast beständig wie das Hornberger Schießen enden und die gerade in diesen Berufen am häufigsten vorkommen.

Amerika.

Betriebsunfälle auf den Eisenbahnen. Auf den amerikanischen Eisenbahnen ist die Zahl der verunglückten Angestellten seit der Einführung der automatischen Kupplung (1893) zurückgegangen, und zwar die Zahl der Getöteten von 29 per Tausend auf 1 per Tausend und Jahr, die Zahl der Verwundeten von 76 auf 16. Aber auch diese Zahlen sind noch erschreckend hoch. 1908 wurden 3405 Eisenbahnangestellte getötet und 82.457 verwundet. Dazu sind diese Zahlen noch unvollkommen, denn es ist sprichwörtlich, daß zahlreiche Unfälle nicht zur Anmeldung gelangen. Auf alle Fälle aber zeigen sie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Forderung nach ausreichendem Arbeiterschutz sowie nach einheitlicher Arbeiterversicherung. Besonders der amerikanische Gewerkschaftsbund betreibt, sowohl durch sein sozialpolitisches Komitee in Washington wie auch durch ähnliche Körperschaften in den Hauptstädten der einzelnen Staaten, eine energische Agitation in diesem Sinne.

Aus dem Gerichtssaal.

Uebermüdung im Dienste — ein Strafausschließungsgrund.

Gegen Josef Wiedner, Streckenwächter der St. E. G. in Simberg, war gemäß § 482 St. G. beim Bezirksgericht Schmechat die Anklage erhoben worden, da er in der Nacht vom 25. zum 26. März 1913 auf seinem Wächterposten geschlafen und daher das Schließen der Schranken unterlassen habe, wodurch ein das Bahngleise in den Morgenstunden übergehendes Fuhrwerk von einer Verschulobolomotive erfasst und zertrümmert, die beiden Pferde getötet und der Kutscher verletzt wurde. Bei der am 5. d. M. stattgehabten Hauptverhandlung gab der Angeklagte, verteidigt durch Dr. Leopold Rak, zu, zur kritischen Zeit geschlafen zu haben. Er sei zur Zeit des Unfalles bereits die siebzehnte Stunde im Dienst geblieben und sei derart erschöpft gewesen, daß er vom Schlaf übermannt wurde und sogar das Glodensignal überhört habe. Der Verteidiger führte aus, daß sich der Angeklagte mit Rücksicht darauf, daß er täglich 18 Stunden Wache — darunter fast immer Nachtdienst — und nur zwölf Stunden frei habe, in einem latenten, andauernden Zustand der Uebermüdung befand, daß die Streckenwächter sich wiederholt mit Petitionen wegen Verkürzung der Dienstzeit — jedoch vergeblich — an ihre vorgesetzte Behörde gemeldet haben. Angehts dieser Feststellungen könne die Verantwortung dafür, wenn die latente Uebermüdung des Angeklagten ihn zusammenbrechen ließ und eine Katastrophe herbeiführte, ihm nicht zur Last fallen, denn er konnte nicht voraussehen, wann die Uebermüdung ihre Wirkung ausüben werde und wie lange er dagegen werde ankämpfen können; daß er tatsächlich vom Schlafe übermannt wurde, sei daher eine Folge seines körperlich überarbeiteten Zustandes, die ihm nicht zugerechnet werden könne.

Der Richter schloß sich den Ausführungen der Verteidigung sowie den Angaben des als ärztlichen Sachverständigen vernommenen Dr. Fuchs, der darlegte, daß der Angeklagte infolge des anstrengenden Dienstes aus Erschöpfung eingeschlafen sei, vollinhaltlich an und ging mit einem Freispruch vor.

Renteneinstellung nach erstem Fünfjahrszuschlag. Der pensionierte Lokomotivführer Johann Franta in Stanislau erlitt am 6. April 1908 gelegentlich eines Zusammenstoßes einen Unfall, für den er bis 25. April 1912 auf Grund eines von Dr. Gustav Harpner gewonnenen Schiedsgerichtsprozesses eine 45prozentige Rente bezog. Dr. Harpner führte auch gegen das Avar einen Fünfjahrszuschlagsprozeß, der sich durch volle drei Jahre hinzog und schließlich mit einem vollen Erfolg des Johann Franta endete. Die Provision wurde von jährlich Kr. 2008.40 auf 2280 Kr., das ist um jährlich Kr. 273.60 erhöht. Nach erstem Fünfjahrszuschlag wurde nunmehr wieder von der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahnen die Rente eingestellt, da angeblich keine Unfallfolgen mehr vorhanden seien, weshalb Franta neuerlich durch Dr. Harpner beim Schiedsgericht die Klage einbrachte.

Bei der Schiedsgerichtsverhandlung wurde das Gutachten der Stanislauer Gerichtsärzte vorgelesen, welche die Erwerbsunfähigkeit bei Franta mit 25 Prozent einschätzten.

Klagevertreter Dr. Hans Lausky verlangte die Wiederherstellung der ursprünglichen Rente. Die Sachverständigen haben zwar nur eine 25prozentige Einbuße angenommen, da sie aber eine wesentliche Besserung durch konkrete Symptome nicht zu bezeichnen in der Lage seien, müsse die alte Rente aufrecht bleiben.

Das Schiedsgericht unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Cap verurteilte tatsächlich die Anstalt zur Zahlung der alten 45prozentigen Rente seit dem Tage der Einstellung.

Streiflichter.

Wie viele Mitglieder hast du schon für deine Fachorganisation gewonnen?

Auf diese für jedes Gewerkschaftsmitglied wichtige Frage antwortet das Organ der Bergarbeiter „Glück auf!“ wie folgt: Was, noch keine? Nicht eines? Na, hörst du einmal, wenn alle Mitglieder so untätig wären wie du, dann würde es mit unserer Fachorganisation schon ausschauen. Du hörst gewiß schon des öfteren, daß je zahlreicher wir sind, um so mächtiger wir sind, und bist auch du überzeugt davon, daß dies keine Phrase ist. Und dennoch betätigst du dich nicht, damit unsere Fachorganisation gestärkt werde? Denke ja nicht, daß zur Werbung neuer Mitglieder nur die Vereinsveranstaltungen dienen sollen. Da befindest du dich im Irrtum, denn dieselben sollen in erster Linie dazu dienen, die Mitglieder über die Vorgänge in der Gruppe zu unterrichten, Nachfragen zu diskutieren, gestellte Anträge zu erledigen, für die Ausbildung der Mitglieder zu sorgen, kurz alles das, was im Interesse der Organisation sowie der Mitglieder gelegen ist, zu erledigen. Wie oft kommt es vor, daß nicht ein einziges Nichtmitglied der Versammlung beiwohnt, weshalb du einsehen wirst, daß die Propaganda nicht

nur in den Versammlungen möglich, sondern es notwendig ist, Mitglieder auf andere Weise zu gewinnen. Du kannst versichert sein, daß die Mehrzahl der Mitglieder durch Kleinarbeit gewonnen wurde, daß die meisten nur durch Kleinarbeit, als da sind Hausagitation, mündliche Agitation auf dem Wege in die und von der Arbeit, in der Arbeit selbst, gewonnen werden können. Du entschuldigst deine Untätigkeit damit, daß du behauptest, du hättest keine Befähigung zur Gewinnung neuer Mitglieder, obwohl du selbst wissen mußt, daß mit derartigen Veranlagungen niemand geboren wird. Wer ein Kämpfer sein will, muß sich zum Kampf ausbilden. Der Ort der Ausbildung sind die Vereinsversammlungen. In denselben, in Vorträgen und Diskussionen, gewinnt ein jeder Kenntnisse und Ueberblick, so daß die Befähigung zur Agitation guter kommt, ohne daß man es bemerken würde. Nur ein guter Wille ist hierzu bonnötig.

Wir kämpfen einen ehrlichen und gerechten Kampf, weshalb wir es nicht nötig haben, uns bei der Agitation unehrlicher Mittel oder vielleicht der List zu bedienen. Wer sich daher nur über die vier Hauptfragen: 1. Was ist die Fachorganisation? 2. Welchen Zweck hat dieselbe? 3. Was erreicht die Fachorganisation? und 4. Welche Aufgabe hat dieselbe in der Zukunft zu lösen? unterrichtet, dem wird es nicht schwer fallen, neue Mitglieder zu gewinnen.

Also schau, werter Genosse! Das, was Tausende vor dir zuwege brachten, das sollst du nicht vermögen? O ja, auch du bist dieses instande, freilich nur bei gutem Willen. Der gute Wille ist das allein Entscheidende. Verspreche uns daher, wir ersuchen dich darum, daß bei dir guter Wille vorhanden ist, daß du deine Pflicht erfüllen wirst. Du weißt selbst sehr gut, daß es noch Tausende und Abertausende Arbeitskollegen gibt, die der Fachorganisation noch nicht angehören, und daß ein großer Teil von ihnen gewonnen werden kann, wenn ein jedes Mitglied seine Pflicht erfüllt. Selbst in deinem engsten Kreis gibt es noch Arbeitskollegen, die noch nicht organisiert sind. Versuche es, ob du den einen oder den anderen nicht für die Organisation gewinnen kannst, und du wirst die Erfahrung machen, daß es in vielen Fällen viel leichter geht, als du dir es vorgestellt hast. Nur guter Wille ist bonnötig. Verspreich, werter Genosse, daß du so handeln wirst. A. A.

Auch eine Interessenvertretung. In Oesterreich besteht ein Verein, der sich „Unterstützungs- und Rechtsschutzverein österreichischer Lokomotivheizer“ nennt und vorgibt, die Interessen der Heizer zu vertreten. Der Verein, welcher von der Gesellschaftsfirmen Weber sen. und Weber jun., geleitet wird, gibt auch ein sogenanntes „Fachorgan“ (!?) „Der Lokomotivheizer“, heraus und nennt sich unpolitisch, was ihm aber nicht hindert, den Christlichsozialen nachzulaufen und ihnen Wahlhilfe zu leisten, wie das von Dr. Mataja an den ehemaligen Funktionär des Heizervereines Bobarel gerichtete Schreiben, welches sich in unseren Händen befindet, beweist. Vor kurzem fanden nun die Wahlen der Lokalvertrauensmänner im Heizhaus Wien, I. I. Nordbahn statt, an welchen sich der Heizerverein mit eigener Kandidatenliste beteiligte. Als nun die Herren Weber sen. und Weber jun., sahen, daß es mit der Wahl windig ausseh, ließen sie zum Abgeordneten Kometter, welcher bei der Direktion intervenierte und erreichte, daß man die Wahl, bevor noch das Skrutinium vorgenommen wurde, auch schon annullierte. Bei der zweiten Wahl ging es der „ehrenwerten“ Gesellschaft Weber sen. und Weber jun. nicht besser, indem die sozialdemokratische Liste mit überwiegender Mehrheit gewählt wurde. Unser Kandidat Genosse Surry erhielt 39, der Kandidat der Weberkompanie Herr Konečný 19 Stimmen. Gewiß ein großartiges Resultat. Bei dieser Wahl darf das Vorgehen des Heizhauschefs, Herrn Fried, nicht unerwähnt bleiben. Während bei der ersten Wahl, das provisorische Personal wählte, durften bei der zweiten Wahl die Arbeiter nicht mitwählen, und nach der Wahl wurde dem gewählten Vertrauensmann erklärt, er dürfe die provisorischen Bediensteten und Arbeiter nicht vertreten. Man sieht, daß man bemüht war, der Kompanie Weber unter die Arme zu greifen, und es wäre sehr empfehlenswert, wenn Herr Heizhauschef sich bemühen würde, die einschlägigen Vorschriften zu lesen. Die Kampagne gegen die Notizen mißlang also und es ist auch begreiflich, daß man es nun versucht, seinem Unmut Luft zu machen, und dazu wird das „Fachblatt“ verwendet. In der Nr. 6 „Der Lokomotivheizer“ vom 1. Mai, wird Genosse Surry angegriffen und ihm vorgeworfen, daß er betreffs des Schreibens des Dr. Mataja an Bobarel bewußt gelogen hat und verlangt, er soll klagen. Das wird nun Surry nicht tun, da er der Ansicht ist, daß ein anständiger und ehrlicher Mensch, von Leuten vom Schlage der Herren aus der Redaktion „Der Lokomotivheizer“ nicht beleidigt werden kann. Ueberdies ist das Original dieses Schreibens bei uns zur Ansicht aufgelegt. Hiemit wollen wir den „Beobachter“ abgetan wissen.

Doch auch andere Dinge kann man in der zitierten Nummer lesen, welche den strikten Nachweis liefern, wie ernst die Gesellschaftsfirmen Weber sen. und Weber jun. die Vertretung der Interessen des Heizerpersonals nehmen und wie notwendig es wäre, daß der Herr Sekretär Weber jun. die Sekretärerei in einer Fachorganisation an den Nagel hängt; denn er mag vielleicht ein tüchtiger „Jugendbildner“ (!?) sein, von der Eisenbahn versteht er einmal nichts, und macht durch seine Tätigkeit den ehrenwerten Stand der Lokomotivheizer nur lächerlich. In der zitierten Nummer vom 1. Mai 1914, finden wir nämlich Anträge für die Zentralpersonalkommission, welche das ernannte Mitglied Weißl vertreten sollte, ob und wie er es tut, wissen wir nicht, da das Protokoll der Sitzung noch nicht erschienen ist. Zu diesen Anträgen wäre nur zu sagen, daß der Herr Sekretär sich mit der Verfassung derselben nicht viel Mühe genommen hat, da er selbe einfach von uns abgeschrieben hat. Unsere Leser und auch die weitere Öffentlichkeit wird sich erinnern, daß wir bereits in der Frühjahrsitzung der Zentralpersonalkommission im März 1913, eine Reihe von Anträgen durch Genossen Blatnik gestellt haben, und diese Anträge erscheinen nun im „Lokomotivheizer“ abgeschrieben. Aber nicht nur das, sondern man hat Anträge aufgenommen, die schon längst überholt sind, wie zum Beispiel der Antrag Nr. 7, die Auflassung der Gehaltstufe von 650 Kr. auf 700 Kr. betreffend; in der Begründung wird darauf hingewiesen, daß, nachdem bei den Unterbeamten die Gehaltstufe von 1800 Kr. durchgeführt wurde, es auch bei den Lokomotivheizern bezüglich der Gehaltstufe von 650 Kr. geschehen soll. Man greift sich da unwillkürlich an den Kopf und fragt sich: Ist das Ignoranz oder Dummeheit? Der Antrag Nr. 11 ist ebenfalls lebenswert; ob die alten Berufsheizer, in diesem Antrag Ernst oder Demagogie sehen werden, ist sehr fraglich; der Antrag 5: Anrechnung der 14 wachen Dienstzeit für alle, welche Heizerdienst versehen; es scheint wirklich, der Herr Verfasser hat seine Zeit verschlafen. Damit auch die Oberheizer etwas abbekommen, fehlt natürlich auch der Antrag (Nr. 2, ad III) auf Ernennung von Unterbeamten. Und so geht es fort. Und da sage einer, daß die Gesellschaftsfirmen Weber sen. und Weber jun. für die Heizer nichts tut.

Wenn sich die im Heizerverein vereinigten Heizer eine solche unernte Fopperie, welche den ganzen Heizerstand nur lächerlich zu machen geeignet ist, gefallen lassen, so ist es ihre Sache; jene ernsten Männer aber, die im schweren Kampf des Lebens ihre Klassenlage erkannt, welche nicht genug Vereinsmeier sind, um einen Vater und Sohn, die sich die Heizer als Geschäftsobjekt erkoren haben, aufzutreiben, lassen sich eine solche Vertretung ihrer Interessen nicht gefallen und werden das den Machern im Heizerverein, wie den Geschäftsinhabern Weber sen. und Weber jun. bei Gelegenheit und am richtigen Ort, sehr deutlich sagen. Den Heizern rufen wir aber zu: Laßt euch nicht von Leuten, welche aus der Interessenvertretung nur ein Geschäft machen, zum besten halten, geht dorthin, wo ihr hingehört, und wo Tausende eurer Kollegen bereits sind: in die Reihen des Klassenbewußten Proletariats des geflügelten Rades!

Christlichsoziale Wahrheitsliebe. Kürzlich fand im Hotel Fuchs, Wien, eine Zugbegleiterversammlung statt, um über die Streikfrage, die bezüglich der Turnusse am Wiener Westbahnhof schwebt, Klarheit zu schaffen. In dieser Versammlung war auch der christlichsoziale Kondukteur Straffer anwesend, der es sich nicht verkagen konnte, mit einer Reihe unwahrer, lügenhafter Behauptungen, unsere Vertrauensmänner zu verächtlichen. Er behauptete unter anderem, daß Genosse Wabitsch gewußt habe, daß die Kondukteure aus dem Villacher Direktionsbezirk hereinfahren werden. Es wurde sofort festgestellt, und zwar durch Zeugen, daß dieses nicht wahr ist. Der Christlichsoziale Straffer hielt aber seine Behauptung aufrecht, was den Genossen Adolf Müller von der Zentrale veranlaßte, Straffer als einen Lügner zu kennzeichnen. Müller forderte den Straffer auf, ihn deshalb gerichtlich zu belangen, und er werde ihm im Gerichtssaal beweisen, daß seine Behauptung eine Lüge und er ein Lügner sei. Straffer erklärte aber darauf, daß er sich überlegen. So handeln diese christlichsozialen Querköpfe. Zuerst schleudern sie hinterwärts ganze Kübel voll Jauche über unsere Vertrauensmänner, und sobald ihnen Gelegenheit zum offenen Kampf geboten ist, verfrachten sie sich feige. Straffer wird aber trotz seiner Hinterhältigkeit dem strafenden Arm der Gerechtigkeit nicht entweichen. Dafür werden wir Sorge tragen.

Genosse Wabitsch, der von Straffer als Verleumder beschimpft wurde, wird ihn klagen und wir wollen sehen, ob nicht auch Straffer endlich zur Einsicht gelangt, daß man nicht mißgestraft verleumden und beschimpfen darf.

Unfall des Prag-Pilfner Schnellzuges. Der Prager Wendschnellzug Nr. 1101, welcher in Pilsen nach 1/2 Uhr abends eintrifft, wurde am Sonntag den 1. d. M. bei der Einfahrt in die Station Soloukav von einem schweren Unfall betroffen, der die mehr oder minder schwere Verletzung einer großen Anzahl von Personen, insgesamt über vierzig, im Gefolge hatte. Infolge schlechten Anliegens der Epischiene an die Stodschiene entgleisten der vierte und fünfte Wagon, nachdem die Lokomotive, der Güterwagen und zwei Personenwagen die Weiche anstandslos passiert hatten. Einer der entgleisten Wagen kam auf die Lokomotive des auf einem Nebengleise stehenden Pilsen-Prager Personenzuges Nr. 316 zu liegen, die erheblich beschädigt wurde. Infolge der Entgleisung und des dadurch bewirkten Anpralles sowie durch die Zertrümmerung der Fenster Scheiben und das Zueinanderfahren der Seitenwände und Bänke wurden zahlreiche Reisende verletzt. In das Krachen der Wagontrümmer mengten sich die Entsetzenrufe der Verletzten. Die letzteren wurden, soweit sie sich nicht selbst aus den Wagen zu entfernen vermochten, herausgetragen und auf die Böschung gebettet. Zufällig saßen in dem Schnellzug mehrere Ärzte. Die Ärzte leisteten den Verletzten die erste Hilfe und legten Notverbände an. Ein kleines schwerverletztes Mädchen, dessen Namen nicht unbekannt ist, wurde in Soloukav verlassen und dem dortigen Krankenhaus übergeben. Die arbeitsfähigsten Waggons wurden abgelockert und die Verletzten in die anderen Waggons übertragen, worauf der Schnellzug mit andertalbstündiger Verspätung nach Pilsen weiterfuhr. Auf dem Pilsner Bahnhof hatten sich vier Bahnärzte eingefunden, welche die Verletzten sofort in Behandlung nahmen. Die Zahl der Verletzten beträgt über 40. Darunter befinden sich, obwohl der Schnellzug vollbesetzt war, glücklicherweise nur etwa fünf Schwerverletzte. Die Verletzungen bestehen meist in Kontusionen und Abschürfungen. Der Kondukteur Seteka ist erheblich verletzt. Schwer verletzt ist weiter ein gewisser Johann Gubermayr aus Chotieschau, der neben einer schweren Hirnwunde eine ernste Gehirnerschütterung erlitten hat und bewusstlos ist. Ferner ist die 67 Jahre alte Schmiebwitwe Prschibitz aus Pilsen schwer verletzt. Sie hat einen Unterschenkelbruch erlitten. Ebenso sind ein Maschinist und ein Schlosser der Stobawerke, deren Namen bis zur Stunde nicht bekannt sind, erheblich verletzt. Die Schwerverletzten wurden nach Ankunft des Schnellzuges mittels des städtischen Rettungsaufwagens in das allgemeine Krankenhaus gebracht, die übrigen Verletzten, mehr als 40, konnten in häusliche Pflege übergeben werden.

Vom Franz-Josefs-Bahnhof Wien wird uns geschrieben: Portier Hermann, ein Mensch, dessen Qualifikation zum Bahndienst weit geringer ist als seine Impertinenz gegenüber angezeigten Bediensteten, hat in der letzten Zeit, das war am 15. April l. J., durch sein lügenhaftes Aussagen einem Mitbediensteten schwere Kränkung zugefügt. Der Anlaß war wohl sehr geringfügig, handelte es sich doch nur um einen zu spät kommenden Fahrgast zu Zug 201 am obgenannten Tage. Hermann demunzierte bei dem diensthabenden Beamten und später bei Inspektor Benisch den Türsteher, er habe mit Wucht die Tür zugeschlagen, und zwar so, daß dadurch die Gefahr entstand, den späten Passagier einzuklemmen. Wie es nun schon Sitte ist und leider noch lange bleiben wird, glaubte man dem Angeber Hermann und nicht dem angezeigten Türsteher. Hermann ließ nun noch seine ganze Macht als „Gauportier“ fühlen und brüllte wie besoffen im Vestibül mit den übrigen Türstehern vor allen Fahrgästen. Diese Affäre dürfte nun zur Folge gehabt haben, daß gleich darauf ein Zirkular des I. I. Bahnbetriebsamtes Wien II an die Türsteher gelangte, monach den Betroffenen bei Strafe verboten wird, den Reisenden Auskünfte zu erteilen. Erst dann, wenn die Hoheit irgendeiner nicht zu bezeichnenden Verrichtung obliegt, also nur in Abwesenheit des Herrn „Gauportiers“, dürfen die Türsteher (obwohl seit 1908 dieser ontinöse Titel abgeschafft wurde) das absolute Redeverbot brechen, ohne Gefahr zu laufen, demunziert zu werden. Es scheint ein fauberes Duo zu sein, das wohl aus pekuniären Gründen dieses Verbot erzwirkt: Hermann, der Portier, und Jeremimic, der Inspreit! Jeremimic stellte sogar einen Nachmann zur Rede, weil er sich unterfing, Auskünfte zu erteilen. Offenbar hat dieses Duo das Urheberrecht auf Auskünfte von der Staatsbahndirektion Wien erhalten.

Doch haben auch die Portiere zweiter Klasse, denn so müssen wir sie nach der Interpretation schon bezeichnen, noch andere Sorgen, vornehmlich die, daß ihre Dienstleistung so anstrengend ist, daß sie ohne weitere Hilfskraft ihren Dienst nicht mehr kluglos leisten können. Gehen doch der Inspreit und Hermann, insbesondere der letztere, mit langer Peise im Vestibül herum, um mit hübschen Mädchen zu schäkern, die weil die armen Türsteher kaum so viel Zeit haben, um ihren dienstlichen Obliegenheiten nachkommen zu können. Hier soll der Chef des Bahnamtes eingreifen und soll diesen überbürdeten Lohnslaven endlich durch eine Vermehrung der Posten ihrem unleitlichen Dienstverhältnis ein Ende machen.

Aber immer nur Erlässe mit Androhung von empfindlichen Strafen herauszugeben, Denunzianten zu glauben, dazu allein sind Bahnamtsvorstände wahrlich zu teuer. Auch die Staatsbahndirektion Wien könnte sich um diese desolaten Zustände kümmern und dort eingreifen, wo blinde Vorgesetzte wie im Taumel wüten.

Ueber Vergabung von Druckarbeiten durch Arbeiterorganisationen. Vom Gehilfenausschuß der Buchdrucker wird uns geschrieben:

Nach einem zehn Wochen währenden, beiden Teilen — Unternehmern wie Arbeitern — schwere Opfer auferlegenden Kampf ist am 14. Februar 1914 der Friede im Buchdruckergewerbe Oesterreichs geschlossen worden. Wer aber der Meinung war, daß mit diesem unter der Patronanz der Regierung und unter Mithilfe des Tarifamts der deutschen Buchdrucker abgeschlossenen Tarifvertrag auch wirklich der Friede im österreichischen Buchdruckgewerbe wieder einziehen werde, der täuschte sich ganz gewaltig, denn der Junke glommt unter der Maske weiter. In allererster Linie war es die „Buchdruckerwehr“, das Organ der Prinzipalsorganisation, welches unmittelbar nach dem Abschluß des Kampfes den Beweis erbrachte, daß auf Seite der Unternehmer im Buchdruckergewerbe nunmehr erst die Revanche beginnen sollte. In manchen Orten ließ man alte, lange schon den Geschäften dienende Arbeiter außerhalb der Betriebe, wohl um sie müde zu machen und ihnen für die Zukunft beizubringen, daß sie nicht ungestraft sich gegen den Versuch einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wehren dürfen. Aber nicht nur gegen die im Kampf gestandenen Arbeiter trat die Majorität der Unternehmer auf — auch gegen jene Prinzipale, welche die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligten, ging die Hecke in dem Organ der Unternehmer los.

Solcherart ist es wohl naheliegend, daß in den Kreisen der Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes ein gewisser Misston auskommen mußte, welcher die notwendige Friedensstimmung ziemlich beeinträchtigte und auch auf Seite der Arbeiter, wenn schon nicht das Gefühl nach einer Revanche, so doch das Bestreben auslöste, zwischen den Feinden der Arbeiter und den halbwegs einsichtigen Elementen unter den Unternehmern zu unterscheiden. Dies erweist sich schon aus dem Grunde als notwendig, da verschiedene der Herren, welche in den Kontenbüchern der Unternehmer gegen die Arbeiter und ihre Organisation losgehen, auf der anderen Seite doch nichts dagegen haben, Aufträge der von ihnen bekämpften Arbeiterschaft und deren Organisationen auszuführen.

Wir halten es endlich an der Zeit, mit den Arbeiterorganisationen — insoweit sie Kundenschaft der Druckereien sind — ein ernstes Wort über dieses für die Buchdruckereiarbeiterschaft wichtige Kapitel zu sprechen. Es muß auf Seite der Leitungen unserer Partei- und Gewerkschaftsorganisationen endlich mit dem Prinzip gebrochen werden, ihre Druckarbeiten rücksichtslos in irgendeiner beliebigen Offizin herstellen zu lassen, ohne sich darum zu kümmern, wie der Eigentümer derselben sich zu den Fragen der Arbeiterschaft stellt. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe Oesterreichs haben vor dem Tarifkampf die Solidarität ihrer Klassenossen angeufen und müssen es daher bereitwillig finden, daß wir dies Gleiche tun.

Wir rufen hiemit die Leitungen der Arbeiterorganisationen insofern zu unserer Unterstützung gegenüber unseren Unternehmern auf, daß wir verlangen, die Vergabung von Druckarbeiten möge in Zukunft nur an Druckereien erfolgen, welche den Arbeitern in Bezug auf ihre im Programm der organisierten Arbeiterschaft begründeten Forderungen möglichst entgegenkommen. Es besteht in Wien außer der Parteidruckerei noch eine ziemliche Anzahl Offizinen, welche den Verleibern der Arbeiter im Buchdruckgewerbe sympathisch gegenüberstehen, und es ist — nachdem die Buchdruckereiarbeiter jederzeit ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft erfüllt haben — unser gutes Recht, von deren Organisationen zu verlangen, daß sie ihre Kundenschaft jenen Firmen im Buchdruckgewerbe zuwenden, welche auch uns entgegenkommen.

Indem wir unseren Appell an die Solidarität der Arbeiterschaft, welche unsererseits stets hochgehalten wurde, wiederholen, geben wir der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß demselben im weitesten Maße entsprochen und solcherart — wenn auch nur in bescheidenem Ausmaß — zur Festigung unserer Position in Zukunft beigetragen werde.

Korrespondenzen.

Wörz (Werkstätte 1. I. Staatsbahn. — Deutschen kann nur durch Deutschen geholfen werden). Eine eigentümliche Auffassung von Moral und Recht haben hier einige Vorgesetzte gezeigt. Wir haben hier das zweifelhafteste Vergnügen, unter dem Personal der Werkstätte einen Denunzianten und überwiegenen Dieb zu beherbergen. Dieser Mann heißt Franz Sturm. Dieses übelbeleumdete Individuum war früher in Triest, wo es aber sehr bald wegen seiner Unzuverlässigkeit verschwinden mußte, um in kurzer Zeit in Wörz aufzutauhen. Doch in Wörz wurde der „Ehrenmann“ Sturm bald erkannt und sofort expedit. Nach mancherlei Verfassungen tauchte er plötzlich in Wörz auf und fand hier unter den Deutschnationalen einige geschäftskundige Kollegen, die sich auch fleißig mit ihm verschwägerten. Doch die Direktion kam bald darauf, welche „Raus im Pelz“ sie durch die Aufnahme des Sturm erworben hat, und marsch slog der bekannte Gaukler auch aus Wörz hinaus. Doch der geriebene Sturm hatte sich bereits durch seine kühnen Taten die Herzen der Deutschgelben erobert und diese können auf eine so tüchtige Kraft nimmermehr verzichten. Was für jeden ehrlichen Menschen unmöglich schien, geschah. Auf Betreiben und persönliche Verwendung einiger Kabi-Kazi mußte Sturm nach Triest zur Direktion fahren, wo er tatsächlich durch die Fürbitte einiger mächtiger Gleichgesinnten seine Parobonierung durchsetzte. Sogar einige einflußreiche „Goldbrägen“ sollen als Fürsprecher mitgewirkt haben, damit Sturm die gesunde Luft in Wörz durch seine Anwesenheit noch weiter verpesten kann. Doch Sturm belohnte die Güte seiner Freunde und Fürsprecher schlecht. Sofort nach der Rückkehr von Triest ließ er seinem Arbeitskollegen die Taschenuhr, machte sie zu Geld und bereitete sich einige vergnügte Stunden bei Kartenpiel und treudeutschem Trunke. Nicht genug an der Unbanbarkeit des Diebes, ließen es sich die Deutschgelben nicht verdrießen, die von ihrem Bestimmungsgenossen gestohlene Uhr durch gesammeltes Geld zurückzukaufen und diese dem rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben. Wie aus der Handlungsweise des Sturm ersichtlich ist, so dürfte es dieser treudeutsche Ehrenmann unter seinen Freunden und Bestimmungsgenossen in Wörz noch zu einer hervorragenden Stellung bringen. Man soll ihn bereits zum Obmann der Deutschnationalen in Wörz vorgeschlagen haben. Daß er hiezu die geeignetste Person wäre und auch die praktischen Fähigkeiten besitzt, das hat Sturm bereits durch seine verschiedenen Taten hinreichend bewiesen.

Komotau. (Die Verschlechterungen auf der Buschtiehrader Eisenbahn.) Schon lange vor dem 1. Mai war es bekannt, daß auf der Buschtiehrader Eisenbahn Verhältnisse wägen greifen werden, die dem Personal, besonders den Zugbegleitern, mehr Dienst und weniger Ruhezeit aufbürden werden. Jedoch hat das Personal auf die Humanität

und das Wohlwollen ihres früheren Generaldirektors Herrn Dr. Böhm, der noch mit in der Verwaltung ist, Vertrauen gesetzt, welches jedoch jetzt unter dem Regime Gintl, der aus dem Eisenbahnministerium die Verwaltung der Buschtiehrader Eisenbahn übernommen, eine Aenderung erfahren hat. Wohl wird bei jeder Gelegenheit in der Generalinspektion sowie im Eisenbahnministerium versichert, daß eine Verschlechterung der Lage der Eisenbahnbediensteten nicht eintreten darf. Aber das hat nur so lange Gültigkeit, solange die Herren nicht die Macht besitzen, selbständig zu regieren. Sobald aber einem Herrn aus dem Ministerium die Gelegenheit geboten wird, eine Bahnverwaltung zu übernehmen, so läßt er seinen Scharfsinn und seine Willkür an dem Personal spüren. Mit dem Herrn Generaldirektor Dr. Hans Ritter v. Gintl ist nun das Personal der Buschtiehrader Eisenbahn überzeugt, daß ein Mann an der Spitze der Verwaltung steht, welcher bemüht ist, die Verschlechterungen nach dem Mufter der Staatsbahnen auch bei der Buschtiehrader Eisenbahn durchzuführen; die bereits schon mit den Reduzierungen von Personal, Auflösen einiger Züge, welche fahrdunungsmäßig täglich verkehrten, Zusammenkürzen der Turnusse begonnen haben. Die starke Hand des Herrn Gintl hat sich bereits über die Häupter sämtlicher Abteilungscheffe sowie Stationsvorstände erstreckt, die mit schuld sind an den Verschlechterungen; andererseits tragen sie selbst mit bei, besonders in der Station Komotau, daß die Turnusse des Zugpersonals immer schlechter ausfallen. Beispiel: Warum wurde dem Güterzugpersonal von Komotau auf ihr Ansuchen vom Monat März wegen Turnusänderung von 20 auf 31 Partien von seiten der Verwaltung keine Antwort bis heute erteilt? Hier wäre es Pflicht des Herrn Gintl, sich eingehender zu erkundigen, damit ein friedliches Zusammenarbeiten im Interesse des Dienstes sowie des Verkehrs unter dem Personal Platz greife. Wir haben aber auch Beweise, daß alle eingetretenen Verschlechterungen über Anordnung der kompetentesten Stelle durchgeführt werden. Insbesondere das Güterzugpersonal wird direkt ausgebeutet. Der Krankenstand wird Tag für Tag immer größer, und es ist nicht ausgeschlossen, daß binnen drei bis vier Jahren sämtliches Fahrpersonal aufgegeben ist, wenn dieser Turnus bleibt. Auch hat man mit der Neueinführung der Sammelzüge, analog den 1. I. Staatsbahnen, mit 1. Mai begonnen, was bei der Buschtiehrader schon mit Rücksicht auf den starken Verkehr mit den Vaberyügen nicht durchführbar ist und aus technischen Gründen verwerflich ist, weil die Anlagen der Buschtiehrader Eisenbahn ganz andere sind wie die der Staatsbahnen. Gerade zu den Pfingstfeiertagen konnte man bei der Buschtiehrader Eisenbahn wieder die Wahrnehmung machen, daß die Buschtiehrader Eisenbahn eine mit von den respektabelsten Bahnen Oesterreichs ist. Wo bleiben aber die Güterzugmannschaften mit ihren Zügen? In jeder Station konnte man ein, zwei bis drei Direktionsorgane bemerken, welche faktisch sehr notwendig sind, denn sonst bliebe der Verkehr stehen. Wieder andere begleiten die Separatzüge u. s. w., aber für die Lastzüge, da schaut kein Mensch hin, da werden auch keine Regeln getroffen, damit auch der Verkehr solcher Züge glatt abgewickelt werden könnte. Obwohl bei uns die telegraphische Verständigung immer möglich ist, unterlassen es manche Dienstbeamten, die sich aus den Güterzügen eine Hecke machen, bei den Hauptstationen anzufragen, wieviel, sagen wir, der Zug 1 oder 2 verspätet ist. Es ist laut Fahrordnung einmal das Vorfahren festgesetzt und dabei bleibt es. Ob nun die Personenzüge 20 bis 30 Minuten verspätet sind, ist solchen Herren ganz egal. Das Lastzugpersonal kommt dann mit einer zwei- bis dreistündigen Verspätung in ihrer Endstation an. Und wenn nun die Zugbegleiter übermüdet nach Hause kommen, so sollte man meinen, daß ihnen die gebührende Ruhezeit gegönnt ist. Weit gefehlt. Durch viele Jahre kämpft in Komotau das Maschinen- sowie Zugbegleitungspersonal um Verbesserung der Turnusse. Es erreichte unter der Einsicht des Herrn Dr. Böhm sowie Herrn Zentralinspektors Tauber mit harter Mühe halbwegs menschliche Turnusse. Aber kaum waren die Turnusse in Kraft, so wurden sie über Anordnung anderer Elemente wieder verschlechtert. Einesteils trägt das Personal selbst mit Schuld daran, weil einige darunter sind, welche nicht genug fahren können.

Nun wollen wir noch einmal auf die Neueinführung der Sammelzüge auf der Strecke Prag-Eger, speziell Komotau-Eger, zurückkommen. Wir sind der Meinung, wenn schon die Verwaltung einige Vorteile für ihr Personal herausgibt, daß solche für das Gesamtpersonal Geltung finden sollten. Aber leider wurde das Komotauer Güterzugpersonal sehr getäuscht. Welches sind nun die Vorteile? Dem Wubnaer Personal sowie dem Maschinenpersonal von Komotau hat man befreit der Dienstdauer dieser Sammelzüge das Recht eingeräumt, nach zehnstündiger Dienstleistung in gewissen Stationen umzulehren. Und zwar kehrt das Zugpersonal von Prag in Luzna-Bischan um, respektive wird dort abgelöst; das Lokomotivpersonal von Komotau vom Zug 157 in Karlsbad, vom Zug 151, der ab Karlsbad als Sammelzug verkehrt, schon in der dritten Station (Kaltenau), beim Zug 156 in Raaben-Brunnersdorf. Die Zugbegleitungsmannschaft von Komotau werden erst in den Endstationen der Züge nach Uebergabe des Zuges abgelöst. Sämtliche oben angeführten Züge haben eine Fahrzeit von Komotau bis Eger, der Aufenthalt mit inbegriffen, von 13 Stunden 36 Minuten. Rechnen wir die Vorbereitung zu Hause für Zugführer und Manipulanten mit einer Stunde, für die übrigen Zugbegleiter mit 30 Minuten, das Sehen in den Dienst (alle können nicht im Bahnhof wohnen), so ergibt sich eine Dienstleistung von 15 bis 16 Stunden, ohne der Verspätungen, die oft ein bis drei Stunden betragen. Nun fragen wir eine 1. I. Generalinspektion in Wien, ist ein Dienst von 18 bis 19 Stunden für das Zugbegleitungspersonal menschlich? Wenn schon Herr Vorstand Fischer kein Gefühl für sein ihm untergebenes Personal hat, dann ist es Pflicht einer löblichen 1. I. Generalinspektion, daß sie hier einschreitet. Eine solche Ueberbürdung des Personals hat auch für die Allgemeinheit bedenkliche Seiten. Das Personal wird ganz abgehumpelt, es kann für die Sicherheit des Verkehrs und für die Sicherheit des reisenden Publikums die Verantwortung nicht mehr auf sich nehmen. Nun werden diese Sammelzüge mit 750 bis 800 Tonnen ausgerüstet unter Beigabe sämtlicher Unterwegstationen. Auch wird den Zügen in den Unterwegstationen Drutto beigegeben. Nun sollen nach der Instruktion die nächstliegenden Stationen unmittelbar hinter dem Gepäckwagen einrangiert werden. Mit den übrigen 25 bis 36 Gruppenwagen soll nun zum Magazin betrefis der Ein- und Ausladung gefahren werden. Am Magazin stehen ebenfalls soviel Wagen. Nun kommt es vor, daß die Züge zwei- bis dreimal geteilt werden müssen, wie es in Schlatenwert schon der Fall war. Nun soll sich das Personal bei den Verschleierungen beteiligen, bei der Aus- und Zuladung mit behilflich sein, der erste Verschleier soll den Manipulanten in der Schreibezeit unterstützen, muß aber verschoben u. s. w. Der Güterchef soll den Nachweis über sämtliche Kurswagen führen, die Ein- und Ausladung aufs genaueste summieren und addieren, wibrigens falls der Manipulant oder Güterchef mit 1 Kr. bestraft, das zweite Mal vom Manipulationsdienst abgezogen wird. Nun stelle sich diese Einführung einmal Herr Schaffer sowie Herr Vorstand Fischer von Komotau vor. Wir möchten wünschen, daß die Herren von der Direktion nur einen Monat diesen Dienst versehen möchten. Es würde gewiß anders werden oder ein Wechsel in der Station Karlsbad als Mittelstation vor sich gehen. Man hat die Arbeiten auf das Personal verteilt, aber es wurde nicht vorgesehen, daß das

Zugbegleitungspersonal auch mit einer Minute bedacht wurde, wo es etwas essen kann. Daher die vielen Maroden.

Und aus allen diesen Gründen wird das Personal dazu Stellung nehmen müssen, je früher, um so besser für alle Teile.

Olmütz. (N. I. Nordbahn. — Außertourliche Qualifikation.) Der Kondukteur F. K. . . . r ist einer jener protegierten Gluckspilze, die zweimal hintereinander außertourlich vorgerückt sind und der hoffentlich auch beim nächsten Avancement berücksichtigt wird. Durch die außertourliche Borrückung hat Kondukteur K. eine große Anzahl seiner Vordermänner überholt, ja sogar solche Überprüfungen, die um fünf Jahre länger definitiv sind als K. und seit mehreren Jahren auf normierten Oberkondukteurposten ihren Dienst anstandslos versehen. Begreiflicherweise sind die gesamten Bediensteten der Station Olmütz neugierig, wieso gerade der F. K. . . . r fortwährend außertourlich befördert wird, da er doch selbst zugibt, daß er zur Ausübung mancher Dienste unfähig ist. Ja, nach der Erklärung der Stationsleitung ist K. gar nicht imstande, einem derartigen Posten voll und ganz vorzustehen.

Die Bediensteten interessieren sich außerordentlich dafür, was K. eigentlich so besonders geleistet haben mag, damit eventuell der eine oder der andere dieses Beispiel nachahmen könnte.

So sollte zum Beispiel Kondukteur K. . . . r vor drei Jahren provisorisch als Zugführer bei Güterzügen fahren. Er versuchte es zwar, doch mußte er schon nach einigen Touren einsehen, daß seine Kenntnisse und Fähigkeiten zu diesem Posten nicht ausreichten. Er ging deshalb zu Herrn Inspektor K. a. h. e. r und bat denselben, er möge ihn von diesem Dienst abhören lassen, da er nicht fähig wäre, als Zugführer zu fahren. K. wurde damals auf sein eigenes Ansuchen vom Zugführeramt abgezogen und als Revisionskondukteur eingeteilt. Doch auch auf diesem Posten konnte K. sich nicht halten, da besonders bei Ausstellung von Nachzahlungen sich verschiedene Schwierigkeiten ergaben, die K. trotz des besten Willens nicht begreifen und erlernen konnte. Auf das hin wollte die Stationsleitung den K. zum Gepäckdienst einteilen, doch da hat K. abermals, man möge ihn nicht zum Gepäckdienst geben, da er sich auf diesem Gebiet gar nicht auskennt und diesen Dienst sich niemals allein zu machen traute.

So mußte nun dieser Mann notgedrungen bei der Revision verbleiben, trotzdem die Nachzahlungen heute noch von einem jüngeren Kollegen für K. besorgt werden müssen. Daß K. so ein Geisteskind und eine Herde des gesamten Revisionspersonals ist, weiß der Herr Vorstand und der Schulbeamte. Deshalb dürfte er auch noch weiter außertourlich vorrücken.

Telfs-Pfaffenhofen. Von seiten des Bahnwärters K. l. e. i. n. h. e. i. n. z und seines Anhanges wird das Gerücht verbreitet, daß unser Genosse Kondukteur Singer trotz des Reichstages des Ehrenbeleidigungsprozesses mit K. l. e. i. n. h. e. i. n. z verspielt hätte, diene folgendes zur Aufklärung: In der ersten Verhandlung beim Bezirksgericht Telfs wurde K. l. e. i. n. h. e. i. n. z wegen Aneignung von Bahngut zu acht Tagen Arrest verurteilt. Das Landesgericht Innsbruck sprach in der Berufungsverhandlung K. l. e. i. n. h. e. i. n. z frei. In der darauffolgenden Ehrenbeleidigungsklage K. l. e. i. n. h. e. i. n. z contra Singer zog der Vertreter des K. l. e. i. n. h. e. i. n. z Dr. S. c. h. u. t. e. r die Klage gegen Singer vorstichtshalber zurück. Wenn also K. l. e. i. n. h. e. i. n. z als Kläger von der Klage und dem Verlangen nach einer Bestrafung Singers absehen mußte und die Prozeßkosten zur Hälfte selbst zu bezahlen hat, wird er wohl der Bestigte sein.

Mögen die schwarzen Elemente den Genossen Singer noch so verfolgen, das werden sie nicht erreichen, ihn in irgendeiner Weise zu schaden. Genosse Singer ist als pflichtbewußter Mann bekannt, so daß Leute wie K. l. e. i. n. h. e. i. n. z und Konsorten ihm nicht nahegetreten können.

Wien. (Seighaus Südbahn.) Am 13. Mai d. J. fand im Arbeiterheim X eine Versammlung des Seighauspersonals der Südbahn statt, in welcher man hören konnte, welcher Mitteln sich die „ehrenfesten“ Reichsbändler bedienen, um die verhassten Notizen zu vernichten. Kürzlich wurde im Seighaus Wien der Südbahn die Wahl der Lokobetrustmänner durchgeführt, welche aber annulliert und die Neuwahl ausgeschrieben wurde. Zu dieser Neuwahl gaben die „Deutschen“ ein Flugblatt heraus, in welchem sie in der perfidesten Weise unsere Genossen verleumdete und die Gelegenheit der Ernennung des Genossen K. a. c. i. a. n. zum Instruktionsheizer benützte, um ihn beim Seighauspersonal zu vernachlässigen, daß er nur auf eigenes Wohl bedacht, die Wahrung der Interessen seiner Kollegen vernachlässigte, daß er die Krankentontrolle dazu benützte, um die kranken Kollegen zu schädigen u. c. Sie sollten kurz diese Ernennung dazu benützen, um dem Seighauspersonal vor Augen zu führen, daß die Sozi das Bestreben haben, nicht die Interessen des Personals, sondern die der Verwaltung wahrzunehmen, um für sich bessere Stellen zu ergattern. Wer nun den Genossen K. a. c. i. a. n. diesen ehrlichen, aufrichtigen Mann kennt, der weiß, mit welcher Zingebung er im Interesse seiner Kollegen gearbeitet hat, und der weiß, daß der Posten eines Instruktionsheizers kein so hervorragender ist, welcher mit solchen Mitteln angustreiben genötigt wäre, der begreift die ganze Perfidie dieser Angriffe und benwertet sie auch darnach. Genosse Franek zerfaserte auch das Vorgehen dieser Gelben und charakterisierte den Macher dieser deutschen Verleumdung im Seighaus Wien und erklärte den Anwesenden die heutige Stellung K. a. c. i. a. n. s, welcher trotz seiner „Erhöhung“ zum Instruktionsheizer Arbeiter blieb. Auch Genosse D. u. s. e. l. beschäftigte sich mit diesen Mauthelden und zeigte auf, wie diese Leute, die über Terrorismus der Sozialdemokraten schreiben, ihre wirtschaftliche und amtliche Macht mißbrauchen, um slawische Eisenbahnarbeiter, die keines deutschen Wortes mächtig, zwingen, dem Reichsbund als Mitglieder beizutreten, und sich nicht schämen, von diesen armen Teufeln, die sie in ihrem Subelblatt nach beschimpfen, Geld anzunehmen. Genosse D. u. s. e. l. schilderte das Vorgehen des deutschen Nationalverbandes im Parlament, wenn Eisenbahnerfragen und Volksnotwendigkeiten verhandelt wurden und wies nach, in welcher inniger Verbindung die Abgeordneten Heine, Kroy, Seidl und Wolf u. c. zu den Fabrikanten stehen, die sogar Tausende von Kronen hergeben, um die Wahl solcher „Volksabgeordneter“ zu sichern. Auf die anwesenden „Deutschen“ wirkten diese Worte wie Peitschenhiebe, doch aufzumucken trauten sich diese deutschen Gelben nicht. Die Versammlung hatte den Erfolg, daß die Seighausarbeiter mit um so mehr Eifer an die Wahlarbeit geschritten sind. Das Resultat werden wir später bekanntgeben.

Znaim. (Seighaus Oesterreichische Nordwestbahn.) Von dort wird uns geschrieben: Die Direktion der De. N. W. B. hatte angeordnet, daß wegen der am 31. Mai und 1. Juni fallenden Pfingstfeiertage die Auszahlung der Gehalte und Lohnzahlungen schon am 30. Mai zu erfolgen habe. Dieser Auftrag dürfte wohl überall begrüßt und mit Freude durchgeführt worden sein. Nur im Seighaus Znaim De. N. W. B. hat man diesen Auftrag nicht durchgeführt und den Leuten die Freude an den Pfingstfeiertagen gründlich verborgen. Um der Herzlosigkeit die Krone aufzusetzen, ließ man die Leute auch noch nach den Feiertagen auf die Auszahlung warten, so daß manche ihr Geld erst am 3. und 4. Juni erhielten. Wir bringen diesen Vorfall dem Seighauschef Herrn Oberkommissär D. a. n. g. l. den wir als einen korrekten und einsichtsvollen Beamten kennen, zur Kenntnis mit der Bitte, diesen Schlandrian in Zukunft abzustellen.

Lundenburg. (N. I. Nordbahn.) Bei den Betriebsinspektoraten Wien und Mährisch-Odrau wurden analog wie bei den 1. I. Staatsbahnen je zwei Oberkondukteure als Instrukture für das Zugpersonal aufgestellt. Während man bei der West- und Franz Josefs-Bahn nur intelligente und erfahrene Oberkondukteure als Instrukture bestellte, so hat man

bei der Nordbahn Leute zu Instruktoren bestellt, denen die erforderlichen Fähigkeiten fehlen. Kein Wunder, wenn dann solche Instruktoren ihren Aufsicht- und Ueberwachungsdienst dahin auffassen, daß sie sich zur Belustigung und Beschäftigung der Zugbegleiter aufgestellt glauben. Oder sollte man bei der L. I. Nordbahn diese Kosten nur deshalb geschaffen haben, weil sich die Herren Verkehrsbeamten zu diesem Dienst nicht degradieren wollten? Wenn man an Stelle der vier Zugbegleiterinstruktoren, die alles früher als Instruktoren sind, zwei oder drei tüchtige ältere Verkehrsbeamte aufgestellt hätte, so würde dem Personal und der Nordbahnverwaltung viel mehr geholfen sein.

Wie sollen aber Leute, denen es selbst an Erfahrung und Einsicht mangelt, die Zugbegleiter instruieren und aufklären? So werden auf der L. I. Nordbahn Oberkondukteure und Zugführer im Sommer als Bremser und Fahrarbeiter verwendet. Trotzdem die Bremsprocente und die Zugbelastung erhöht wurden, werden die Fahrarbeiter entlassen. Dafür werden täglich oft ganze Zugpartien als Bremser zu den schweren Zügen (1450 Tonnen) bestimmt. Wo bleibt in solchen Fällen die Rangeinteilung? Die Direktion sagt wohl, daß bei dieser Einteilung die Oberkondukteure ein höheres Stundengeld verdienen und nicht in Regie fahren brauchen; doch ein Vorteil wird hier wohl schwerlich weder für das Personal noch für die Direktion zu finden sein.

Solche Uebelstände waren selbst unter Zeitelers nicht anzuerkennen. Daß die neuernannten Instruktoren für das Zugbegleitungspersonal die Direktion auf diese Zustände aufmerksam machen, dazu sind diese Leute weder geeignet noch gewillt.

Rumburg. (Nachruf.) Ueber höheren Auftrag wurde der Bauadjunkt Herr Ingenieur Rudolf Kolb von der k. k. Bahnerhaltungssektion Rumburg zur Direktion versetzt. Herr Ingenieur Kolb war bei allen Bediensteten und Arbeitern ein beliebter, geachteter und gerechter Vorgesetzter, und wird sein Abgang von dem gesamten Personal schmerzlich empfunden. Wir wünschen ihm in seinem neuen Domizil viel Glück.

Versammlungsberichte.

In der Aktion der Bahnerhaltungsarbeiter fanden noch folgende Versammlungen statt:

In Czortkow, 4. Mai; Lichtenau, 6. Mai; Bratislav, 10. Mai; Szeged, 11. Mai; Triest II, 23. Mai; Straßwalchen, 24. Mai.

In der Aktion der Werkstätten- und Heizhausarbeiter sind folgende Versammlungen zu verzeichnen:

In St. Pölten, 12. April; Kunitzfeld, 24. April; Czortkow, 28. April; Stanislaw, 29. April; Strbj, 7. Mai; Böhmisches Leipa, 6. Mai.

In allen diesen Versammlungen wurden die Resolutionen einstimmig angenommen und durch gewählte Deputationen den Vorständen überreicht.

Im Hinblick auf die beiden Aktionen konstatieren wir einen zahlreichen Beitritt zur Organisation.

Wien. (Die Bediensteten der Schlafwagen-Gesellschaft sind erwacht.) Im Eisenbahnerheim tagte am 15. und 16. Mai unter der Leitung des Genossen Weigl zwei Versammlungen, welche massenhaft besucht waren. Die beiden Versammlungen bezweckten den Anschluß der Schlafwagenbediensteten an die Organisation. Genosse Duzel, welcher in beiden Versammlungen das Referat führte, klärte eingehend die Anwesenden über die Bedeutung und Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation auf und forderte sie zur Mitarbeit auf. Das Resultat war ein überraschendes. Die Mehrzahl der Bediensteten trat bei, und täglich laufen Anmeldungen von allen Teilen Oesterreichs, wo Schlafwagenbedienstete domizilieren ein. Die Bediensteten bilden vorläufig eine Zahlstelle der Zentrale, zu deren Leitung Genosse Duzel bestellt ist, und werden sich später als eine Ortsgruppe für Schlafwagenbedienstete konstituieren.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Bediensteten der Schlafwagen-Gesellschaft den Wert der Organisation erkannt haben und sich der Organisation der Eisenbahner, mit der sie vielfach verknüpft sind, angeschlossen haben; die Sympathien der Eisenbahner sind ihnen sicher, sie mögen nun auf dem einmal betretenen Wege beharren, fest und treu zu der Organisation stehen und sich durch keine Mühen und Tüden, an denen es gewiß nicht fehlen wird, von ihrem Entschluß abbringen lassen, denn nur mit und in der Organisation können sie ein menschenwürdiges Dasein erringen. Wir rufen ihnen zu: Viel Glück mit auf dem Weg!

Aus den Organisationen.

Linz. (Adressenänderung.) Zuschriften an die Ortsgruppenleitung sind infolge Wohnungsänderung an Rajetan Weiser in Linz, Franzstraße 57, III/27, zu adressieren.

Josefstadt-Jaromek. (Versammlungsbericht.) Die Generalversammlung fand am 31. Mai statt. Gewählt wurden folgende Genossen: Vinzenz Pospisil, Obmann, Anton Wazant, Wenzel Döböl, Stellvertreter; Johann Pefizla, Schriftführer, Vinzenz Alina, Stellvertreter; Franz Lieger, Kassier, Josef Müller, Stellvertreter; Vinzenz Müller, Josef Sante, Revisoren; Vinzenz Marek, Anton Teiflar, Bibliothekar; Franz Sollik, Franz Fircouf, Wenzel Fiser, Ignaz Silhan, Franz Gottstein, Karl Schäfer, Anton Pinkaba, Josef Seibel, Josef Nemezel, Ausschussmitglieder.

Zuschriften sind an Vinzenz Alina, Oberkondukteur in Jaromek Nr. 925, zu adressieren.

Nieder-Perlwiese. Bei der am 24. Mai d. J. abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in die neue Ortsgruppenleitung gewählt: Josef Hübl, Obmann, Josef Franke, Stellvertreter; Eduard Schön, Schriftführer, Julius Bach, Stellvertreter; Alo. Wittich, Kassier, Johann Ludwig, Stellvertreter; Karl Kuhlauer, Gustav Hauke, Kontrolle; Johann Götlicher, Bibliothekar, Stephan Stöhr, Stellvertreter; Ignaz Wenda, Josef Linke, Johann Neugebauer, Franz Heinisch II, Ausschussmitglieder.

Straßwalchen. (Versammlungsbericht.) Bei der am 24. Mai abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Johann Pauschik, Obmann; Franz Weber, Kassier; Franz Spisil und Julius Dimisch, Kontrolle; Nikolaus Dösl, Johann Wächinger und Alois Traxwöger, Subkassiere. Zuschriften sind an Johann Pauschik, Weichenwächter in Röstendorf, Bahnhof Post Neumarkt, zu senden.

Literatur.

Hilfstablelle zur genauen und sicheren Ermittlung der Krankengeldgebühr während der Krankheit in häuslicher Pflege und während der Behandlung in einem Spital für das im Taglohn stehende Arbeiterpersonal aller Dienstwege der k. k. österreichischen Staatsbahnen, ferner zur raschen und genauen Ermittlung der Krankenzahlungssätze, Form 21, nebst einer Uebersicht über das Ausmaß der Entbindungskosten- und Begräbniskostenbeiträge für Unterbeamte, Diener und Arbeiter, ferner ein Kalenderium zur schnelleren Ermittlung des Entschuldigstages der Kasseeinstunden. Diese Tabelle ist im Ver-

lag des Verfassers Josef Arzenet, Kanzleiexpedient in Villach erschienen und können wir diese allen unseren Genossen sowohl als Nachschlagerwerk als auch zur Erstellung der Krankengeldzahlungslisten bestens empfehlen. Preis der Tabelle 40 S. (portofrei 60 S.). Zu beziehen durch den Verleger Josef Arzenet, Kanzleiexpedient der Rechnungsabteilung der k. k. Staatsbahn-Direktion Villach.

„Die Rentenebemessung bei Betriebsunfällen in Oesterreich.“ Im Verlag der Gewerkschaftskommission Oesterreichs ist eine von Genossen Jakob Brod heraufgegebene Broschüre unter dem obigen Titel erschienen, die als Wegweiser für Unfallverletzte dienen soll. Wenn die Broschüre auch nicht speziell für Eisenbahner geschrieben ist, so gibt es darin doch eine Menge Anregungen, welche auch die Eisenbahner sehr gut benutzen können. Besonders wertvoll — auch für Eisenbahner — ist die schematische Darstellung der üblichen Renteneinkalkulationen, welche auch bei Unfällen im Verkehr vielfach angewendet werden. Es ist daher diese Broschüre unseren Vertrauensmännern und Funktionären sehr zu empfehlen. Der geringe Preis von 80 S. ermöglicht den Ankauf der Broschüre. Bestellungen sind an die Gewerkschaftskommission Oesterreichs, Wien V, Rechte Wienzeile 97, zu richten.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralauschussung am 3. Juni 1914. — Fortsetzung der Beratungen über die Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Wahl in den Vorstand und in das Schiedsgericht der Beruflichen Unfallversicherungsanstalt. — Erledigung der in dieser Sache eingelangten Zuschriften.

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: Röniginhof. Am 11. Juni um 1/8 Uhr abends im Gasthaus der Frau Müller Generalversammlung. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Gaisbach-Warberg. Am 14. Juni um 3 Uhr nachmittags in Lunzbergers Gasthaus in Prägarten.

Hannsdorf. Am 14. Juni um 2 Uhr nachmittags bei Herrn Weich in Geppersdorf.

Jansbrud I. Am 15. Juni um 8 Uhr abends im Arbeiterheim Generalversammlung.

Oberfurt. Am 16. Juni um 1/8 Uhr abends im Vereinslokal, Ringplatz 516, Vereinsabend des Lokomotivpersonals.

Zurnau. Am 21. Juni um 8 Uhr abends im Vereinslokal in Ohzagenic.

Sprechsaal.

Achtung, Vertrauensmänner der Bahnerhaltungsarbeiter der St. C. G. von Wien bis Gröbzbach, beziehungsweise Marchegg—Bruck an der Leitha!

Am Sonntag den 21. Juni l. J. um 9 Uhr vormittags findet in Mistelbach in Pangers Bahnhofrestauration eine Sitzung der Vertrauensmänner statt, zu welcher bestimmtes Erscheinen jedes Vertrauensmannes bestimmt erwartet wird.

Sinterbliebenenunterstützungsfonds.

Vom 8. Mai bis 6. Juni 1914 wurden für nachstehende Sterbefälle Unterstützungen ausbezahlt:

93. Demattia Jakob in Jansbrud I.	200
94. Simandl Franziska in Ziner.	50
95. Ripper Theresia in Salzburg II.	100
96. Knobloch Josef in Linz.	200
97. Steidl Josef in Ruffstein.	200
98. Serhan Marie in Wodenbach.	100
99. Ramisch Anna in Böhmisches-Rainth.	50
100. Binher Rudolf in Leopoldsdorf, Nordbahn I.	200
101. Konrath Simon in Graz II.	200
102. Stormke Marie in Hünthaus.	100
103. Golben Josef in Goding.	100
104. Blagar Alois in Pettau.	200
105. Bilz Anna in Friedland.	100
106. Klaura Johann in Franzenshöhe.	200
107. Sürka Marie in Mährisch-Strau I.	100
108. Neubauer Marie in Klamm.	100
109. Koller August in Leoben.	100
Ausbezahlter Betrag.	2300

Nordwestbahnbedienstete, Achtung!

Wahlen in die Krankenkassen-Lokal-Kommissionen. Laut Zirkular Nr. 119, Z. 11.202/1/1, vom 4. Mai d. J. sind die Wahlen in die Krankenkassenkommissionen auf der k. k. Nordwestbahn ausgeschrieben. Als Wahltermin ist die Zeit vom 12. bis 15. Juni 1914 bestimmt. Die Stimmzettel sind spätestens bis zum 9. Juni 1914 den wahlberechtigten Krankenkassenmitgliedern auszuliefern und von diesen an einem der Wahlorte (12. bis 15. Juni 1914) bei dem Dienstvorstand oder dessen Stellvertreter wieder abzugeben.

Es ist daher im Sinn dieses Zirkulars das sofortige Abberufen der Stimmzettel verboten. Wir ersuchen die beteiligten Ortsgruppen, hauptsächlich aber jene, welche sich an Sitz einer Lokal-Kommission befinden, sofort die Kandidatenliste festzustellen und mit der Agitation zu beginnen.

Das Wahlmateriel (Zugschriften und Klebezettel) haben die im Bereich einer Lokal-Kommission befindlichen Ortsgruppen auf eigene Kosten zu beschaffen.

Die Lokal-Kommissionen sind in allen größeren Stationen aufgestellt und bestehen aus sechs Mitgliedern der Krankenkasse, von denen drei dem Stande der Taglohnbediensteten und drei der Kategorie der Unterbeamten und Diener angehören müssen; innerhalb dieser Kategorien sollen die Hauptdienstwege: Bahnerhaltungs-, Verkehrs- und kommerzieller Dienst, ferner der Werkstätten- und Zugbeförderungsdienst eine gleichmäßige Vertretung finden.

Aktiv wahlberechtigt sind alle im Bezirk der betreffenden Lokal-Kommission stationierten Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechts, passiv wahlberechtigt dagegen nur jene, die am Sitz der Lokal-Kommission stationiert sind.

Die Wahlen erfolgen schriftlich mittels amtlicher Stimmzettel, und sind dieselben frei und geheim und stehen unter dem Schutz des Gesetzes vom 26. Jänner 1907, Nr. 6. W. Nr. 18 ex 1907 (Wahlrechtsgesetz). Die Stimmzettel können auch mit der vorgedruckten Kandidatenliste beklebt werden, und sind die Stimmzettel nicht zu unterschreiben.

Wir ersuchen die Genossen, an die Wahlarbeit zu gehen und für unsere Listen energisch einzutreten.

Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs.

Achtung, Mitglieder der Betriebskrankenkasse der k. k. österreichischen Staatsbahnen für den Bereich der Lokalkommission Nimbura inklusive Deutschbrod!

Für die Wahlen in die Lokalkommission Nimbura-Deutschbrod empfehlen auch die Vertrauensmänner folgende Kandidaten:

- Botava Wenzel, Bahnwärter, Welelib.
- Salamáuel Matthias, Oberbauarbeiter, Nimbura
- Gerny Alois, Blatmeister, Nimbura
- Bospisil Ernst, Stationsarbeiter, Nimbura
- Krupicka Franz, Heizer, Nimbura
- Kaspar Josef, Lokomotivführer, Nimbura

Wir bitten euch, Genossen, eifrigst für diese Kandidaten einzutreten, denn sie sind Männer, auf die wir uns verlassen können und welche für die Interessen der Krankenkassenmitglieder gewissenhaft eintreten werden.

Die Vertrauensmänner.

Schlafwagenbedienstete, Achtung!

Am 16. und 17. Juni finden im Eisenbahnerheim um 1/10 Uhr abends Versammlungen der Schlafwagenbediensteten aller Kategorien statt. Die wichtige Tagesordnung erfordert Beteiligung aller dienstfreien Mitglieder. Besondere Einladungen werden nicht ausgegeben; es komme daher jeder, der dienstfrei ist.

Die Zahlstellenleitung.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Villach!

Die Magazinarbeiter der Station Rosenbach bitten eine k. k. Direktion um Bestimmung eines Unterrichtsraumes, wo sich dieselben während der Zugsruppen aufhalten könnten. Die Magazinarbeiter haben dort noch den 24stündigen Dienst, und ist denselben laut Dienstauftrag der Aufenthalt während der Pausen in dem Wartesaal III. Klasse verboten.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Pilsen!

Die Arbeiter der k. k. Bahnerhaltungssektion Roderjam bitten, eine k. k. Staatsbahndirektion in Pilsen möge gütigst anordnen, daß bei den monatlichen Lohnauszahlungen bei der k. k. Bahnerhaltungssektion in Roderjam Lohnzettel eingeführt werden.

Briefkasten der Redaktion.

„Avancement.“ Ihre nächste Borrückung erfolgt normal am 1. Juli 1915 nach 2 1/2 Jahren. Auf einen Härteausgleich haben Sie keinen Anspruch, da Sie nur zwei Differenzjahre haben, zum Härteausgleich aber mindestens fünf Differenzjahre erforderlich sind. — Härteausgleich, Marienbad. Ihre Borrückung wird normal nach 2 1/2 Jahren erfolgen. Sie haben nach Ihren eigenen Angaben am 1. Juli 1912 die Gehaltsstufe von 1100 Kr. erreicht, folglich werden Sie am 1. Jänner 1915 in die 1200 Kr. vorrücken.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.	Inserate	Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.
---	-----------------	---

500 Kronen
zahle ich Ihnen, wenn mein Durzgelverliger „Kia-Gallam“ Ihre **Höhrnraugen, Warzer** und **Hornhaut** nicht in 3 Tagen schmerzlos entfernt. Preis: 1 Ziegel samt Garantiebrief 1 Kr. 3 Ziegel Kr. 2.00. Dunderste Dant- und Unerkenntnis schreiben. **KEMÉNY, KASCHAU (Kassa)** I. Volkach 12/715 (Ungarn.)

Alle Männer
Die infolge schlechter Jugendgewohnheiten, Ausschreitungen und dergleichen an dem Schwinden ihrer besten Kraft zu leiden haben, wollen keinesfalls verzweifeln, die Lichtvolle und aufklärende Schrift eines Nervenarztes über Ursachen, Folgen und Aussichten auf Heilung der Nervenschwäche zu lesen. Illustriert, neu bearbeitet. Zu beziehen für K 1.50 in Briefmarken von Dr. Rumlers **Heilanstalt, Gont 681 (Schweiz).**

Welthandel
Durch Vertrieb eines neuen, hervorragenden Massentrinkalkohols finden **taugliche Herren** solido Gelegenheit zu dauerndem gutem Einkommen oder lohn. Nebenverdienst. — Sofort ohne dies. Umstände zu übernehmen. **Durchschlagender Erfolg**
Genauere Auskunft und Vertriebsplan gratis und franko zur unbedingten Ueberzeugung durch **National Export Company** Roermond-Holland, Nr. 5 Briefe 25h, Postkarten 10h Porto

RESTE.
Infolge halbähriger Inventur verkaufe ich verschiedene Baumwollwaren in Resten unter dem Erzeugungspreis, und zwar: **Kanarfas** (Beizeug), schöne Muster, Licht u. dunkel. **Oxford** (grobfärbig) auf Hemden. **Französische Zophiro** für Hemden und Blusen. **Blaustracks** für Hemdenkleider und Schürzen. **Grissette** für Rücke. **Wolles Weben** für Unterwäsche und Ausstattungen. **Handtücher, Flanelle u. Barochente.** Garantiert echtfarbige u. waschechte Galanterieware.
1 Paket, enthaltend 25 bis 40 m schön sortierter Reste, K 13.50. Die Reste sind 8 bis 14 m lang. Versand per Nachnahme durch die **Leinenwaren-Weberei Ant. Marschik** Glaschübel b. Neustadt a. d. Mettau. (Bei Bestellung von 2 Paketen franko Zusendung.)

Von Herrschaften **abgelegte Herrenkleider** spottbillig nur bei **Heinrich Weinberger** L. Weg., Singerstraße Nr. 6. Kleider auch selbstweife.

Schöner Landsitz
für Sommerfrischler u. Pensionierte
Zwischen Teplitz (Oosterr.) und den Monumenten an der elektrischen Bahn, 8 Min bis zum Hauptbahnhof, 6 Min. zum Walde, bis 1922 steuerfrei. Bestehend aus 4 Zimmern, Dachboden, Keller, Veranda, Garten und Brunnen ist überaus lieblich und sofort bei 4900 K Anzahlung billig zu verkaufen. Näheres bei **Ferdinand Linke**, Gastwirt in **Arbesau**, Post **Uim**

Görzer Naturweine
zu konkurrenzlosen Preisen offeriert, und zwar:
Weißwein, Riesling 4 52 Heller
„ Gollaner 45 „
„ Blaupacher 38 „
Rotwein, Pfannzer 59 „
„ Bistauer 40 „
„ Zersauer 40 „
„ Zichauer 38 „
per Liter. Besondere in Schillingen von 50 Bitter aufwärts, welche nicht verrecknet werden und franco Götz zu retournieren sind, gegen Nachnahme.

And. Abuja, Görz
Weinberg- und Kellerbesitzer.

Vertrauensposten für Pensionisten.
Für keinen Platz im Süden (Gemeinde Ragusa) Neubau, direkt am Meere, Post und Telegraph, Lokalbahnhof, wird ein Pensionist, der Vorliebe für Gartenbau hat, als **Vertrauensmann** gesucht. Unentgeltliche Wohnung für die Betreuung des Postpost. Schöner Boden verdient durch Fremdenverpflanzung. Anfragen unter „Zubisches Datum“, Villach, Jubiläumsallee.

